

zivilschutz magazin



DLRG legt Jahresbilanz 1980 vor

6652 Menschen vor dem Ertrinken gerettet

„Badeunfreundliches“ Wetter des letzten Sommers brachte rückläufige Zahlen bei der Ausbildung der DLRG

Insgesamt 6652 Menschen (1979: 7318) wurden im vergangenen Jahr von der Deutschen Lebens-Rettungs-Gesellschaft (DLRG) im Bundesgebiet einschließlich West-Berlin vor dem Ertrinken gerettet, und zwar 757 im schwimmerischen Einsatz (824) und 5573 (6172) bei insgesamt 6869 (6810) Bootsunfällen sowie 322 bei Katastropheneinsätzen (322). Der schwimmerische Einsatz der Rettungsschwimmer erfolgte in 56 Fällen unter Lebensgefahr bzw. unter besonders schwierigen Umständen (48). Bei 164 Geretteten (181) mußten Wiederbelebungsverfahren angewandt werden. Außerdem leisteten Rettungsschwimmer in 28504 Fällen „Erste Hilfe“ (27246) und nahmen 5612 Bootsbergungen vor (5607).

Die vorstehend genannten Zahlen des Jahres 1980 zeigen, daß sich die vorbeugenden Maßnahmen der DLRG in ihren nunmehr über 2300 regionalen Gliederungen segensreich ausgewirkt haben. Das ungewöhnlich schlechte Wetter im Sommer des vergangenen Jahres mit nur wenig „badefreundlichen“ Tagen wirkte sich allerdings besonders nachteilig auf den Umfang der Ausbildungstätigkeit der DLRG im Schwimmen und Rettungsschwimmen aus. Zudem zeigen sich auch in dieser Hinsicht verstärkt die Auswirkungen der geburtenschwachen Jahrgänge.

Von der DLRG wurden 1980 insgesamt 424039 Schwimmprüfungen (452432) abgenommen. Hinzu kommen 1741 Prüfungen für den Deutschen Jugendtauchschein (1770). Außerdem wurden 158327 Teilnehmer (161774) bei Kursen im Vorschul- und Anfangsschwimmen registriert. Ferner legten 93657 Rettungsschwimmer (99049) ihre Prüfung ab.

Die gesamten Prüfungen im Schwimmen und Rettungsschwimmen werden nun schon im dritten Jahr einheitlich nach der „Deutschen Prüfungsordnung Schwimmen-Retten-Tauchen“ abgenommen, auf die sich alle in der Schwimmbildung tätigen Verbände in der Bundesrepublik und in West-Berlin auf Initiative der DLRG geeinigt haben. So wurden auch 1018 neue Lehrscheine der DLRG (1042) beurkundet.

Die Zahl der von der DLRG seit 1950 Ausgebildeten hat sich damit auf über 16,6 Millionen, darunter nahezu 2,6 Millionen

Rettungsschwimmer, erhöht. 47361 Menschen – das entspricht der Einwohnerzahl einer mittleren Stadt – wurden in dem Zeitraum von 1950 bis 1980 von Mitgliedern der DLRG allein im schwimmerischen Einsatz vor dem Ertrinken gerettet, davon 7420 unter besonders schwierigen Umständen. Hinzu kommen mehr als 116895 Rettungen vor dem Ertrinkungstod bei Bootsunfällen und Katastropheneinsätzen. Außerdem wurde in dieser Zeit in 875669 Fällen „Erste Hilfe“ geleistet.

Die DLRG unterhielt 1980 im Bundesgebiet einschließlich West-Berlin insgesamt 1110 feste und 380 bewegliche Rettungswachstationen. Die Zahl der im vergangenen Jahr geleisteten freiwilligen Wachstunden der Rettungsschwimmer im Sommer- und Winterrettungsdienst belief sich auf 2295450.

Für den Rettungswachdienst standen 1570 Rettungsboote, 2534 Wiederbelebungs- und 3232 Tauchgeräte sowie 334 Einsatzwagen und 2364 Funksprechgeräte zur Verfügung. Bei Katastrophenfällen im ver-

gangenen Jahr waren 916 Sondereinsätze der DLRG (1029) notwendig. Ferner wurden 2972 Sachbergungen (2383) vorgenommen.

Der DLRG sind im Bundesgebiet in 14 Landesverbänden mit ca. 2330 Gliederungen 474420 Mitglieder angeschlossen. Mehr als 20 Auslandsgruppen der DLRG gibt es u. a. in Nord- und Südamerika, Afrika, Asien, Südeuropa und Skandinavien.

Die Deutsche Lebens-Rettungs-Gesellschaft, die ihre Rettungseinrichtungen vornehmlich durch Spenden unterhält, appelliert an die Bevölkerung, sie auch weiterhin durch Spenden auf das Postscheckkonto Essen 1151-436 im Kampf gegen den Ertrinkungstod zu unterstützen. Sie erwartet allerdings auch, daß vor allem die Bundesregierung der DLRG die notwendige finanzielle Unterstützung gewährt, damit die von den Rettungsschwimmern freiwillig übernommenen Aufgaben im Interesse der Allgemeinheit auch weiterhin so wirkungsvoll wie bisher erfüllt werden können.

STELLENAUSSCHREIBUNG

Die Stadt Bonn sucht für das Amt für Feuer- und Katastrophenschutz zum nächstmöglichen Zeitpunkt

eine(n) Maschinenbauingenieur(in) – grad. –
– Vergütungsgruppe IV a BAT –

für technische Aufgaben der zivilen Verteidigung.

Dem(der) Stelleninhaber(in) obliegt insbesondere die Aufsicht über die technischen Anlagen in den Zivilschutzbauten, der Aufbau eines Schutzraumbetriebsdienstes, die Überwachung der Trinkwassernotversorgung sowie die Mitarbeit bei Planung und Bau von Zivilschutzanlagen.

Die Stadt Bonn bietet gleitende Arbeitszeit, beitragsfreie zusätzliche Altersversorgung, Beihilfen in Krankheitsfällen, Urlaubsgeld, Weihnachtsgeld, Wehrdienstzuschwendung in Höhe einer Monatsvergütung und vermögenswirksame Leistungen im Rahmen der Vorschriften.

Bitte richten Sie Ihre Bewerbung mit Lichtbild, handgeschriebenem Lebenslauf und beglaubigten Zeugnisabschriften unter Angabe der Kennziffer 37-3 an den

Oberstadtdirektor
– Personalamt –
Stadthaus, 5300 Bonn 1

zivilschutz magazin



3/81
März

ISSN 0173-7872



Impressum

Herausgegeben im Auftrag des
Bundesministeriums des Innern vom
Bundesverband für den Selbstschutz
Eupener Straße 74, 5 Köln 41
Telefon: (0221) 49881

Verlag:

Bundesverband für den Selbstschutz
Das „ZS-MAGAZIN“ erscheint monatlich

Chefredakteur:

O. Ulrich Weidner

Redaktion:

Jochen von Arnim
Helmut Freutel
Ulrike von Gimborn
Carlo A. Kirchner
Günter Sers

Layout:

Jan Peter Lichtenford
4020 Mettmann

Druck, Herstellung und Vertrieb

A. Bernecker,
Postfach 140, 3508 Melsungen
Tel.: (05661) 8086, Telex: 09-9960

Anschrift der Redaktion:

Eupener Straße 74, 5 Köln 41
Postfach: 450247, Ruf (0221) 49881

Manuskripte und Bilder nur an die
Redaktion. Für unverlangt eingesandte
Beiträge keine Gewähr. Nachdruck
einzelner Beiträge, auch im Auszug,
nur mit Quellenangabe und mit
Genehmigung der Redaktion gestattet.

Mit Namen gezeichnete Beiträge
geben die Meinung der Verfasser
wieder und müssen nicht unbedingt
mit der Auffassung der Redaktion
übereinstimmen.

Einzelpreis je Heft DM 2,80.
Abonnement vierteljährlich DM 8,40,
jährlich DM 33,60.

Im Bezugspreis von DM 2,80 je Heft sind
6,5 Prozent Mehrwertsteuer enthalten.
Die Kündigung eines Abonnements
kann nur zum Schluß eines Kalender-
vierteljahres erfolgen. Sie muß bis
spätestens an dessen erstem Tag
beim Vertrieb eingehen. Bestellungen
beim Vertrieb.

Bei Nichterscheinen der Zeitschrift im
Falle höherer Gewalt oder bei
Störung des Arbeitsfriedens besteht
kein Anspruch auf Haftung.

Inhalt

„Land unter in den Flußtälern“ 6
Erstes Hochwasser des Frühjahres:
Vier Opfer und Sachschäden in
Millionen-Höhe.

„Hilfe für frierende Autofahrer“ 7
Winter-Einsätze des THW an vielen
Orten.

„Arbeitsmedizinische Vorsorge bei
Trägern von Atemschutzgeräten“ 9
Erfahrungen aus der Sicht der
Freiwilligen Feuerwehren:

„Materialerhaltung – eine wichtige
Aufgabe“ 12
Vorbeugende Maßnahmen verlängern die
Lebensdauer der Ausstattung und helfen
Kosten sparen.

„Mit der Einstellspritze gegen Entste-
hungsbrände“ 14
Brandschutz in Behördengebäuden: Die
ersten Minuten sind entscheidend.



„Funkalarmempfänger sichern
Einsatzbereitschaft“ 17
Die Stadt Münster schaffte über
100 Geräte an.

„Sondersignale für Notarzt-Einsatz-
wagen sind zulässig“ 17

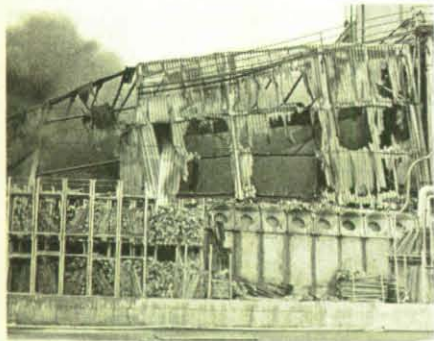
„Sicherheitskennzeichnung“ 18
DIN 4844: Sicherheitszeichen in drei
geometrischen Formen und vier Sicher-
heitsfarben.

„Neue Regeln für die Brandbekämp-
fung und Technische Hilfeleistung im
Bereich von Hochspannungsanlagen
der Deutschen Bundesbahn“ 20
Feuerwehren und Hilfsorganisationen
müssen die drohenden Betriebsgefahren
kennen.

„Das Minimagazin“ U 3
In diesem Monat: Brustbund und Winkel-
Halbierung.

50 Millionen Mark Schaden bei Großbrand

Nahezu vollständig abgebrannt ist in der Nacht zum Mittwoch, 11. März 1981, die Halle eines Lebensmittel-Tiefkühlagers in Möglingen bei Ludwigsburg. Das aus bisher unbekannter Ursache ausgebro-



chene Feuer verursachte einen Sachschaden, der wahrscheinlich bei rund 50 Millionen Mark liegt.

Schutzbau-Höchstbetragsverordnung geändert

Die Aufwendungen für Schutzraumbauten aller Art können auf Grund der §§ 7 und 12 Abs. 3 des Schutzbaugesetzes von 1965 erhöht von den Steuern abgesetzt werden. Diese Aufwendungen, die im einzelnen nicht belegt werden müssen, können im Rahmen bestimmter Höchstbeträge geltend gemacht werden; darauf besteht ein Rechtsanspruch.

Zur Vermeidung von Ungerechtigkeiten müssen die jeweils geltenden Höchstbeträge der Baupreisentwicklung angepaßt werden. Deshalb wurde im Bundesgesetzblatt vom 18. Februar 1980 die „Achte Verordnung zur Änderung der Höchstbetragsverordnung“ vom 5. Februar 1981 veröffentlicht. Die darin angegebenen, um gut 10% erhöhten neuen Sätze gelten für alle Schutzräume, die seit dem 31. Dezember 1979 fertiggestellt wurden oder noch werden. Die Sätze bewegen sich zwischen 22650 DM für einen Sieben-Personen-Schutzraum in einem neu zu errichtenden Gebäude und 88100 DM für einen 50-Personen-Außenschutzraum.

Goldenes THW-Ehrenzeichen für Bundesbauminister Dieter Haack

Bundesinnenminister Gerhart Rudolf Baum hat am 18. Februar 1981 seinen Kollegen Bundesbauminister Dr. Dieter Haack das Goldene Ehrenzeichen der Bundesanstalt Technisches Hilfswerk verliehen. Die Auszeichnung erfolgte im Anschluß an die Kabinettsitzung im Bundeskanzleramt. Minister Haack empfing den Orden, die höchste Auszeichnung des THW, in Gegenwart einer Abordnung dieser Organisation unter der Leitung ihres Direktors Hermann Ahrens.

Bundesinnenminister Baum würdigte die besonderen Verdienste, die sich Bundesbauminister Haack um das Technische Hilfswerk erworben hat, und hob hervor, daß Haack sich seit mehr als acht Jahren als Abgeordneter und Mini-

ster nachhaltig für eine Verbesserung der Ausstattung und insbesondere der Unterkunftssituation des THW eingesetzt habe.

Der zügigen Planung, Durchführung und Abwicklung von Neubauvorhaben für Unterkünfte des Technischen Hilfswerks durch das Bundesministerium für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau ist es wesentlich mit zu verdanken, daß der Bund in den vergangenen Jahren 87 neue THW-Unterkünfte errichten konnte. Die Bundesregierung wird auch weiterhin besondere Anstrengungen unternehmen, um alle Ortsverbände des Technischen Hilfswerk angemessen unterzubringen.



Bundesbauminister Dr. Dieter Haack empfängt aus der Hand von Bundesinnenminister Gerhart Rudolf Baum das THW-Ehrenzeichen in Gold. Unser Bild zeigt (vorn von rechts) die Bundesminister Baum und Haack sowie den Direktor der Bundesanstalt THW, Hermann Ahrens. In der zweiten Reihe (von rechts) Ministerialrat Dr. Andrews, Ministerialdirektor Wedler, Leiter der Abteilung Zivile Verteidigung im Bundesinnenministerium, THW-Landesbeauftragter Schwarz und THW-Ortsbeauftragter Schmidt, Erlangen.



Der THW-Ortsbeauftragte für Erlangen, Volker Schmidt, und der Ortsbeauftragte für Baiersdorf, Leonhard Grünbauer (rechts im Bild), überreichen dem Bundesbauminister Ehrengaben ihrer Ortsverbände.

Informationsausstellung „Feuer ist teuer – Vorbeugen billig“

Unter dem Motto „Feuer ist teuer – Vorbeugen billig“ haben die Provinzial-Ver sicherungen eine Informationsausstellung über die häufigsten Brandursachen und ihre Vermeidung im häuslichen Bereich zusammengestellt. „Es geht uns dabei“, so Generaldirektor Dr. Georg Voß von der Provinzial, „darum, im Rahmen unserer satzungsmäßigen Verpflichtung zur Schadenverhütung der Öffentlichkeit zu demonstrieren, was alles aus Unachtsamkeit im häuslichen Bereich passieren kann und wie sich das vermeiden ließe“. Immer häufiger komme es vor, daß Wohnungen oder ganze Häuser aus Leichtsinn oder Fahrlässigkeit in Schutt und Asche fallen.

Die deutsche Feuerversicherer müssen jährlich rund 3 Mrd. DM für Brandschäden zahlen. Der tatsächliche Verlust durch Feuerschäden liegt noch viel höher, da viele Brandfälle entweder nicht oder unterversichert sind. Diese negative Bilanz wird überschattet von Todesfällen, Verletzungen und schwerer Not, mit denen solche Schicksalsschläge einhergehen: Jährlich kommen etwa 500 Menschen zu Hause in ihren Wohnungen um, etwa 400 sterben auf der Straße in brennenden Kraftfahrzeugen oder an den Folgen der dabei erlittenen Brandverletzungen. Und bei Bränden im Industriebereich kommen alljährlich 80 Menschen ums Leben.

Um dem Trend zum Schadenanstieg entgegenzuwirken, haben die Schadenverhütungsexperten der Provinzial Rheinland die Wanderausstellung: „Feuer ist teuer – Vorbeugen billig“



konzipiert. Sie soll im Geschäftsgebiet der Provinzial Rheinland von Sparkasse zu Sparkasse wandern. Der Info-Stand besteht aus fünf wabenförmigen Elementen, in denen in Leuchtvitrinen sogenannte Schadenexponate – wie beispielsweise ein durchgeschmortes Heizkissen – gezeigt werden. Nach dem Prinzip „Ursachen – Wirkung – Vermeidung“ werden die häufigsten Brandursachen im häuslichen Bereich aufgezeigt,

die Wirkung beschrieben und demonstriert, wie mit geringem Aufwand Brandschäden vermieden werden können.

Unser Foto zeigt einen Blick auf die Ausstellung, die kürzlich erstmalig in Düsseldorf der Öffentlichkeit vorgestellt wurde.

Schwere Erdbeben in Griechenland fordern mindestens 20 Opfer

Ein Erdbeben der Stärke 6,6 auf der sogenannten „Richter-Skala“ von nur rund zehn Sekunden Dauer richtete am Dienstag, dem 24. Februar 1981, am Golf von Korinth im Umkreis von mehreren hundert Kilometern schwere Schäden an. Das schwere Beben war selbst in der Drei-Millionen-Stadt Athen deutlich zu verspüren; die Bürger der griechischen Hauptstadt stürzten in panischer Angst auf die Straßen und versuchten, in heillosen Flucht aus der Stadt zu gelangen. Die Ausfallstraßen

waren hoffnungslos blockiert, der Strom und damit auch die Verkehrsampeln fielen aus. Hunderttausende verbrachten lange Stunden im Freien, während der Boden durch fast 200 Nachbeben immer wieder schwankte. Im Zentrum des Bebens wurden 16 Tote und fünf Vermißte registriert. Ein weiteres Erdbeben der Stärke 6,3 verursachte wenige Stunden später erneute Panik, Schäden wurden jedoch nicht festgestellt. Am Donnerstag, dem 5. März 1981, erschütterte ein neuerliches Beben (Stär-



ke 6,2) die griechischen Provinzen Korinth und Bötien sowie Teile der Insel Euböa, das weitere vier Opfer und 33 Verletzte forderte. Das Epizentrum lag diesmal knapp 60 Kilometer von Athen entfernt, Hunderttausende flüchteten wiederum auf die Straßen. Hunderte von Häusern sind bei den Beben zerstört worden, ein Nachbeben der Stärke 5,8 hat in der griechischen Bevölkerung die Angst vor weiteren Katastrophen verstärkt.

Unsere Bilder zeigen die Ruinen eines Hotels in Vrahati am Golf von Korinth, das am 24. Februar 1981 beim ersten Erdbeben einstürzte, sowie die Ruine der Kirche St. Nikolas in Plataea, rund hundert Kilometer nordwestlich von Athen, die dem Beben Anfang März nicht standhielt.

Bundesinnenminister Baum sammelte für das DRK

„Spendet für das Rote Kreuz!“ bat Bundesinnenminister Gerhart Rudolf Baum seine Kölner Mitbürger und klapperte mit der Spendenbüchse. Neben dem Innenminister hatten sich auch Hans Katzer und Hans-Jürgen Wischniewski in den Dienst an der guten Sache gestellt, gemeinsam sammelten die drei Politiker vor dem Kölner Dom; das DRK erhoffte sich – so Kreisgeschäftsführer Werner Behmann – einen „kräftigen Zuschuß“ für die DRK-Arbeit in Köln. Die Spender erhielten übrigens von den drei prominenten Sammlern als Anerkennung ein Stück Heftpflaster.



26 Verletzte bei Zugunglück in Tauberfeld

Beim Zusammenstoß eines Eilzuges mit einem Güterzug bei Tauberfeld (Kreis Eichstätt) wurden am 6. März 1981 26 Reisende zum Teil schwer verletzt. Wahrscheinlich ist menschliches Versagen die Ursache des schweren Unglücks; nach Angaben der Bundesbahn

hat vermutlich der Lokführer des Güterzuges ein Haltesignal überfahren.

Unser Bild zeigt die umgestürzte Lokomotive des Güterzuges, deren Führer mit einem Schock ins Krankenhaus gebracht werden mußte.



Brandschutz-Seminare in Urach

Im Schulungszentrum Urach der Firma Minimax finden auch 1981 verschiedene Fachseminare für den Brandschutz-Fachmann statt.

1. „**Betrieblicher Brandschutz**“ für Brandschutz-Verantwortliche aus Industrie, Handel und Verwaltung: 5. bis 8. Mai 1981, 23. bis 26. Juni 1981 und 6. bis 9. Oktober 1981.

2. „**Brandschutz-Praxis**“ für Brandschutz-Praktiker aus Industrie, Handel und Verwaltung sowie Absolventen der Seminarreihe 1: 19. bis 22. Mai 1981, 1. bis 4. September 1981, 22. bis 25. September 1981 und 20. bis 23. Oktober 1981.

3. „**Brandschutz-Technik**“ für Sicherheitsingenieure und andere Fachkräfte für Arbeitssicherheit, Sicherheitsbeauftragte, Kommandanten von Werkfeuerwehren, Werkschutzleiter und Absolventen der Seminare 1 und 2: 7. bis 10. April 1981, 2. bis 5. Juni 1981, 8. bis 11. September 1981 und 13. bis 16. Oktober 1981.

4. „**Baulicher Brandschutz**“ für Brandverhütungsingenieure, Leiter von Baubehörden, Versicherungsfachleute, Sicherheits- und Planungsingenieure, Technische Aufsichtsbeamte von Berufsgenossenschaften und Gewerbeaufsichtsämtern sowie für Absolventen der Seminarreihen 1, 2 und 3: 22. bis 24. April 1981 und 4. bis 6. November 1981.

5. „**Brandschutz-Führungsseminar**“ für Absolventen der Seminarreihen 1 bis 4 zum Erwerb des Brandschutzzertifikats sowie für Entscheidungsträger und Kostenstellenverantwortliche: 27. bis 30. Oktober 1981.

6. „**Brandschutz aktuell**“ für Absolventen der Seminarreihen 1 bis 5: 25. bis 27. November 1981.

Interessenten können sich wenden an: Preußag AG Minimax, Schulungszentrum, Stuttgarter Str. 140, Postfach 1169, 7432 Urach 1, Tel.: 07125/1831.

Erdbebenhilfe der Bundeswehr in Italien

Mit der Rückverlegung des zur Katastrophenhilfe gebildeten Einsatzverbandes endete am 31. Januar 1981 eine der umfangreichsten Hilfsaktionen der Bundeswehr im Ausland. Seit dem 28. November 1980 waren in zwei Abschnitten insgesamt 1666 Soldaten der Bundeswehr im süditalienischen Erdbebengebiet im Katastropheneinsatz. Das Hauptkontingent stellte in den ersten vier Wochen zunächst das Passauer Pionierbataillon 240 und in der zweiten Phase Soldaten des Gebirgspionierbataillons 8 aus Brannenburg/Oberbayern.

Soldaten aus insgesamt 35 vorwiegend süddeutschen Standorten und von fast allen Truppengattungen des II. Korps sowie 130 Sanitätssoldaten mit einem Feldlazarett des Sanitätslehrbataillons 865 aus München und Angehörige der Luftwaffe unterstützten die Pioniere.

Die Soldaten der Bundeswehr waren eingesetzt in folgenden Orten: Avellino, Materdomini, Lioni, Teora, Caposele, Senerchia, Calabritto.

Die Soldaten hatten im Katastrophengebiet folgende Aufträge zu erfüllen:

- Räumen von verschütteten Straßen und Wegen
- Abtransport von Trümmern und Schutt
- Bergen von Hausrat, kulturellen Gegenständen und sonstigem Gut
- Einreißen von Ruinen und einsturzgefährdeten Häusern zum Schutz der Bevölkerung
- Ärztliche Versorgung der Bevölkerung
- Schaffen von Stellplätzen für den Aufbau von Zelten und Fertighäusern.

Außerdem wurden Spenden im Wert von insgesamt ca. 275 000 DM verteilt.

Eingesetztes Gerät:

- 223 Kraftfahrzeuge
- 30 Pioniermaschinen (z. B. Planiermaschinen, Kranauto)
- 4 Hubschrauber

Leistungen:

- gefahrene Kilometer aller Fahrzeuge: 490 000 km
- Flugstunden der Hubschrauber: 304 Stunden
- 52 Transportflüge der Luftwaffe; es wurden ca. 1900 Soldaten und 620 t Material in insgesamt 405 Flugstunden befördert.
- Transport und Aufbereitung von Wasser: 1500 Liter täglich
- Bergung von Hausrat und kulturellen Gegenständen aus: 231 Häusern
- Abriß von Häusern/Ruinen: 456
- Abtransport von Trümmern/Schutt: weit über 100 000 m³
- Planierungsarbeiten: 21 800 m²

– Erstellen von Behelfsunterkünften/Aufstellen von Fertighäusern: ca. 1600 m² Wohnfläche.

Karitative Hilfeleistungen:

Über 500 Familien wurden mit Lebensmitteln, Bekleidung und Hausrat versorgt. Darüber hinaus wurden 170 Zelte und 11 000 Decken aus Beständen der Bundeswehr übergeben. Ebenfalls aus Beständen der Bundeswehr konnten in einer Sonderaktion zu Weihnachten über 300 Paar feste Schuhe unentgeltlich zur Verfügung gestellt werden. Neben Kauf und Installation von 170 Öfen wurden aus Spendenmitteln für die Gemeinde Caposele zwei VW-Busse beschafft und in Lioni ein Doppelhaus errichtet.

Im Feldlazarett wurden 1222 Patienten behandelt; 2028 weitere Hilfesuchende wurden ärztlich versorgt.

NRW gibt mehr Geld für die Brandschutzforschung

Das Land Nordrhein-Westfalen wird künftig mehr Geld für die Brandschutzforschung ausgeben. In einer Kabinettsitzung hat die Landesregierung auf Vorschlag von Innenminister Dr. Herbert Schnoor beschlossen, sich mit einem Betrag von jährlich 150 000 Mark an gemeinschaftlichen Forschungsaufträgen der Bundesländer zu beteiligen. Das ist ein Viertel der Mittel, die von allen Ländern für die wissenschaftliche Forschung auf dem Gebiet des Brandschutzwesens, zum Beispiel für die Verbesserung der Löschtechnik, aufgebracht werden sollen. Bislang zahlte das Land im Jahr 120 000 Mark.

Mit den geplanten Gesamtmitteln in Höhe von jährlich 600 000 Mark werden nach einem Verwaltungsabkommen der Bundesländer gemeinschaftlich Aufträge an die Forschungsstelle für Brandschutztechnik an der Universität Karlsruhe finanziert. Nicht eingeschlossen in diese Summe sind weitere Forschungsmittel, die die Länder für die Entwicklung schwerbrennbarer Materialien im Bereich der Baustoffkunde aufbringen.

Notwendig wurde die Erhöhung der Mittel vor allem durch den starken Anstieg der Brandschäden in der Bundesrepublik. Während 1960 die Schadenssumme noch 360 Millionen Mark betrug, stieg sie von 1,35 Milliarden Mark im Jahr 1970 auf 3,5 Milliarden Mark im Jahr 1979. Dieser Entwicklung – so betonte Minister Dr. Schnoor – könne nur mit einer intensiven Forschung begegnet werden.

Nach dem Beschluß des Kabinetts wird das geänderte Verwaltungsabkommen dem Landtag zur Zustimmung zugeleitet.

Hilfe auf der Autobahn noch schneller zur Stelle

Eine Million Mal werden die 8000 Notrufsäulen an den deutschen Autobahnen jährlich benutzt. Um jedes Mißverständnis künftig auszuschließen und die Hilfeleistung noch zu beschleunigen, entwickelte ein großer deutscher Elektrokonzern in Zusammenarbeit mit dem Verkehrsministerium eine automatische Identifiziereinrichtung. Dieses „Notrufsystem 80“ zeigt in der Autobahnmeisterei ganz exakt, von welcher Stelle ein Anruf kommt, und verbessert überdies die Verständigung wesentlich. Die Autobahn München–Salzburg wird als erste Strecke mit der neuen Technik ausgerüstet. Rosenheim nahm als erste Zentrale bereits Ende 1980 den Betrieb mit dem „Notrufsystem 80“ auf.

Bei dem neuen System wird die Sprache über einen Vierdrahtweg übertragen, wodurch gegenüber der bisherigen zweidrähtigen Übertragung eine größere Reichweite sowie eine höhere Lautstärke an der Säule erreicht wird. Das bei jeder Inbetriebsetzung (Klappe heben) einer Notrufsäule automatisch ausgesandte, spezifische Signal sorgt dafür, daß am Abfragetisch in der Autobahnmeisterei alle für die Standortermittlung notwendigen Daten – wie Kilometerstandort der Säule und Fahrbahnseite – angezeigt werden. Die Auswertung erfolgt optisch auf einem Leuchtdioden-Display.

Im Laufe der nächsten Jahre plant das Ministerium, sämtliche Autobahnmeistereien mit Notrufanlagen des neuen Systems auszustatten.

Veranstaltungen der Landesstelle für Betriebsschutz e. V. Baden-Württemberg

Die Landesstelle für Betriebsschutz e. V. in Baden-Württemberg hat folgende Veranstaltungen angekündigt:

Seminar „**Führungsaufgaben im Betrieblichen Katastrophenschutz (BKO)**“ – Anleitung in Planung, Organisation und im Führungsvorgang: 26. bis 27. Mai 1981.

Seminar „**Brandschutz im Betrieb**“ mit Fachinformationen über Brandschutz, Brandermittlung und Brandauswertung: 23. April 1981.

Seminar „**Katastrophenabwehr für Rechenzentren und EDV-Abteilungen**“ über Grundlagen, Erarbeitung einer Abwehrkonzeption: 4. Juni 1981.

Informationen durch die Landesstelle für Betriebsschutz e. V., Hohenheimer Str. 41 c, 7000 Stuttgart 1, Tel.: 0711 / 233425.

Erstes Hochwasser des Frühjahres:

„Land unter“ in den Flußtälern

Vier Opfer und Sachschäden in Millionen-Höhe

Andauernde Regenfälle und ein Frühlingseinbruch brachten Anfang März in weiten Teilen der Bundesrepublik zum ersten Male in diesem Jahr teils beträchtliche Hochwasserstände. Besonders betroffen waren die Mittelgebirge – Sauerland, Bergisches Land, Eifel, Franken – und die Flußtäler von Rhein, Weser, Elbe, Ruhr, Mosel, Aller und Leine. Flüsse und Bäche traten über die Ufer, Talsperren liefen über, in einigen Gebie-

ten standen nicht nur Keller unter Wasser, auch vollgelaufene Kabelschächte wurden gemeldet. Zum Teil wurden Telefonverbindungen lahmgelegt. Einige Campingplätze mußten in aller Eile geräumt werden.

Besonders ernst war die Lage im fränkischen Coburg, wo die Höchststände des Jahres 1967 an Itz und Rodach noch

übertroffen wurden und Katastrophenalarm gegeben werden mußte. Feuerwehren und Technisches Hilfswerk errichteten Dämme aus Sandsäcken und pumpten Hunderte von überfluteten Kellern aus.

Am 15. März 1981 sank das Wasser fast überall; nach einer ersten Bilanz kamen vier Menschen ums Leben, der Sachschaden geht in die Millionen.



Nach Dauerregen in Teilen des südlichen Niedersachsens stand das Wasser – wie hier in Hollenstedt bei Northeim – auf zahlreichen Straßen.



Auch die niedersächsische Landeshauptstadt Hannover meldete am 13. März aus einigen Stadtteilen, am Ufer der Leine gelegen, „Land unter“.



Helfer der Feuerwehr und des Technischen Hilfswerkes waren in Südniedersachsen im Einsatz und reparierten gefährdete Deiche: Unser Foto vom 12. März 1981 entstand in Northeim, wo die Rhume zu einem breiten Fluß angeschwollen war.



Besonders schwer betroffen war der Landkreis Coburg in Oberfranken, wo Katastrophenalarm gegeben werden mußte. Durch die Überflutung einer Staatsstraße in Rödental (unser Bild) war zeitweise der ganze nördliche Teil des Landkreises abgeschnitten.

Winter-Einsätze des THW an vielen Orten

Hilfe für frierende Autofahrer

Manche mußten bis zu zehn Stunden ausharren – Einsturzgefährdete Dächer vom Schnee befreit – THW-Ortsverband Passau sprengte gestautes Eis

Die Einsätze des THW bei Gefährdungen und Behinderungen durch Schnee und Eis waren in diesem Winter im ganzen Bundesgebiet besonders zahlreich. Insbesondere in den ersten Januarwochen des Jahres 1981 lösten Schneestürme und Schneeverwehungen auf den Straßen schwere Beeinträchtigungen des Straßenverkehrs bis zu dessen totalen Zusammenbruch aus.

In der niedersächsischen Stadt Salzgitter wurde in der Nacht zum 15. Januar 1981 Katastrophenalarm gegeben. Hier war das Technische Hilfswerk neben anderen Organisationen ständig im Einsatz, um im Schnee steckengebliebene Autofahrer zu befreien.

Im Bereich der Stadt Bad Homburg mußten wegen des starken Schneefalles ebenfalls am 15. und 16. Januar Einheiten des THW und der Feuerwehren einige Verkehrswegen ganz sperren. Frierende Autofahrer, die mit ihren Fahrzeugen liegengeblieben waren, wurden von den THW-Helfern mit heißem Tee und wärmenden Decken versorgt.

Auch auf der Autobahn „Sauerlandlinie“ brach der Autoverkehr am 15. Januar aufgrund des starken Wintersturmes mit Schnee, Regen und Eis zusammen. Hier konnten Einsatzwagen des THW mit Schneeketten bis zu den eingeschlossenen Autofahrern vordringen und die zum Teil seit zehn Stunden Wartenden mit heißen Getränken versorgen.

In Rheinland-Pfalz mußte allein der THW-Ortsverband Alzey an einem Tag auf den Straßen der Umgebung ca. 50 Autos aus den Schneemassen befreien.

Viele THW-Ortsverbände waren außerdem durch die Katastrophenschutzbehörden in Ruf- und Sitzbereitschaft versetzt worden.

Im Raum Gießen und Umgebung wurden beispielsweise die Ortsverbände Gießen und Grünberg alarmiert, die sofort die entsprechenden Vorbereitungen trafen, nämlich Überprüfung von Ausrüstung und Fahrzeugen und Bereithalten von Getränken und Decken zur Versorgung der Eingeschlossenen.

Neben den in diesem Winter schon fast als „normal“ zu bezeichnenden Einsätzen des THW zur Räumung der Straßen von



Lagebesprechung mit den Führungskräften des THW-Ortsverbandes Bad Homburg vor der Höhe in der Nacht vom 14. zum 15. Januar 1981 auf der Straße zwischen Ober-Erlenbach und Karben.



Das Bad Homburger THW setzte zur Ausleuchtung der Einsatzstellen Flutlicht ein.

Schnee und Eis, zur Befreiung der liegengebliebenen Fahrzeuge und zur Versorgung der Autofahrer hatten manche Ortsverbände auch noch „Sonderaufgaben“ zu lösen.

So mußten im Landesverband Bayern die THW-Ortsverbände Dachau und Fürstfeldbruck am Dreikönigstag ausrücken, um eine Strecke in Puchheim von 15 Tonnen Speisesalz zu räumen. Ein Lastzug hatte

diese Ladung verloren, als er auf der schneeplatten Fahrbahn ins Schleudern geraten und sein Anhänger umgekippt war.

Einen ungewöhnlichen Einsatz hatte der THW-Ortsverband Regen durchzuführen. In einem Waldferiendorf war die Schneedecke auf den Ferienhäusern durch die starken Schneefälle in den vorangegangenen Tagen so hoch geworden, daß die Schneemassen bei Tauwetter herabzustürzen drohten. 23 Helfer des Ortsverbandes Regen kamen mit zwei Einsatzfahrzeugen zu Hilfe und hatten nach fünf Stunden an den am meisten gefährdeten Stellen den Schnee von den Dächern geräumt.

Der THW-Ortsverband Deggendorf hatte ähnliche Probleme zu bewältigen. Zwei Gruppen des 1. Bergungszuges mußten zu Aufräumungsarbeiten eingesetzt werden, nachdem eine Lagerhalle unter der Schneelast zusammengestürzt war. Das zerstörte Dach wurde zum Teil entfernt, die Dachkonstruktion abgetragen und der restliche Teil des unversehrten Daches abgestützt. In Greising konnte ein Trupp von THW-Helfern noch rechtzeitig einsturzgefährdete Dächer vom Schnee befreien, so daß ein Schaden vermieden wurde.

Eine besonders schwierige Aufgabe mußte der THW-Ortsverband Passau Anfang Februar lösen. Mit elf Kilogramm des Sprengstoffes Ammon-Gelit III sprengten die THW-Helfer das stellenweise ein Meter hoch gestaute Eis an der Flußmündung der Erlau. Zweck des Einsatzes war es, die Überschwemmungsgefahr zu bannen, die als Folge des Eisstaues entstanden war, und die zwei in der Nähe liegende Fabrikgebäude bedrohte.

Die ausgebildeten Sprenghelfer des THW schnitten mit Motorsägen zunächst kreisrunde Löcher in das Eis der Erlau und versenkten darin 15 Ladungen des Sprengstoffes. Nachdem die nahe Bundesstraße durch die Polizei gesperrt und die weiteren Sicherheitsvorkehrungen getroffen waren, wurden die Sprengladungen gezündet. Die Sprengung verursachte bis zu 15 Meter hohe Fontänen aus Eis, Schnee und Wasser.

Die Erlau wurde so weit vom Eis befreit, daß das Wasser des Kraftwerkskanals in die Erlau geleitet werden und dort den Eisstau, der fast einen Kilometer lang war, ganz aufbrechen konnte.

Die positive Reaktion der Bevölkerung auf die Einsätze des THW in diesen Wintertagen zeigt stellvertretend für viele der Leserbrief einer Autofahrerin im „Münchner Merkur“, die den Männern des Technischen Hilfswerks herzlich dankte, daß diese sie aus einer „hoffnungslosen Lage“ befreit hatten, als sie mit ihrem Fahrzeug in einer Schneewehe liegengeblieben war.



Trotz aller modernen technischen Geräte ist bei solchen Aufgaben auch Muskelkraft gefragt.



Eine Straße im Landkreis Alzey-Worms: Das THW kämpfte mit schwerem Gerät gegen die Schneemassen an.



Fast überall im Landkreis kam der Straßenverkehr zum Erliegen, der THW-Ortsverband Alzey half liegengeliebenen Autofahrern.



Januar 1981 – vielerorts eine Bewährungsprobe für das THW.

Landesfeuerwehrarzt Dr. med. E. Bürger, Tübingen

Arbeitsmedizinische Vorsorge bei Trägern von Atemschutzgeräten

Erfahrungen aus der Sicht der Freiwilligen Feuerwehren

Der Deutsche Feuerwehrverband vertritt die Interessen der 1,004 Millionen Angehörigen der Feuerwehren der Bundesrepublik Deutschland. Die Freiwilligen Feuerwehren stellen mit 855000 aktiven Mitgliedern in 9200 Städten und Gemeinden die größte Hilfsorganisation dar. Sie bekämpfen jährlich über 62000 Brände, leisten bei ca. 111000 Schadensfällen Technische Hilfe, sind mit den Berufsfeuerwehren mit 25 Prozent am Rettungsdienst und Krankentransport beteiligt und stellen die Hauptstütze des Katastrophenschutzes dar. Die Feuerwehren sind Institutionen der Kommunen und unterstehen der Aufsicht der Länder.

Über 250000 Feuerwehrangehörige sind als Atemschutzgeräteträger ausgebildet: Bei 15 Prozent aller Einsätze der Freiwilligen Feuerwehren ist Atemschutz erforderlich.



Atemschutz

Das gigantische Wirtschaftswachstum und die Technisierung der Umwelt führte zu steigender Verwendung von Materialien, deren Verbrennungs- oder Zersetzungsprodukte gefährliche Atemgifte enthalten. Der Anteil der Einsätze der Freiwilligen Feuerwehren, der Atemschutz erforderlich macht, beträgt über 15 Prozent. Deshalb sind die Freiwilligen Feuerwehren mit über 48000 umluftunabhängigen Atemschutzgeräten ausgerüstet; über 250000 Feuerwehrangehörige sind als Atemschutzgeräteträger ausgebildet. Mehr als 90 Prozent aller Einsätze unter schwerem Atemschutz werden innerhalb von 45 Minuten beendet.

Geschichtliche Entwicklung

Der Feuerwehreinsatz unter Benutzung von Atemschutzgeräten ist für den Feuerwehrangehörigen neben der Unfallgefährdung mit einer nicht unerheblichen gesundheitlichen Belastung verbunden. Das Wissen um diese gesundheitliche Gefährdung von Atemschutzgeräteträgern führte schon 1939 zur Einführung reichseinheitlicher Eignungsgrundsätze für Feuerwehrmänner. Eignungskriterien, Dokumentation und Untersuchungsfristen der ärztlichen Eignungsuntersuchung war einheitlich festgelegt. Diese Eignungsgrundsätze wurden bei der Neugestaltung der Atemschutzanleitungen durch die Länder in den fünfziger Jahren teils unterschiedlich, teils nicht mehr berücksichtigt. Erst mit der Einführung der Unfallverhütungsvorschrift „Feuerwehr“ wurde 1965 wieder eine ärztliche Eignungsuntersuchung und Nachuntersuchungen in fünfjährigem Turnus gefordert. Eignungskriterien waren nicht vorgegeben; Art, Inhalt und Dokumentation der Untersuchung nicht festgelegt. Dies führte u. a. zu mangelnder Motivation bei vielen Feuerwehrangehörigen, sich einer solchen Untersuchung zu unterziehen. Auch die Einführung der bundeseinheitlichen Feuerwehrdienstvorschrift „Atemschutz“ im Jahre 1972 mit der Festschreibung der ärztlichen Tauglichkeitsuntersuchung und der an Atemschutzgeräteträger zu stellenden Anforderungen trug nicht zu einer wesentlichen Verbesserung bei.

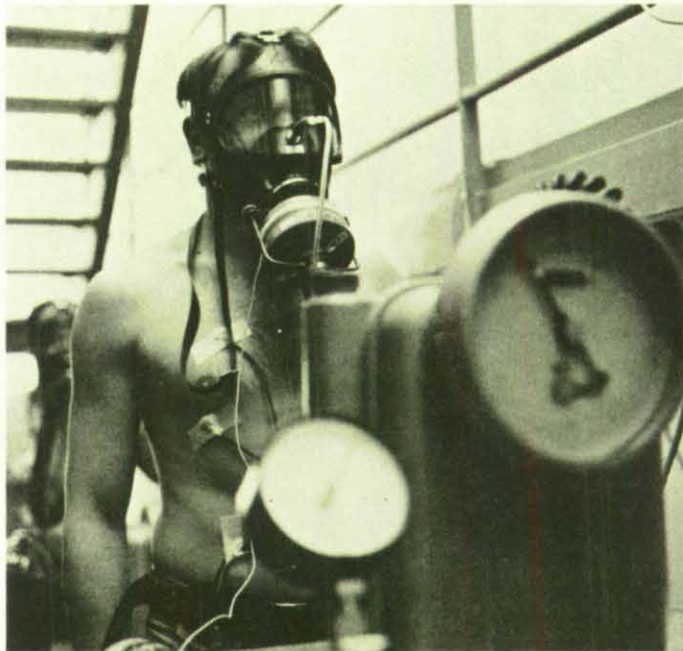
Arbeitsmedizinischer Grundsatz 26

Die Unfallversicherungsträger der öffentlichen Hand (BAGUV) haben im März 1979 den arbeitsmedizinischen Grundsatz 26 für die Freiwilligen Feuerwehren eingeführt. Die Einführung des G 26 stellt für die Feuerwehren einen Fortschritt hinsichtlich der Formulierung von Eignungskriterien dar, im Besonderen, da Tauglichkeitsuntersuchungen für den Feuerwehrdienst bislang nur bei Berufs-

und Werksfeuerwehren durchgeführt wurden und einheitliche Eignungskriterien bzw. Kriterien hinsichtlich „gesundheitlicher Bedenken“ für den Feuerwehrdienst bisher nicht formuliert wurden. Auch die einheitliche Kostenregelung nach Leitnummer 88 bzw. 61 GOÄ stellt eine Verbesserung gegenüber der bisherigen Regelung dar, wengleich die

Haushaltspläne der Kommunen durch diese Untersuchungen mehrbelastet werden. Die Verkürzung der Untersuchungsfristen von fünf auf drei Jahre, bzw. bei über 50jährigen auf 15 Monate, ist gleichfalls zu begrüßen, da nach dem vierten Lebensjahrzehnt körperliche Leistungsfähigkeit und sportliches Training ab- und Risikofaktoren deutlich zuneh-

Die Hauptstelle für das Grubenrettungswesen führte von 1974 bis 1978 in ihrem Ausbildungszentrum in Hohenpeißenberg ein vierjähriges Forschungsvorhaben „Belastbarkeitsvoraussetzungen für Träger von Atemschutzgeräten“ durch.



Übungsstrecken, die auch beheizt oder verqualmt werden können, bringen zwar körperliche Strapazen; auf der „Marterstrecke“ bekommt der Übende jedoch Vertrauen in das Gerät und in die eigene Kondition.

men. Die Einführung einer Gesundheitsdatei für Atemschutzgeräteträger erleichtert den Führungskräften der Feuerwehr zwar die Organisation der Nachuntersuchungen sowie den Überblick über den Gesundheitszustand der Mitglieder, bedeutet aber gleichzeitig eine erhebliche bürokratische Mehrbelastung für die ehrenamtlich Tätigen. Erhebliche Schwierigkeiten bereitet den Feuerwehren der Vorgang der Ermächtigung geeigneter Ärzte zur Untersuchung nach G 26. Bislang untersuchten vornehmlich Allgemeinärzte und Ärzte in Krankenhäusern der Städte und Landkreise. Die Anzahl bereits ermächtigter Ärzte reicht bei weitem nicht aus, besonders in ländlich-strukturierten Gegenden. Den niedergelassenen Ärzten mangelt es nicht selten an Fahrradergometer, Spirometer und Röntgeneinrichtungen. Die Untersuchungen in arbeitsmedizinischen Zentren oder bei bereits ermächtigten Ärzten ist überwiegend verbunden mit erheblichem bürokratischem Aufwand, langen Wartezeiten, weiter Anfahrt und damit verbundenem Arbeitszeitausfall und erheblichen Mehrkosten. Der Vorgang der Ermächtigung von Ärzten durch die Berufsgenossenschaftlichen Landesverbände ist relativ kompliziert und nimmt mehrere Monate Zeit in Anspruch. Der Mangel an ermächtigten Ärzten führte bereits zu Engpässen und zu Stornierung von Lehrgängen an den Landesfeuerwehrschulen, die die zentrale Ausbildung von Atemschutzgeräteträgern durchführen. Die Kenntnisse der Ärzte auf dem Gebiet des Atemschutzes und des Feuerwehrwesens sind äußerst gering und müssen dringend durch bessere Öffentlichkeitsarbeit und Ausbau des „Feuerwehrärztlichen Dienstes“ vertieft werden. Weitere Probleme entstehen den Verantwortlichen durch die verstärkte Mitwirkung von Frauen im Feuerwehrdienst, insbesondere in Pendlergemeinden. Hier ergeben sich allein durch das Eigengewicht der Preßluftatmer besondere Aspekte gesundheitlicher Gefährdung, die im G 26 nach meinem Ermessen noch keine ausreichende Berücksichtigung finden konnten.

Eignungskriterien

Seit 1978 werden schon teilweise Atemschutzgeräteträger bei den freiwilligen Feuerwehren nach den Kriterien des G 26 untersucht. Dabei wurden in ca. 20 Prozent eine dauernde, in ca. 12 Prozent eine befristete „Nichteignung“ für das Tragen von Atemschutzgeräten der Gruppe 3 festgestellt. Am häufigsten waren gesundheitliche Bedenken begründet mit Übergewicht von mehr als 30 Prozent Broca, mit Visusveränderungen ohne entsprechende Korrektur, mit

fehlender Maskenbrille bei Brillenträgern, mit dem Tragen von Vollbärten, mit Trommelfellperforation, mit Einschränkung von Vitalkapazität und Atemstoß, mit Hypertonus sowie mit Hernien bei mangelnder Einsicht und Bereitschaft zur operativen Behandlung. Von wenigen Ausnahmen abgesehen tragen bei den Freiwilligen Feuerwehren über 50jährige keine umluftunabhängigen Atemschutzgeräte mehr, da gerade in den letzten Jahren durch die Herabsetzung des Durchschnittsalters der Feuerwehrangehörigen eine Entlastung der älteren Generation bei Einsatz und Übung zu verzeichnen ist. Probleme ergeben sich für den untersuchenden Arzt bei Personen mit gesundheitlichen Bedenken dann, wenn diese Person im Beruf täglich schwere Arbeit leisten muß und deshalb kein Verständnis dafür aufbringt, daß er für ein mehrmaliges, kurzzeitiges Tragen von schwerem Atemschutz pro Jahr nicht geeignet sei soll. Hier empfiehlt es sich – gerade auch aus den psychologischen Gründen – von der Möglichkeit verkürzter Nachuntersuchungsfristen Gebrauch zu machen.

Dies gilt auch für Eignungskriterien, die Anlaß zu unterschiedlicher Interpretation geben, so z. B. Gleichgewichtsstörungen leichteren Ausmaßes, Stoffwechselkrankheiten, allergischen Konjunktivitiden, Blutdruckveränderungen u. a. Eine statistische Erfassung und Auswertung von Untersuchungsergebnissen erscheint auch im Hinblick auf eine notwendige Ergänzung des G 26 wünschenswert.

Abschließend darf festgestellt werden, daß die arbeitsmedizinischen Vorsorgeuntersuchungen für Träger von Atemschutzgeräten ungeachtet der genannten und noch zu bewältigenden Probleme einen wichtigen Beitrag zur Verbesserung des Arbeitsschutzes bei den Feuerwehren darstellt zusammen mit der Weiterentwicklung von sicheren Atemschutzgeräten und einer intensiveren Ausbildung der Geräteträger durch den Bau von Übungsstrecken auf regionaler Ebene.

(Vortrag anläßlich des arbeitsmedizinischen Kolloquiums des Hauptverbandes der Berufsgenossenschaften e. V. bei der Jahrestagung der Deutschen Gesellschaft für Arbeitsmedizin in Münster)

STELLENAUSSCHREIBUNG

Beim Bundesverband für den Selbstschutz, bundesunmittelbare Körperschaft des öffentlichen Rechts (Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern), sind nachfolgend aufgeführte Stellen zu besetzen:

1. **Fachbearbeiter/-in bei der BVS-Dienststelle Ludwigshafen**
(Verg.-Gr. Vb BAT) – ab sofort –
2. **Fachbearbeiter/-in bei der BVS-Dienststelle Friedberg**
(Verg.-Gr. Vb BAT) – ab sofort –
3. **Fachbearbeiter/-in bei der BVS-Dienststelle Itzehoe**
(Verg.-Gr. Vb BAT) – ab 1. 6. 1981 –
4. **Fachbearbeiter/-in bei der BVS-Dienststelle Kassel**
(Verg.-Gr. Vb BAT) – ab 1. 6. 1981 –
5. **Fachbearbeiter/-in bei der BVS-Landesstelle Baden-Württemberg**
(Verg.-Gr. Vb BAT) – ab 1. 6. 1981 –

Die Bewerber sollten über umfangreiche Kenntnisse auf dem Sektor des Zivil-, Katastrophen- und Selbstschutzes verfügen.

Bewerber mit abgeschlossener BVS-Fachausbildung werden bevorzugt.

Bis zum Abschluß der Fachausbildung erfolgt Eingruppierung eine Vergütungsgruppe niedriger.

Wir bieten außer einer angemessenen Vergütung die im öffentlichen Dienst üblichen Sozialleistungen.

Bewerbungen mit den üblichen Unterlagen (Personalbogen mit Lichtbild, Lebenslauf, Ausbildungs- und Befähigungsnachweisen) sind bis zum **30. April 1981** zu richten an den

Bundesverband für den Selbstschutz
– Bundeshauptstelle –
Eupener Straße 74, 5000 Köln 41

Personalbogen wird auf schriftliche Anforderung übersandt.

Bei ha. Beschäftigten des BVS genügt formlose Bewerbung (auf dem Dienstweg).

Erich Link

Entscheidend für die Einsatzbereitschaft:

Materialerhaltung – eine wichtige Aufgabe

Vorbeugende Maßnahmen verlängern die Lebensdauer der Ausstattung –
Materialerhaltung hilft Kosten sparen

Die Materialerhaltung im Katastrophenschutz ist in einem Einsatzfall ein Teilgebiet der materiellen Versorgung. Der einwandfreie und einsatzfähige Zustand des Materials ist neben einer klaren Personalregelung die entscheidende Voraussetzung für die notwendige Herstellung und Erhaltung der Einsatzbereitschaft der Einheiten und Einrichtungen des Katastrophenschutzes. Die Materialerhaltung hat zum Ziel, durch Pflege, Wartung und Fristenarbeiten an der materiellen Ausstattung im Frieden sowie durch Abschub und Instandsetzung von Schadgerät in einem Einsatzfall die materielle Einsatzbereitschaft des Katastrophenschutzes zu gewährleisten. Jeder Führer und Unterführer sollte daher Eigenart, Leistungsfähigkeit und Leistungsgrenze der Geräte kennen, um Verschleiß und damit Engpässe in der Versorgung nach Möglichkeit zu vermeiden.

Diese Forderungen und Feststellungen sind ebenso bekannt wie bedeutungsvoll. Doch ist die Erfüllung dieser Forderungen nicht immer und oft nicht ohne „wenn und aber“ möglich, weil die finanziellen Mittel nicht immer in dem gebotenen Umfang zur Verfügung stehen, um alle anstehenden Aufgaben hierbei umfassend und folgerichtig zu erfüllen.

Aus diesem Grunde sollte u.a. die Frage erörtert werden, ob für die Instandsetzung des Materials nicht vielleicht finanzielle Mittel eingesetzt werden müssen, weil Schäden aus Unkenntnis oder aber auch aus Gleichgültigkeit verursacht werden.

Diese Haushaltsmittel könnten wirksamer für die Verbesserung, Modernisierung und an der Ausstattung Verwendung finden.

Material als Gemeingut der Bürger

Die Erhaltung des Materials bedingt nicht nur im Bereich der öffentlichen Verwaltung einigen Aufwand. Auch jeder persönliche Besitz an materiellen Werten erfordert Pflege und Wartung, soll das Material für längere Zeit in einem brauchbaren Zustand erhalten bleiben. Für das Material aber, das dem einzelnen nicht gehört, das ihm nur zur Benutzung und Betreuung anvertraut wird, für dieses Material tragen alle die Verantwortung, daß es erhalten und **nach rationellen Gesichtspunkten** in einem



Technische Überprüfung eines Kraftfahrzeuges auf vorzeitige Verschleißerscheinungen u. a.

guten Zustand bleibt und damit zugleich die Einsatzbereitschaft des Katastrophenschutzes sichert.

Führung für den materiellen Bereich

Vorbeugende Materialerhaltung

Um das Material optimal und zweckmäßig einsatzbereit zu erhalten, sind entsprechende vorbeugende Maßnahmen erforderlich. Vorbeugende Materialerhaltung ist damit eine Führungsaufgabe ersten Ranges, deren Bewältigung bereits im Frieden um so mehr zu verlangen ist, als diese Arbeit im **Einsatz** nicht mehr wirksam werden kann.

Die Führung ist also zur Erhaltung der Einsatzbereitschaft für den Einsatzfall nicht

nur in personeller Hinsicht besonders gefordert: Verständnis, Einsicht, Verantwortungsbewußtsein sind hierbei die wesentlichen Voraussetzungen. **Ausbildung, technische Prüfungen und Kontrollen** sind die weiteren Grundlagen für den Erfolg. Der einzelne Helfer sollte daher zunächst dazu angehalten werden, mit fremden Eigentum so zu verfahren, als wenn es sein eigener Besitz ist. Mit diesem Verständnis wäre schon viel erreicht, bei Beachtung dieser Maxime würde sich manche Maßnahme erübrigen, wären manche Folgemaßnahmen kostensparender durchzuführen usw.

Ausbildung

Je komplizierter ein Gerät ist, umso umfassender und intensiver sollte die Ausbildung



Kontrolle eines Vorratslagers auf Vollzähligkeit, Qualität, Luftfeuchtigkeit usw.

der damit arbeitenden Helfer sein. Hierzu gehören auch die Umschulungs- und die Vorbereitungskurse nach Umbau von Geräten oder bei der Einführung neuer Geräte. Diese Lehrgänge kosten in der Regel viel Zeit und viel Aufwand. Bei den im allgemeinen hohen Anschaffungskosten der modernen Geräte aber muß dieser Aufwand in Kauf genommen werden, um vermeidbare Schäden am Gerät und damit noch höhere Kosten zu verhindern – und um es zu jeder Zeit einsatzbereit zu halten.

Auch dieses ist eine wichtige Führungsaufgabe. Die Ausbildung hierfür sollte früh einsetzen. Trotz der angespannten finanziellen Lage wäre es auf alle Fälle der falsche Weg, an dieser notwendigen Ausbildung zu sparen oder gar sie zu unterlas-

sen – die finanziellen Folgen und damit auch die Minderung der Einsatzfähigkeit der Geräte lassen sich hierbei nahezu exakt im voraus errechnen.

Die laufende Ausbildung der Benutzer an den bereits vorhandenen Geräten sowie die Ausbildung des Instandsetzungspersonals ist somit eine wichtige und ständige Aufgabe der Führung auf allen Ebenen.

Auch muß hier angeführt werden, daß eine wesentliche Voraussetzung für vorbeugende Materialerhaltung eine angemessene **Bevorratung von Ersatzteilen** und deren reibungslose Nachlieferung ist. Dieses ist ebenfalls u. a. eine wichtige Grundlage für eine rasche Erfüllung der Instandsetzungsarbeiten bei den Geräten und Kraftfahrzeugen.

Technische Prüfungen und Kontrollen

Ein anderer Bereich sind Prüfungen und Kontrollen.

Vorausplanung sollte der Leitspruch für die vorbeugende Materialerhaltung grundsätzlich sein. Hierzu gehören auch **technische Prüfungen und Kontrollen**:

Technische Prüfungen, ob und welche Verschleißerscheinungen frühzeitig auftreten,

Kontrollen, die die Vollzähligkeit des Materials feststellen, und ob die Wartung und Pflege regelmäßig und sachgemäß durchgeführt werden.

Dies ist für die vorbeugende Materialerhaltung ebenso von großer Bedeutung, da unter anderem ggf. Folgerungen für die weiteren Arbeiten gezogen werden können.

Darüber hinaus sind nach den gesetzlichen Bestimmungen u. a. folgende Prüfungen vorgesehen:

1. Nach § 60 der Bundeshaushaltsordnung (§ 60 BHO) sind innerhalb von zwei Jahren unvermutete Bestandsprüfungen des Materials aller nachweispflichtigen Dienststellen vorgesehen.

2. Nach § 29 der Straßenverkehrszulassungsordnung sind regelmäßige Prüfungen aller Kraftfahrzeuge notwendig.

Prüfungen und Kontrollen sind notwendig, ganz ohne sie geht es bei der Kompliziertheit und bei dem Umfang des Materials auch im Bereich des Katastrophenschutzes nicht. Sie sollten nicht unnötig angewendet werden, Prüfer und zu Prüfende sollten nicht zu sehr belastet werden. Viel Geschick und übersichtliche Planung ist auch hierbei erforderlich.

Zusammenfassung

Das Ziel der genannten Bemühungen ist, durch rechtzeitige vorbeugende Maßnahmen und entsprechende Arbeitsorganisation die Haltbarkeit des Materials zu verlängern, Kosten einzusparen, die für die Beschaffung und Modernisierung weiterer Geräte verwendet werden sollten, um die Einsatzfähigkeit zu erhöhen.

Vorbeugende Materialerhaltung ist letztlich eine Frage der inneren Einstellung **zum Wert des Materials**; Ausbildung, Prüfungen und Kontrollen dienen, richtig angewendet, der zweckmäßigen und rationellen Materialerhaltung und führen damit zu einer Erhöhung des Einsatzwertes des Katastrophenschutzes.

Jürgen Lampe

Brandschutz in Behördengebäuden:

Mit der Einstellspritze gegen Entstehungsbrände

Die ersten Minuten sind entscheidend – Rettung geht vor Brandbekämpfung

Die Empfehlungen über den Selbstschutz in Behörden besagen, daß bei 50 bis 100 Bediensteten Selbstschutztrupps – darunter ein Brandschutztrupp – aufgestellt werden sollen und diese regelmäßig üben. Je nach Größe, Weitläufigkeit und möglichen Gefahrenmomenten des Behördengebäudes kann ein solcher Brandschutztrupp ausgerüstet sein als

● Brandschutztrupp, der mit der Einstellspritze, oder als

● Brandschutztrupp, der mit der TS 0,5/5 arbeitet.

Es wäre gut, wenn es im Rahmen des „Selbstschutzes in Wohnstätten“ ebenfalls Brandschutztrupps auf der Basis der Nachbarschaftshilfe gäbe. Die Empfehlung zur Ausstattung der Brandschutzeinheit ist auch für den Wohnbereich anzuwenden.

Der Brandschutztrupp besteht aus drei Helfern:

Truppführer
Helfer 1 und
Helfer 2

Die Ausrüstung besteht aus:

Einstellspritze
4 Wassereimern
(Fassungsvermögen 10 Liter)
1 Fangleine mit Tragebeutel
und Seilschlauchhalter
1 Holzaxt mit Axtschutztasche
und Seilschlauchhalter
1 Brechstange
1 Schaufel
1 Einreißhaken einfach
1 Kopf-Handleuchte oder
Handscheinwerfer

Zur brandschutztechnischen Ausrüstung gehört natürlich noch die persönliche Ausstattung der Helfer. Mindestens aber:

Schutzanzug
Schutzmaske
Schutzhandschuhe
Stiefel
Verbandpäckchen

Zusätzlich zu empfehlen sind:

Mütze
Wetterschutzjacke
Koppel
Feldflasche
Schutzbrille

Beim Einsatz werden die Geräte auf die Helfer wie folgt verteilt:

Truppführer:
Einstellspritze

Ausrüstung des Brandschutztrupps (Einstellspritze).

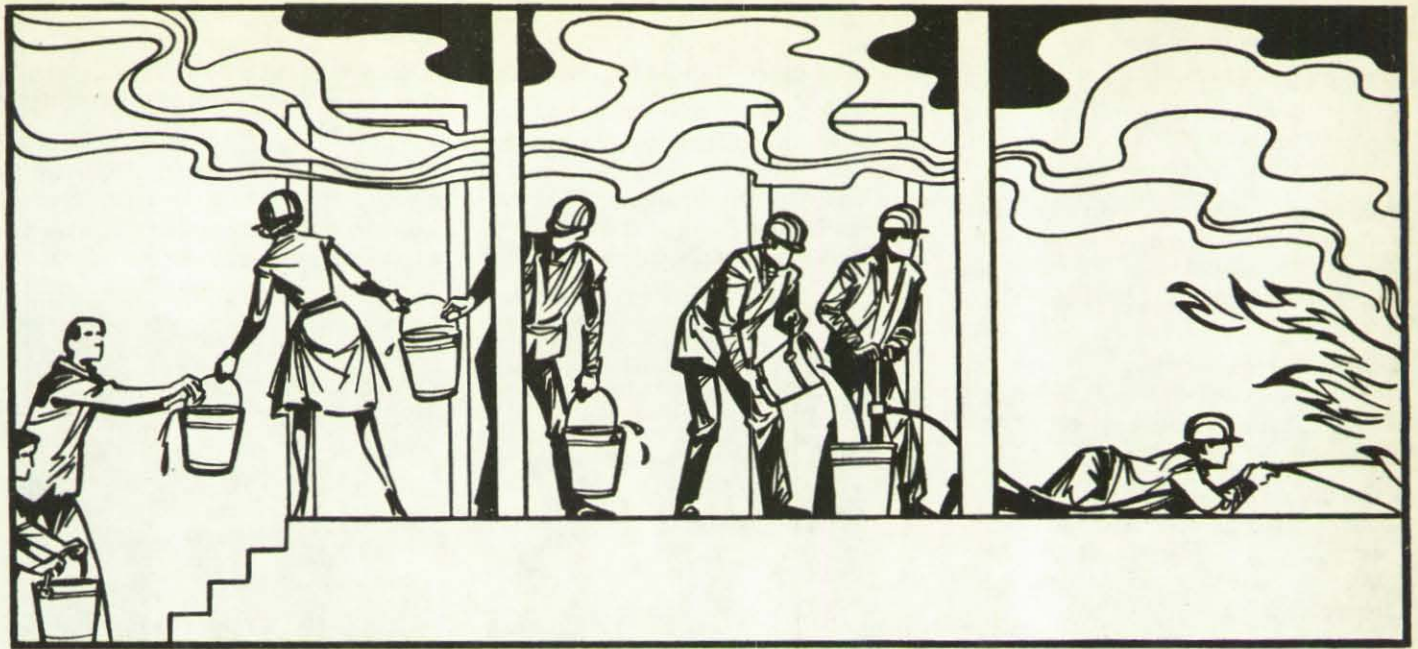


Der Brandschutztrupp ist für den Einsatz gerüstet.



So erzeugt man einen Sprühstrahl.





Einsatz des Brandschutztrupps (Einstellspritze).



Der Truppführer geht in Deckung, bevor er die Tür öffnet.

Fangleine
Handscheinwerfer

Helfer 1:
2 Eimer mit Wasser
Holzaxt

Helfer 2:
2 Eimer mit Wasser

Brechstange, Schaufel und Einreißhaken werden erst geholt, wenn der Einsatz das erfordert.

Die Löschleistungen der Einstellspritze beträgt rund 10 Liter pro Minute. Der Trupp hat also mit seinen vier Eimern eine Löschwassermenge für vier Minuten Löszeit sofort zur Verfügung – eine Wassermenge, die sehr oft reicht, um einen Entstehungs- oder Kleinbrand zu löschen. Die Aufgaben innerhalb des Brandschutztrupps sind klar verteilt: Der Truppführer – also der am besten ausgebildete Helfer – bemüht sich, den Brand zu löschen; der Helfer 1 bedient die Einstellspritze, d. h. er pumpt; der Helfer 2 sichert den Truppführer und sorgt für



Die Bedienung der Einstellspritze wird geübt.

den notwendigen Wassernachschub. Wenn die Wege zwischen Wasserentnahmestelle und Einsatzort zu weit voneinander entfernt sind, so daß ein kontinuierlicher Wassernachschub nicht gewährleistet werden kann, müssen weitere Personen, ausgerüstet mit Eimern, zu dieser Aufgabe herangezogen werden. Beim Einsatz mehrerer Einstellspritzen sollte eine Eimerkette gebildet werden. Der Einsatz des Brandschutztrupps erfolgt

nach dem Grundsatz: Rettung geht vor Brandbekämpfung. In erster Linie ist also dafür zu sorgen, daß in Not geratene Menschen und Tiere gerettet werden; Sachwerte lassen sich – so schwer das manchmal sein kann – ersetzen. Allerdings kann es vorkommen, daß das Feuer erst niedergekämpft werden muß, um Menschen und Tiere retten zu können. Für den Löschvorgang sind einige Regeln der Löschtechnik zu beachten:

● Rettungs- und Angriffswege müssen frei gemacht und gehalten werden.

● Beim Eindringen in einen brennenden Raum muß man hinter der Tür Deckung nehmen, da beim Öffnen Stichflammen und Rauch herausschlagen können.

● Da Hitze und Rauch immer nach oben steigen, in Bodennähe die Frischluft nachströmt, sollte der Brandschutztrupp so bodennah wie möglich zur Brandstelle vordringen.

● Bei starker Rauchentwicklung und in unübersichtlichen Räumen soll der Brandschutztrupp nur gesichert mit dem Brustbund vorgehen.

● Die beste Löschwirkung hat ein Sprühstrahl. Außerdem schützt er vor Hitze, Rauch und Staub. Man erzeugt ihn, indem man den Daumen vor das Mundstück der Düse hält.

● Der Brand muß von unten nach oben, von vorne und von den Seiten nach innen bekämpft werden. Ziellos in Flammen und Rauch zu spritzen, nützt so gut wie nichts.

● Um den Brandherd erkennen und gezielt vorgehen zu können, muß der Trupp für einen Abzug von Rauch und Wasserdampf sorgen, ohne einen Zug zu verursachen, der das Feuer anfachen würde.

● Abgelöschtes Brandgut muß mit einem Einreißhaken, der Schaufel und ähnlichen Geräten auseinandergerissen werden, um Glutnester zu finden und sie abzulöschen.

● Nach dem Löschen des Brandes muß eine Brandwache zurückgelassen werden, bis der Brandschutz vollständig weggeräumt ist und keine Gefahr mehr besteht, daß das Feuer sich erneut entfacht.

● Vorsicht ist geboten, wenn Räume nicht vollständig ausgebrannt sind (z. B. Schwelbrände in Kellern). Hierbei entwickelt sich giftiges Kohlenmonoxyd, gegen das die Schutzmaske nicht schützt.

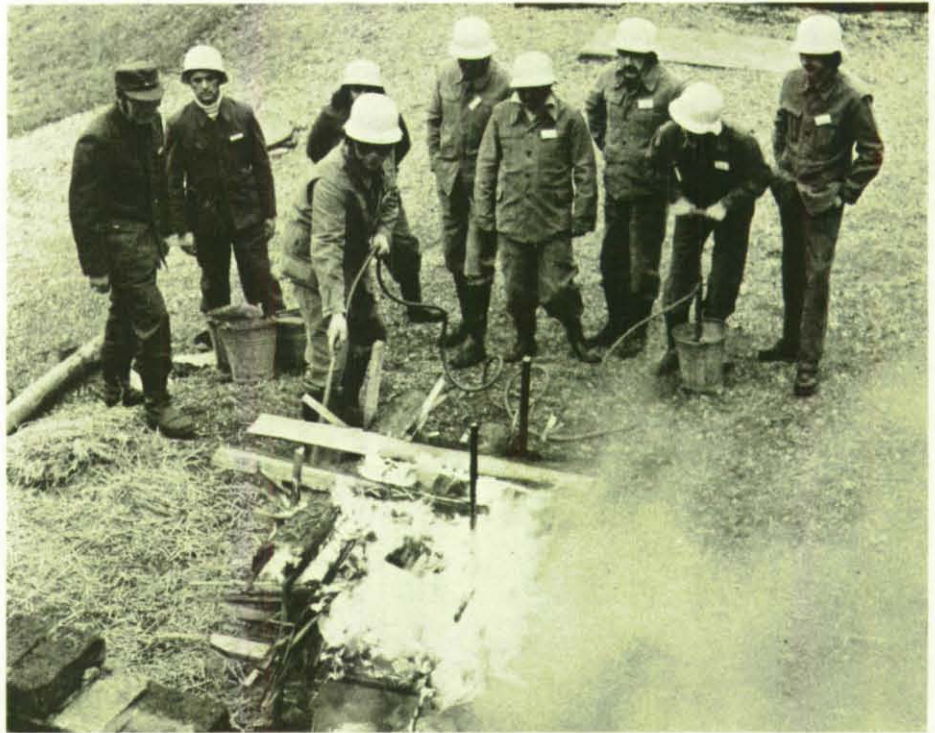
Sollte ein Feuer bereits eine solche Ausdehnung erreicht haben, daß es mit der Einstellspritze nicht mehr unter Kontrolle gebracht werden kann, leistet der Brandschutztrupp hinhaltenden Widerstand, bis weitere Löschkräfte, z. B. der Brandschutztrupp TS 0,5/5 oder eine Brandschutzstaffel eintreffen. Der Brandschutztrupp (Einstellspritze) muß also versuchen, eine weitere Ausdehnung des Feuers zu verhindern. Zimmertüren, Etagentüren und Wohnungstüren müssen so lange wie möglich oder nötig gekühlt werden. Große Gefahr besteht auch, wenn das Feuer sich auf das Treppenhaus ausdehnt. Durch die Schornsteinwirkung kann es schnell von Etage zu Etage überspringen, Rettungswege versperren und in weitere Geschosse des Gebäudes vordringen. Bei einem Dachstuhlbrand müssen die Brandwand, die an sie grenzenden Sparren, Dachlatten und

Ziegel gekühlt werden. So kann Zeit gewonnen werden, bis Löschkkräfte mit entsprechendem Gerät an Ort und Stelle sind.

Für die Bekämpfung von Entstehungs- und Kleinbränden sind die ersten Minuten entscheidend. Wenn es gelingt, ein Feuer in der Anfangsphase wirkungsvoll zu bekämpfen, bleiben Brand- und Wasserschäden verhältnismäßig gering. Wenn sich das

Feuer aber in fünf bis zehn Minuten ausbreiten konnte, müssen größere Löscheinheiten und entsprechende Geräte eingesetzt werden – die Schäden sind dann natürlich größer.

Um diesen Zeitvorteil nützen zu können, ist es erforderlich, daß die Brandschutztrupps üben und die Geräte intakt und leicht erreichbar gelagert sind.



Praktische Demonstration der Anwendung der Einstellspritze, um die Möglichkeiten und Grenzen dieses Löschgerätes den Helfern zu verdeutlichen.

Übungs- und Einsatzordnung des Brandschutztrupps (Einstellspritze)

	Truppführer	Helfer 1	Helfer 2
1	weist Trupp ein: Brandstelle Wasserentnahmestelle		
2	ordnet an: zum Einsatz fertig		
3	nimmt: 1 Fangleine 1 Einstellspritze 1 Leuchte	nimmt: 2 Eimer 1 Axt	nimmt: 2 Eimer
4	geht zur Brandstelle erkundet Brandstelle übergibt Einstellspritze an Helfer	holt Wasser geht zur Brandstelle übernimmt Einstellspritze	holt Wasser geht zur Brandstelle
5	löscht	bedient Einstellspritze	sichert erst Truppführer holt Wasser
6	ordnet an: Einsatz beendet		
7	nehmen vorgebrachtes Gerät zurück		

Funkalarmempfänger sichern Einsatzbereitschaft

Die Stadt Münster schaffte über 100 Geräte an – Durchsage über den Feuerwehr-Funkkanal

„Alarm – 1. ABCZ sofort zum Aufstellungsraum – 281045 dez – Schulte – Ende!“ So könnte die Alarmierung einer KatS-Einheit oder Einrichtung über Telefon erfolgen. Nach dem altbewährten „Schneeballsystem“ würden nun per Draht die 42 Helfer dieses ABC-Zuges in einem langwierigen Verfahren alarmiert, in der Hoffnung, daß nach einer gewissen Zeit ein bestimmter Prozentsatz der Helfer im Aufstellungsraum zusammenkommt.

Entsprechende Alarmierungsübungen in den zurückliegenden Jahren brachten mehrfach erschreckende Ergebnisse. Zum einen konnten teilweise bis zu 50% der Helfer nicht erreicht werden, zum anderen fiel hierdurch bedingt ein erheblicher Teil der Unterführer aus. Die Einsatzbereitschaft konnte somit in keiner Weise erzielt werden. Derartige Erfahrungswerte ergaben sich auch bei Alarmierungsmaßnahmen anlässlich von Einsätzen. Dies besonders an Wochenenden, Feiertagen usw.

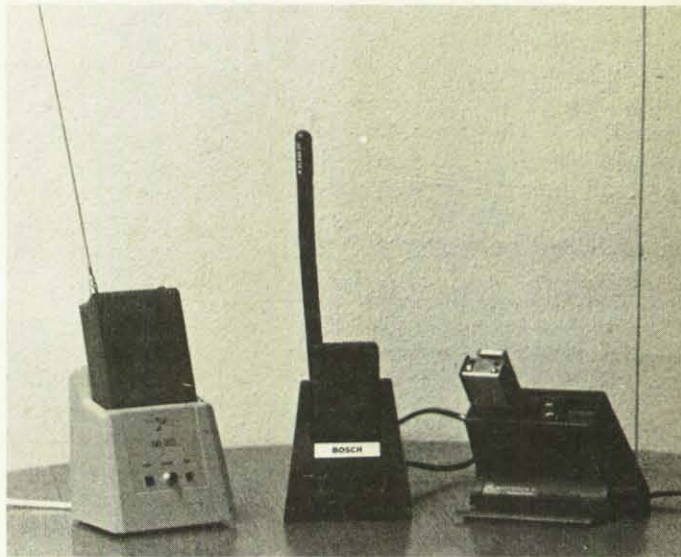
Diese Ergebnisse führten in der Stadt Münster zu Überlegungen, ein verbessertes Alarmierungssystem auszuarbeiten, welches einfacher, umfassender und schneller arbeitet. Im Amt für Zivilschutz wurde die Entscheidung für das Funkalarmsystem (5-Tonfolge-Selektivruf-System) getroffen, da hier eine Anbindung an das vorhandene System bei der Feuerwehr möglich war.

Bedingt durch u. a. landeseigene Vorgaben stehen nunmehr für die einzelnen Fachdienste des Katastrophenschutzes insgesamt 10 Rufkreise (Selektivrufkombinationen) zur Verfügung. Beispielhaft sei hier der Rufkreis 71985 erwähnt, wobei die einzelnen Ziffern folgende Bedeutung haben:

- 7 = Land Nordrhein-Westfalen
- 719 = Münster
- 7198 = Katastrophenschutz
- 71985 = Fachdienst ABC –
1. ABCZ-Münster

Für die rd. 30 vorhandenen KatS-Einheiten und Einrichtungen (die einzelnen Trupps des Versorgungsdienstes wurden z. B. zu Gruppen zusammengefaßt) stehen nunmehr über 100 Geräte (Funkalarmempfänger) einschließlich sechs THW-eigene Geräte zur Verfügung, nachdem die für die Beschaffung erforderlichen Mittel durch die Stadt Münster bereitgestellt wurden. Bei der Zuweisung wurden der Brandschutz-

Modelle der in Münster eingesetzten Funkalarmempfänger (mit Ladegeräten): Typ E 202 (Fabrikat SEL), Typ FME 83 (Fabrikat Bosch) und Typ Pageboy II (Fabrikat Motorola) – von links nach rechts.



dienst, der über eine Vielzahl eigener Funkalarmempfänger verfügt, sowie die landeseigenen KatS-Einheiten nicht berücksichtigt. Die Streuung erfolgte teilweise bis zur Truppführerebene.

Die in den Einheiten und Einrichtungen vorgehaltenen Funkalarmempfänger werden von den Führern und Unterführern ständig mitgeführt, so daß eine jederzeitige Erreichbarkeit gewährleistet ist. Jedem Inhaber eines Empfängers wurde außerdem ein Ladegerät zur Verfügung gestellt.

Im Falle einer Alarmierung, ob Übung oder Ernstfall, erfolgt nach einem akustischen Signal die Durchsage, die von der Leitstelle bei der Feuerwehr vollzogen wird, da alle Funkalarmempfänger entsprechend dem Funkkanal der Feuerwehr (4-m-Band) gequarzt sind.

Es bleibt festzustellen, daß bei den durchgeführten Probealarmierungen mit diesem System eine wesentliche Verbesserung im Alarmierungsverfahren erreicht werden konnte.

Sondersignale für Notarzt-Einsatzwagen sind zulässig

Den Sanitätsorganisationen wurde berichtet, daß es örtlich gelegentlich zu Schwierigkeiten gekommen ist, wenn Pkw, die als Notarzt-Einsatzfahrzeuge (NEF) Verwendung finden, mit Kennleuchten für blaues Blinklicht und Einsatzhorn ausgerüstet wurden. Zulassungsstellen einzelner Straßenverkehrsämter bzw. der TÜV hatten unter Berufung auf die StVZO ihre Ablehnung damit begründet, daß Notarzt-Einsatzfahrzeuge nicht im § 52 Abs. 3 Nr. 4 aufgeführt sind.

In Schreiben vom 27. 6. und 16. 11. 1979 wurde der Bundesminister für Verkehr auf diese Schwierigkeiten hingewiesen und um Aufnahme dieser gerade im Rettungsdienst so wichtigen Fahrzeuge gebeten. Gleichzeitig wurde darauf hingewiesen, daß diese Schwierigkeiten auch gelegentlich für Leitstellen- und Kommandofahrzeuge des Rettungs-

dienstes aufgetreten sind. Mit Schreiben vom 29. 11. 1979, das den Landesverbänden zugeleitet wurde, teilt der Bundesverkehrsminister (Aktenzeichen StV 13/13019 R 79) mit: „Nach § 52 Abs. 3 Nr. 2 der Straßenverkehrs-Zulassungs-Ordnung (StVZO) dürfen u. a. die Einsatz- und Kommandofahrzeuge des Katastrophenschutzes mit Kennleuchte für blaues Blinklicht ausgerüstet sein. Zum Katastrophenschutz zählen nach § 4 des Gesetzes über die Erweiterung des Katastrophenschutzes vom 9. Juli 1968 u. a. die Einheiten und Einrichtungen des Sanitätswesens. Ich bin deshalb der Auffassung, daß es einer Ergänzung des § 52 Abs. 3 StVZO um die o. g. Fahrzeuge nicht bedarf, um sie mit Kennleuchten für blaues Blinklicht und Einrichtungen für die Abgabe von Tonfolgesignalen auszurüsten.“

Sicherheitskennzeichnung

Sicherheitszeichen in drei verschiedenen geometrischen Formen und vier Sicherheitsfarben

Nach der Änderung vom 21. 6. 1979 der EG-Richtlinie über Sicherheitskennzeichnung am Arbeitsplatz vom 25. 7. 1977 wurde vom Normenausschuß „Persönliche Schutzausrüstung und Sicherheitskennzeichnung“ (NPS) die DIN 4844 vollständig überarbeitet.

Die Norm gilt insbesondere für

- Versammlungsstätten, Schulen, Kindergärten
- Sportstätten und Messebauten
- Bahnhöfe, Flughäfen und andere Verkehrsbauten
- Gebäude, deren Rettungswege der Bauordnung unterliegen.

Die Sicherheitskennzeichnung bezweckt – schnell und leichtverständlich – die Aufmerksamkeit auf Gegenstände und Sachverhalten zu lenken, die bestimmte Gefahren verursachen können.

So wurden die Sicherheitszeichen in drei geometrisch unterschiedliche Formen aufgeteilt (siehe Tabelle 1).

Die Definition der einzelnen Zeichen legt DIN wie folgt fest:

1. Gebotszeichen

Sicherheitszeichen, das ein bestimmtes Verhalten vorschreibt.

1.1 Verbotsszeichen

Sicherheitszeichen, das ein Verhalten, durch das eine Gefahr entstehen könnte, untersagt.

2. Warnzeichen

Sicherheitszeichen, das vor einer Gefahr warnt.

3. Rettungszeichen

Sicherheitszeichen, das im Gefahrenfall den Rettungsweg oder den Weg zu einer Stelle für Hilfeleistung oder eine Rettungseinrichtung kennzeichnet.

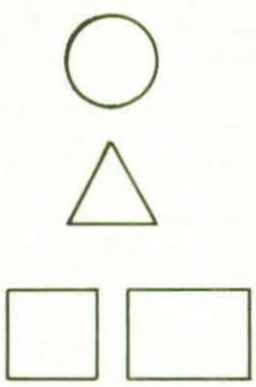
3.1 Hinweiszeichen

Sicherheitszeichen, das andere Sicherheitshinweise als die unter 1 bis 3 genannten Sicherheitszeichen gibt:

3.2 Zusatzzeichen

Sicherheitszeichen, das nur in Verbindung mit einem in Abschnitt 1.1 bis 3 genannten Sicherheitszeichen verwendet wird und zusätzliche Informationen gibt.

Tabelle 1

1. GEBOTS- und VERBOTSZEICHEN	
2. WARNZEICHEN	
3. RETTUNGS-, HINWEIS- und ZUSATZZEICHEN	

Um die Auffälligkeit und Bedeutung der Zeichen zu erhöhen bzw. differenzieren, werden den verschiedenen geometrischen Formen noch vier Sicherheitsfarben zugeordnet (siehe Tabelle 2).

Die Zeichen können jetzt nach Form und Farbe kombiniert werden (siehe Tabelle 3). Anwendungsbeispiele für **rot**: Haltezeichen, Notauschalteinrichtungen, Verbotsszeichen

Tabelle 2

Sicherheitsfarbe	Bedeutung oder Aufgabe
ROT	Halt Verbot
GELB	Vorsicht! Mögliche Gefahr
GRÜN	Gefahrlosigkeit Erste Hilfe
BLAU	Gebotszeichen Hinweise

Anwendungsbeispiele für **gelb**: Hinweis auf Gefahren, Kennzeichnung von Schwellen, Hindernissen, Durchlässen

Anwendungsbeispiele für **grün**: Kennzeichnung von Rettungswegen und Notausgängen, Rettungsduschen, Erste-Hilfe- und Rettungsstationen

Anwendungsbeispiele für **blau**: Standort eines Telefons, Verpflichtung zum Tragen einer persönlichen Schutzausrüstung.

Die DIN 4844, Ausgabe Mai 1980, erfaßt z. T. 5 Verbotsszeichen, 10 Warnzeichen, 6 Gebotszeichen, 4 Rettungszeichen.

Es ist anzunehmen, daß sich im Laufe der Zeit die Anzahl der Sicherheitszeichen erhöhen wird und somit eine Änderung bzw. eine Erweiterung dieser Norm unumgänglich ist.

Eine Vielzahl der Zeichen hat sich in der Praxis bewährt, z. B. das Verbotssymbol V2, das Warnzeichen W5, das Gebotszeichen G4, das Rettungszeichen R3a.



Gebotszeichen G4: Atemschutz tragen



Rettungszeichen R3a: Rettungsweg nach links



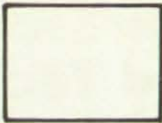


Verbotssymbol V2: Feuer, offenes Licht und Rauchen verboten



Warnzeichen W 5: Warnung vor radioaktiven Stoffen oder ionisierenden Strahlen

Tabelle 3

Farbe	Form		
			
ROT	Verbot		Material zur Feuerbekämpfung
GELB		Vorsicht! Mögliche Gefahr	
GRÜN			Gefahrlosigkeit Rettungsmittel
BLAU	Gebot		Hinweis oder Unterrichtung

STELLENAUSSCHREIBUNG

Beim Bundesverband für den Selbstschutz, bundesunmittelbare Körperschaft des öffentlichen Rechts (Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern) sind im Organisations- und im Personalreferat der Bundeshauptstelle zwei Planstellen des gehobenen Dienstes, und zwar

1. **Verwaltungsamtsrat** – Bes.-Gr. A 12 BBesO
2. **Verwaltungsoberinspektor** – Bes.-Gr. A 10 BBesO
sofort zu besetzen.

Aufgabengebiet:

1. Sachbearbeiter für Angelegenheiten der BVS-Organen, Dienstanweisungen, Organisations-, Geschäftsprüfungen sowie Arbeitsplatz- und Dienstpostenbewertungen.
2. Sachbearbeiter für Personalangelegenheiten der Angestellten und Arbeiter des BVS, Personalstatistiken.

Anforderungen:

Befähigung für die Laufbahn des gehobenen nichttechnischen Dienstes in der allgemeinen und inneren Verwaltung des Bundes, gute Kenntnisse der einschlägigen Vorschriften und Bestimmungen in den entsprechenden Sachgebieten werden vorausgesetzt.

Bewerbungen mit den üblichen Unterlagen (Personalbogen, Lichtbild, Lebenslauf, Ausbildungs- und Befähigungsnachweisen) sind bis zum **30. April 1981** zu richten an den

Bundesverband für den Selbstschutz
– Bundeshauptstelle –
Eupener Straße 74, 5000 Köln 41

Personalbogen wird auf schriftliche Anforderung übersandt.

Neue Regeln für die Brandbekämpfung und Technische Hilfeleistung im Bereich von Hochspannungsanlagen der Deutschen Bundesbahn

Feuerwehren und Hilfsorganisationen müssen die drohenden Betriebsgefahren
in Hochspannungsbereichen der Bundesbahn kennen und die Regeln beachten

Durch die in den Nahverkehrsbereichen mit S-Bahn-Betrieb erforderlichen größeren Unterwerksleistungen sind die Kurzschlußströme im Fahrleistungsnetz der Deutschen Bundesbahn erheblich angestiegen.

Die damit verbundene Erhöhung der elektrischen Unfallgefahren geben Veranlassung, nachdrücklich auf die Richtlinien über das Verhalten der Feuerwehr sowie auch anderer Hilfsorganisationen bei Einsätzen im Bereich elektrisch betriebener Bahnstrecken hinzuweisen und Aufklärung über Gefahrenpunkte bei Lösch- und Hilfsleistungsarbeiten zu geben.

Das Bundesbahn-Zentralamt in München hat die Innenminister der Länder angeschrieben und darauf hingewiesen, daß in der an die Länderregierungen übersandten Brandschutzvorschrift der DB (DS 838) Regeln für die Brandbekämpfung im Bereich von elektrischen Anlagen enthalten sind, die von einigen Ländern auch in die Richtlinien für das Verhalten der Feuerwehren bei Einsätzen an elektrisch betriebenen Strecken der DB oder ähnlichen Vorschriften berücksichtigt werden.

Aus Sicherheitsgründen darf eine „Zwangserdung“ (Erden ohne Abschalten) an Fahrleitungsanlagen der Deutschen Bundesbahn nicht mehr vorgenommen werden. Es wird besonders darauf hingewiesen, daß auch bei unmittelbar drohender Gefahr – Gefährdung von Menschenleben – keine Zwangserdung vorgenommen werden darf. Sofort abzuschalten und zu erden sind Fahrleitungen über und in der Nähe der Einsatzstelle, wenn die Sicherheitsabstände nicht eingehalten werden können – auch in Zweifelsfällen – oder wenn die Gefahr besteht, daß die Leitung reißt.

Zu den vom Niedersächsischen Innenministerium im Zusammenhang mit der Neuausgabe des VDE-Merkblattes 0132/2.79 erstellten Richtlinien-Entwurfes hat die DB auf folgendes hingewiesen: Die Verbindung zu den Bundesbahndienststellen

kann unter anderem über deren internes Fernsprechnetz erfolgen. Besonders bei Unglücksfällen und Bränden auf freier Strecke können die Hilfsorganisationen die Fernsprecher an der Strecke benutzen, um Meldungen über drohende Betriebsgefahren abzusetzen oder Hilfe anzufordern. Die kürzeste Entfernung zu einem Fernsprecher wird durch schwarze Dreiecke auf weißem Grund – sogenannte Richtungspeile – an den Fahrleitungsmasten auf der dem Gleis zugewandten Mastseite angezeigt. Stehen mehrere Masten in gleicher Höhe, so befindet sich die Kennzeichnung nur an einem Mast. In der Umgebung des Einsatzortes ist der nächste gekennzeichnete Fahrleitungsmast aufzusuchen und die Pfeilkennzeichnung zu beachten. Die Pfeilspitze zeigt stets in Richtung auf den nächstgelegenen Fernsprecher.

Die Sprechstellen sind durch ein schwarzes „F“ auf weißem Grund gekennzeichnet und mit einem Vierkantschloß verschlossen.

Für die Meldung über drohende Betriebsgefahren oder zur Anforderung von Hilfe ist der Notruf mit dem Zeichen „10-10-10“ (3mal 10 Kurbelumdrehungen) zu geben.

In Gefahrensituationen kann auch künftig – wenn kein befähigter DB-Bediensteter an der Einsatzstelle ist – von besonders ausgebildeten und regelmäßig unterwiesenen Einsatzkräften geerdet werden, **wenn die Fahrleitung abgeschaltet ist und dies von der für die Abschaltung zuständigen Stelle der DB bestätigt wird.** Die Fahrleitungen müssen vor und hinter der Brand- oder Unfallstelle geerdet werden. Zur Erdung dürfen nur die von der DB vorgehaltenen Erdungsvorrichtungen verwendet werden. Im Bereich von leicht brennbaren oder explosiven Gas-Luft-Gemischen darf wegen der möglichen Funkenbildung weder geschaltet noch geerdet werden. Bei der Annäherung einer unter Spannung stehenden 15 kV-Fahr- und Speiseleitung sowie der 110 kV-Überlandleitung dürfen bei Rettungsarbeiten und Arbeiten zur Brandbekämpfung mit Gerä-

ten und Werkzeugen (z. B. Einreißhaken, Leitern, Brecheisen) die Mindestabstände von 3 m nicht unterschritten werden. Eine Annäherung auf 1,5 m an Fahrleitungen der DB, die unter 15 kV Spannung stehen, ist nach VDE 0132/2.79 nur Fachpersonal oder unter dessen Beaufsichtigung bzw. unterwiesenen Personen gestattet, wenn Menschen gerettet werden müssen.

Ein weiteres Kernstück der Sicherheitsmaßnahmen sind die aus Gründen der elektrischen Unfallgefahren erforderlichen Sicherheitsabstände zwischen dem Strahlrohrmundstück, das heißt der Austrittsstelle des Löschmittels und der spannungsführenden Hochspannungsanlage. Nach VDE 0132/2.79 („Merkblatt für die Bekämpfung von Bränden in elektrischen Anlagen und in deren Nähe“) sind die Mindestabstände beim Einsatz von Wasser – mit genormten CM-Strahlrohren DIN 14365 – bei Sprühstrahl und einer Spannung von 1 bis 110 kV auf 3 m, bei Vollstrahl von 1 bis 30 kV auf 5 m und von 30 bis 110 kV auf 6 m festgelegt.

Dagegen darf der Einsatz von Luftschäumen – auch in Niederspannungsanlagen – nur noch in spannungsfreien Anlagen erfolgen. Beim Einsatz von BC-Pulver oder CO₂ muß ein Mindestabstand von 3 m bei Spannungen von 1 bis 110 kV eingehalten werden, während ABC-Pulver im Hochspannungsbereich nur in spannungsfreien Anlagen verwendet werden darf.

Grundsätzlich sollte aber auf den Einsatz von Pulver in elektrischen Anlagen und in deren Nähe verzichtet werden. Sind den Einsatzkräften die anstehenden Spannungen und die örtlichen Verhältnisse zunächst unbekannt, so sind die Mindestabstände (Sicherheitsabstände) zwischen Strahlrohr CM DIN 14365 und den unter Spannung stehenden Anlageteilen nach Tabelle 4 der VDE 0132 als Richtwerte zugrunde zu legen. Demnach entsprechen die Sicherheitsabstände in Niederspannungsanlagen bei Sprühstrahl 1 m, bei Vollstrahl 5 m sowie in Hochspannungsanlagen bei Sprühstrahl 5 m und bei Vollstrahl 10 m.

Berichterstattung über umfangreiche BVS-Arbeit

In einem Artikel unter der Überschrift „Katastrophen-Aufklärung mit über 23000 Personen“ berichtete die in Flensburg für die dänische Minderheit in Südschleswig erscheinende Zeitung „Flensborg Avis“ über die Arbeit des BVS im vergangenen Jahr. Mit den sieben hauptamtlichen Mitarbeitern der Flensburger BVS-Dienststelle organisierte der Verband zehn Ausstellungen, die von 12000 Besuchern gesehen wurden. Außerdem fanden 287 Aufklärungsveranstaltungen mit 6110 Teilnehmern und 196 Selbstschutz-Grundlehrgänge mit 3694 Personen statt. 68 Fachlehrgänge wurden von knapp 900 Interessenten besucht. Die genannten Ausstellungen wurden im Rathaus der Stadt Flensburg, in den Kreisverwaltungen Husum, Schleswig, in den Ämtern Haddeby, Böklund Översee, Schuby und Süderbrarup gezeigt.

25 Jahre beim BVS

In einer Feierstunde dankte der Leiter der BVS-Landesstelle Schleswig-Holstein, Dr. Heinrich Sahlender, der BVS-Mitarbeiterin Gabriele Grabner für ihre 25jährige Tätigkeit im BVS. Von 1956 bis 1980 war Gabriele Grabner Schreibkraft und Bürohilfskraft bei der BVS-Dienststelle Kiel. Im Zuge der Strukturänderung des BVS wurde sie zuerst als Hilfssachbearbeiterin nach Neumünster und danach zur BVS-Landesstelle versetzt. Neben ihrer hauptamtlichen Tätigkeit ließ sich Gabriele Grabner an den BVS-Schulen ausbilden. Seit 1968 ist sie BVS-Fachlehrerin I, seit 1974 Fachlehrerin II und III.



Ihr 25jähriges Dienstjubiläum konnte Gabriele Grabner vor kurzem feiern.

Zu wenig Schutzräume in Flensburg

Die schweren Mängel in der Zivilverteidigung der Stadt Flensburg traten kürzlich bei einer Diskussionsveranstaltung des Bürgerforums Engelsby erneut offen zutage. Wie der Dezernent für Zivilschutz, Karl-Heinz Hagenau, dazu erklärte, sei der Mehrzweckbau am Rathaus der einzige intakte Schutzraum in der Fördestadt. Dieser Bau könne 2000 Menschen für 30 Tage Schutz bieten. Weitere Schutzanlagen stünden nicht zur Verfügung. Selbst die bis 1949 noch intakten Luftschutzeinrichtungen aus dem Zweiten Weltkrieg seien größtenteils – noch auf Anordnung der Alliierten – gesprengt, beseitigt oder entfestigt worden. Eine Wiederherstellung der in der Stadt bestehenden Stollenanlagen sei beabsichtigt.

Hagenau hob in diesem Zusammenhang hervor, daß auch der private Schutzraumbau in den letzten zehn Jahren praktisch keinerlei Fortschritte gemacht habe und erklärte die derzeitige Situation vor allem mit den fehlenden finanziellen Mitteln. Sie reichten nicht aus, um neue Projekte in Angriff zu nehmen. Wahrscheinlich werde auch kein Geld zur Verfügung sein, um die genannten Stollenanlagen an den Berghängen der Stadt, der Michelsenstraße, der Marientreppe und am Nordergraben wieder in Stand zu setzen.

Nach Ansicht von Hagenau, der auch fehlende Schutzraum-Einrichtungen beim Neubau von Schulen und Krankenhäusern kritisierte, sind die erheblichen technischen Anforderungen mit dem erforderlichen hohen finanziellen Aufwand nicht unwesentlich an der Misere mitschuldig. Dies gilt – wie sich in der anschließenden Diskussion zeigte – auch für private Bauherren. Die zahllosen Bestimmungen, Vorschriften und Auflagen schrecken offensichtlich viele Interessenten ab.

So gingen die Forderungen in der Diskussion schließlich dahin, jedenfalls für private Bauherren, die umfangreichen gesetzlichen Auflagen zu lockern. Die Berücksichtigung von trümmersicheren Kellern bei der Bezuschussung durch den Staat würde bereits viel helfen.

Das Interesse am Selbstschutz steigt

Daß die Worte Zivilschutz, Selbstschutz und Katastrophenschutz viele Menschen

heute stärker interessiert als etwa noch vor einem Jahr, zeigen die vielen Veröffentlichungen in der letzten Zeit zu diesem Thema in Schleswig-Holstein. Dabei muß nicht immer ein aktueller Anlaß gegeben sein; vielfach wird auch lediglich über den Gedanken des Selbstschutzes allein berichtet.

Unter den Überschriften „Wissen, wie man Katastrophen begegnet?“ und „Selbstschutz ist Vorsorge“ wurde im Januar dieses Jahres zum einen in der Presse über ein Seminar berichtet, das die Fachgebietsleiterin „Frauenarbeit im BVS“ in Schleswig-Holstein, Beatrix Thomsen, mit Mitgliedern des Frauenrings veranstaltete sowie in einem zweiten Bericht über Sinn und Zweck des Selbstschutzgedankens.

Daß die Resonanz auch bei den Lesern groß ist, beweisen die vielen Anfragen zu Selbstschutzproblemen bei den BVS-Dienststellen sowie das steigende Interesse an Selbstschutz-Grundlehrgängen und vergleichbaren Veranstaltungen. Gerade in Schleswig-Holstein zeigt sich bei vielen Veranstaltungen, daß der Schneewinter 1978/79 mit seinen zum Teil katastrophalen Folgen für die Versorgung der Bevölkerung mit Nahrungsmitteln, Strom und anderer – auch medizinischer – Hilfe, deutliche Spuren im Bewußtsein der Bevölkerung, insbesondere auf dem Land, hinterlassen hat.

Schwerpunkt Zivilverteidigung

Der schleswig-holsteinische Innenminister Dr. Uwe Barschel, seit kurzem Vorsitzender der Innenminister-Konferenz der Bundesländer, hat in einem Interview mit den „Kieler Nachrichten“ zu seinem neuen Aufgabengebiet erklärt, daß er sich bei jeder Gelegenheit für das – so Barschel – „Stiefkind der Politik, die Zivilverteidigung“ einsetzen wolle. Die Anstrengungen auf diesem Gebiet seien bisher völlig unzureichend.

Die Zuständigkeit liege zwar beim Bund, die Kritik an den unzureichenden Gegebenheiten – etwa im Schutzraumbau oder bei der Ausrüstung der Hilfsorganisation – hätten aber er und seine Kollegen in den Ländern zu ertragen. Deshalb sei es nur vernünftig, wenn sich die Innenminister der Länder stark machen, um die Bundesregierung trotz der gegenwärtigen Finanzierungsengpässe zu zwingen, neue Anstrengungen zu unternehmen.

Zivilschutz – auch für Zahnärzte ein aktuelles Thema

Mit einer sachlichen Darstellung der derzeitigen Situation des Zivilschutzes in der Bundesrepublik Deutschland, vor allem der Bereiche Schutzraumbau und Gesundheitswesen, eröffnete der Präsident der Niedersächsischen Zahnärztekammer, Dr. Erich Bunke, den zweitägigen Kongreßabschnitt, in dessen Verlauf sich die niedersächsischen Zahnärzte während ihres 28. Winterfortbildungskongresses vom 31. Januar bis 7. Februar 1981 in Goslar/Hahnenklee mit der Thematik des Zivilschutzes beschäftigten.

Ausgangspunkt für das Interesse der Mediziner an dem Komplex Zivilschutz war und ist die Diskussion über das noch fehlende Gesundheitssicherungsgesetz. Bei diesem Gesetz geht es darum, den Bereich der ärztlichen Versorgung in einem Katastrophen- bzw. Verteidigungsfall so organisatorisch vorzubereiten, daß optimale Hilfe geleistet werden kann. Daß aber gerade auf diesem Gebiet noch große Lücken vorhanden sind, zeigen zahlreiche einschlägige Veröffentlichungen.

An dem geplanten Gesundheitssicherungsgesetz kritisieren die Ärzte, daß die akademischen Berufe wie Ärzte, Zahnärzte, Tierärzte und Apotheker zu Hilfeleistungen im Katastrophen- oder Kriegsfall verpflichtet werden sollen, während für die Angehörigen der anderen Gesundheitsberufe (z.B. Krankenschwestern, MTA) dies nicht vorgesehen sei. Eine solche Handlungsweise ist relativ unverständlich, wenn man bedenkt, daß eine ärztliche Versorgung ohne Hilfspersonal nicht durchführbar ist.

Weiterhin sind die Vertreter der Ärzteschaft der Meinung, daß das Gesetz über seinen beabsichtigten Geltungsbereich – den Verteidigungsfall – hinaus

auch bereits in Spannungszeiten wirksam werden sollte, um die entsprechenden Maßnahmen rechtzeitig einleiten zu können. Außerdem bietet sich – so die Ärzte – mit dem Referentenentwurf die Chance, über das Gesundheitssicherungsgesetz zu koordinierten Vorschriften von Plänen, Einrichtungen und Maßnahmen der Gesundheitssicherung im Katastrophen- und Verteidigungsfall zu kommen. Es wurde deshalb angeregt, im Verteidigungsfall zu treffende Maßnahmen auch für die Gesundheitssicherung in Katastrophenfällen in die landesrechtlichen Bestimmungen einfließen zu lassen.

Ausgehend von der Tatsache, daß sich im Bereich des Zivilschutzes neben der ärztlichen Versorgung im Katastrophen- und Verteidigungsfall ein ganzer Aufgabenkatalog vereint, hatte die Niedersächsische Zahnärztekammer zwei Gastreferenten eingeladen, um ein abgerundetes Bild über den Stand des Zivilschutzes in der Bundesrepublik Deutschland zu bekommen.

Brigadegeneral a. D. Heinz Karst erläuterte in seinem Vortrag, wie ein Krieg heutzutage aussehen würde. Er ging hierbei auf die Tätigkeit subversiver Kräfte ein, denen es nach seiner Aussage bereits im Vorfeld einer militärischen Auseinandersetzung gelingen kann, sowohl den Staatsapparat wie auch die Volkswirtschaft in allen Teilen unseres Landes nachhaltig zu erschüttern. Weiter führte er aus, daß aufgrund der geringen Ost-West-Ausdehnung der Bundesrepublik es eigentlich keinen Bereich dieses Staates gibt, der nicht durch den Einsatz von Waffen gefährdet ist. Hinzu kommt noch, daß durch die Weiterentwicklung der modernen Waffen und Waffenträger, durch Überschallflugzeuge und Raketen mit Mehrfachsprengköpfen der Anteil der Todesopfer unter der Zivilbevölkerung gegenüber den gefallenen Soldaten in den Kriegen dieses Jahrhunderts

immer größer geworden ist. All dies spricht dafür, daß die Zivilbevölkerung bei einem eventuellen Krieg extrem gefährdet ist.

Daß man dieses nicht einfach fatalistisch hinnehmen muß, sondern daß es Mittel und Wege gibt, sich zu schützen, zeigte das Referat von Fachgebietsleiter Michael Krüger, BVS-Landesstelle Niedersachsen. Anhand eines Beispiels aus dem Zweiten Weltkrieg belegte er die Wirksamkeit von Schutzmaßnahmen. Krüger führte u. a. weiter aus, daß die Bevölkerung sich bei Gefahr hauptsächlich zu Hause oder in der Nähe ihrer Wohnbereiche aufhalten wird, weil sie dort über Vorräte verfügt. Deshalb muß in erster Linie der Bau von Hausschutzräumen vorangetrieben werden. Da aber in der Bundesrepublik keine gesetzliche Pflicht zum Bau von Schutzräumen besteht, muß jeder Bürger hier in eigener Verantwortung aktiv werden.

Die umfangreiche Behandlung der Thematik des Zivilschutzes auf dem Kongreß der Niedersächsischen Zahnärzte zeigt, daß zumindest Teilen der Bevölkerung dieses Problem bewußt geworden ist und sie bereit ist, aktiv Veränderungen auf diesem Sektor herbeizuführen.

Unerwartet groß war das Interesse der Zahnärzte an der begleitenden Ausstellung des BVS. Als Schwerpunkt ist hier die eingehende Beratung über alle Fragen des Schutzraumbaus hervorzuheben.

Info-Tagungen für Leiter von Ordnungs- und Zivilschutzämtern

An der BVS-Schule Voldagsen fanden Ende Januar zwei Informationstagungen „Selbstschutz“ für Leiter von Ordnungs- und Zivilschutzämtern kreisangehöriger Gemeinden und Landkreise statt. Beide Tagungen dienten auch dem Erfahrungsaustausch zwischen den Gemeinden, Landkreisen, dem niedersächsischen Innenministerium und dem BVS.

Zu Beginn sprach Dr. Greifelt, Regierungsdirektor beim Niedersächsischen Ministerium des Innern, über „Die Aufgaben der Gemeinden und Landkreise im Selbstschutz“. Die durch dieses Thema sehr angeregte Diskussion wurde Grundlage für viele Hinweise und Klärungen, die von Oberamtsrat Kahmann, Niedersächsisches Ministerium des Innern, gegeben werden konnten. Um das Bild aus der Sicht eines Kreises abzu-



Dr. Erich Bunke, Präsident der Zahnärztekammer Niedersachsen, BVS-Fachgebietsleiter Michael Krüger und Brigadegeneral a. D. Heinz Karst (v. r. n. l.) gaben anläßlich eines Fortbildungskongresses der Zahnärztekammer einen Überblick über den Stand des Zivilschutzes in der Bundesrepublik.

runden, sprach Kreisdirektor Faulhaber, Landkreis Lüneburg, über das Thema „Der Selbstschutz aus der Sicht eines Landkreises“.

Nachdem bis zu diesem Punkt der Tagungen mehr oder weniger theoretische Ausführungen gemacht wurden, referierte der ehemalige Leiter der Abteilung „Zivilverteidigung und Feuerwehrwesen“ der Stadt Celle, Tiedt, über das Thema „Aufbau und Förderung des Selbstschutzes – praktische Erfahrungen einer Gemeinde“.

Die Stadt Celle arbeitet schon seit Jahren eng mit dem BVS zusammen und kann auf einige Erfolge hinweisen. Tiedt berichtete über Arbeitsabläufe und Möglichkeiten, aber auch über immer wieder auftretende Schwierigkeiten, z. B. bei der Gewinnung von Selbstschutz-Beratern. Celle verfügt heute über insgesamt 40 voll ausgebildete Selbstschutz-Berater, die auf 14 Beratungs- und Leitstellen verteilt sind. Der Aufbau des Selbstschutzes in Celle ist dank der ständigen Unterstützung des Oberstadtdirektors im Vergleich zu anderen Gemeinden sehr weit fortgeschritten. So hat z. B. der Rat der Stadt Celle beschlossen, bei allen öffentlichen Neubauten Schutzräume einzurichten.

Eine sehr lebhafte Diskussion schloß sich an, bei der die Möglichkeit, derartige Modelle auch in anderen Verwaltungsbereichen durchzuführen, gesehen wurde. Erste praktische Anstöße wurden von allen Teilnehmern mit auf den Weg genommen. Zum Abschluß referierte BVS-Fachgebietsleiter Krüger über die Möglichkeiten der Zusammenarbeit zwischen Landkreisen, Gemeinden und dem BVS.

Bei der Besichtigung einer Ausstellung an der BVS-Schule in Voldagsen waren alle Behördenvertreter der Auffassung, daß künftig zumindest erste Schritte zur Intensivierung des Selbstschutzes unumgänglich seien.

130 Baufachleute informierten sich über Schutzraumbau

Zu einer Informationsveranstaltung mit dem Thema „Schutz der Bevölkerung – Staat und Staatsbürger in gleicher Verantwortung“ hatte die BVS-Landesstelle Niedersachsen 130 Baufachleute eingeladen. Der Vertreter der Deutschen Schutzbau-Gesellschaft, Brandes, begrüßte die Teilnehmer aus allen Bereichen Niedersachsens und betonte, wie wichtig es sei, gerade in unserer heutigen Zeit umfassend über dieses aktuelle Thema informiert zu sein.

Als Referent des BVS sprach Fachgebietsleiter Krüger über gesetzliche Aufgaben, friedensmäßige Schutzvorkehrungen, Vorsorgemaßnahmen der Bürger und den damit im engen Zusammenhang stehenden Schutz des Men-

schens. Er betonte besonders, daß jede Förderung zum Bau von Schutzräumen, gerade aber beim Bau von Hausschutzräumen zu nutzen sei, um der Bevölkerung ein Verbleiben in ihren Wohnbereichen bei den besonderen Gefahren im Verteidigungsfall zu ermöglichen. Aufklärung der Bevölkerung sei daher dringend geboten, damit die Möglichkeiten, die von der Bundesregierung angeboten werden, auch genutzt würden.

Bau-Ing. Kittelmann erläuterte den Teilnehmern anhand der bautechnischen Grundsätze den Bau von Hausschutzräumen. BVS-Fachgebietsleiter Bau-Ing. Gebhardt sprach über die Finanzierung von Schutzräumen und die mögliche staatliche Hilfestellung.

Nachrufe

Im Alter von 51 Jahren verstarb am 20. Januar 1981 nach schwerer Krankheit der Leiter der BVS-Dienststelle Wilhelmshaven

Dieter Titzmann

Titzmann gehörte dem Verband seit 1965 erst als ehrenamtlicher Helfer, später als hauptamtlicher Fachbearbeiter an. Zunächst als Dienststellenleiter in Meppen tätig, ging er 1978 als Leiter der BVS-Dienststelle Wilhelmshaven in seinen Heimatort zurück.

Seine Einsatzfreude und seine menschlichen Qualitäten wie seine fachlichen Leistungen werden von allen Mitarbeitern anerkannt.

Die ehren- und hauptamtlichen Mitarbeiter des BVS in Niedersachsen werden seiner gedenken.

Im Alter von 55 Jahren verstarb am 9. Dezember 1980 unerwartet der eh-

renamtliche BVS-Fachlehrer und Helfervertreter der BVS-Dienststelle Wilhelmshaven

Helmut Roth



Von der Notwendigkeit der humanitären Aufgabe des Verbandes überzeugt, war er stets bereit, den Gedanken des Selbstschutzes in die Bevölkerung einzutragen. Für die Stadt Varel stellte er sich als Selbstschutz-Berater zur Verfügung.

Sein Ableben hinterläßt eine Lücke, die so schnell nicht zu schließen sein wird. Die ehren- und hauptamtlichen Mitarbeiter der BVS-Dienststelle Wilhelmshaven werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren.

Nordrhein-Westfalen



Informationsseminar für Stadt- und Gemeindegeldern

Borken. Zu einem eintägigen Seminar über den „Zivil- und Katastrophenschutz im Rahmen der Gesamtverteidigung der Bundesrepublik Deutschland“ und den „Selbstschutz als besondere Aufgabe der Gemeinde“ hatte der Kreis Borken

die Stadt- und Gemeindegeldern in die Akademie Klausenhof, Dingden, eingeladen. Als Referent konnte Oberkreisdirektor Pingel den Leiter des Grundsatz- und Ausbildungsreferates des Bundesamtes für Zivilschutz, Regiergungsdirektor Toelle, begrüßen. In seinem Referat hob Toelle die Bedeutung des Zivil- und Katastrophenschutzes, der angesichts der sicherheitspoliti-

schen Weltlage, aber auch der im Frieden drohenden Katastrophengefahren zunehmend an Aktualität gewinne, besonders hervor. Es sei zu bedauern, daß sich an dem seit Jahren bestehenden Mißverhältnis der Ausgaben für die zivile und militärische Verteidigung auch in absehbarer Zeit nichts ändern werde. Einem Ausgabenansatz von 38,8 Milliarden DM für die militärische Verteidigung

hätten im Jahre 1980 im Bundeshaushalt lediglich 730 Millionen DM für die zivile Verteidigung gegenübergestanden.

Auf die persönliche und materielle Ausstattung der im Katastrophenschutz mitwirkenden Einheiten und Einrichtungen eingehend, stellte Toelle jedoch fest, daß in diesem Bereich in den letzten Jahren Fortschritte erzielt worden seien. Zum Beispiel stelle der Bund seit 1980 im Rahmen eines zehnjährigen Sonderprogramms jährlich ca. 115 Millionen für die Neuanschaffung von Katastrophenschutz-Fahrzeugen zur Verfügung. In den Kreis Borken seien im vergangenen Jahr ca. 13 Millionen DM geflossen.

Politiker zeigen Interesse

Arnsberg. Zu einer Veranstaltung unter dem Motto „Wir treffen uns im Zentrum“ hatte die Stadt Sundern u. a. die im Katastrophenschutz mitwirkenden Organisationen eingeladen. Auch die BVS-Dienststelle Arnsberg beteiligte sich mit einem Informationsstand und der als Filmwagen umgerüsteten fahrbaren Aufklärungs- und Ausbildungsstelle. Gleichzeitig wurde das Ablöschen einer brennenden Person mit Hilfe einer Decke demonstriert. Rund 820 Personen, darunter viele Kommunalpolitiker, ein Landtags- und zwei Bundestagsabgeordnete, besuchten den BVS-Stand. In vielen Einzelgesprächen wurden die Besucher über die zivile Verteidigung, besonders aber über den Selbstschutz, informiert.

Seit mehr als 25 Jahren dabei

Coesfeld. Dem ehrenamtlichen BVS-Helfer Hermann Strauß aus Lengerich hat der Direktor des BVS, Franke, für seine mehr als 25jährige Mitarbeit im BVS Dank ausgesprochen. Anlässlich einer Arbeitsgemeinschaft überreichte der Leiter der BVS-Dienststelle Coesfeld, Kötterheinrich, eine Urkunde als Dank für langjährige, unermüdliche und selbstlose Einsatzbereitschaft als Fachlehrer auf dem Gebiet des Selbstschutzes.

Ehrungen in Gold und Silber

Düsseldorf. Die Selbstschutz-Ehrendenkel der Stadt Düsseldorf erhielten als Anerkennung für besondere Verdienste um den Aufbau des Selbstschutzes die ehrenamtlichen BVS-Fachlehrer Josef Schmiade und Bernd Ackermann. Auch der Leiter der fahrbaren Aufklärungs- und Ausbildungsstelle des BVS, Friedrich Hekers, erhielt für ausschließlich ehrenamtliche Tätigkeit die Silbermedaille. Bemerkenswert ist, daß Schmiade, BVS-

Helfer in Neuss, für eine in „Aushilfe“ für Düsseldorf geleistete Arbeit diese Auszeichnung erhielt.

Die früheren BVS-Helfer Josef Beckinger und Günter Sief, die seit 1974 als Selbstschutz-Berater des Düsseldorfer Zivilschutzamtes tätig sind, wurden mit der Ehrennadel in Gold ausgezeichnet.

Ratsherr Aschendorf betonte die vorbildliche Zusammenarbeit zwischen dem Zivilschutzamt und der BVS-Dienststelle, die auch in der Verleihung der Ehrenzeichen erkennbar sei.

Noch große Wissenslücken

Bonn. Ein Dutzend Gemeindevertreter aus mehreren Orten des Rhein-Sieg-Kreises fuhren mit dem Leiter der BVS-Dienststelle Bonn, Heinz Möbes, zu einem zweitägigen Informationsseminar „Zivilschutz“ zur BVS-Schule nach Körtlinghausen. In Vorträgen und Diskussionen wurde deutlich, daß über die Aufgabenverteilung im Zivilschutz bei vielen Kommunalpolitikern noch weitgehend Unklarheit herrscht.

Einig war man sich über die Notwendigkeit vorbereitender Maßnahmen. Dazu gehört auch die Ausbildung der Bevölkerung in Selbstschutzlehrgängen auf freiwilliger Basis. Zum Abschluß des Seminars schilderte BVS-Dienststellenleiter Möbes die Möglichkeiten des BVS bei der Unterstützung der Gemeinden. Alle Gemeinden im Rhein-Sieg-Kreis suchen zur Zeit Mitbürger, die ehrenamtlich als Selbstschutz-Berater tätig werden und sich ausbilden lassen wollen. Zur Aktivierung des Selbstschutzes sind im Jahr 1981 zwei Selbstschutzwochen im Rhein-Sieg-Kreis geplant.

Zweimal BVS-Ehrendenkel

Bergkamen. Der Direktor des Bundesverbandes für den Selbstschutz hat dem BVS-Beauftragten der Stadt Bergkamen, Quadron, und dem Leiter des Ordnungsamtes der Stadt, Stadtoberamtsrat Gosewinkel, die BVS-Ehrendenkel verliehen. Die Auszeichnung wurde den beiden Bergkamener Bürgern in einer Feierstunde überreicht, an der auch Bürgermeister Heinrich Kook, Stadtdirektor Brüggemann und Beigeordneter Linke teilnahmen.

Fast 20000 Bürger erreicht

Wesel. Die BVS-Dienststelle Wesel kann für das vergangene Jahr eine positive Leistungsbilanz vorlegen. Die BVS-Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter haben 384 Informationsveranstaltungen vor

verschiedenen Interessengruppen durchgeführt. Dabei wurden 19512 Bürger erreicht.

In Kreishäusern, Rathäusern, Sparkassen und Banken erfolgten zum Teil mehrwöchige Ausstellungen zum Thema „Selbstschutz ist Vorsorge“. 84170 Besucher informierten sich. In 386 Lehrgängen besuchten darüber hinaus 6729 Bürgerinnen und Bürger die verschiedenen Ausbildungsveranstaltungen des BVS. Hier ist besonders das Interesse der Jugend hervorzuheben.

Dank aus dem Kreishaus

Viersen. Mehrere Brandkatastrophen der letzten Jahre haben gezeigt, wie wichtig vorbeugender Brandschutz ist. Besonders gefährdet sind u. a. ältere Menschen in Altenheimen. Bettlägerig oder gehbehindert geraten sie leicht in Panik, deshalb muß gerade dort größter Wert auf vorbeugenden Brandschutz gelegt werden. Die BVS-Dienststelle Viersen führte aus diesem Grund für die Mitarbeiter der Altenheime im gesamten Kreis Aufklärungsveranstaltungen zum Thema: „Was ist vorbeugender Brandschutz?“ durch. Alle Veranstaltungen waren gut besucht und führten zu einer lebhaften Diskussion.

Der Oberkreisdirektor von Viersen schrieb nach Ablauf dieser Reihe: „Für die in diesem Jahr durchgeführten Schulungen der Mitarbeiter in Altenheimen möchte ich mich recht herzlich bedanken. Die Resonanz war ausgezeichnet, und man wünscht sich im nächsten Jahr eine Fortsetzung. Ich freue mich über eine weitere Zusammenarbeit.“

Ungewollte Aktualität

Recklinghausen. Die BVS-Dienststelle Recklinghausen zeigte in der Stadtparkasse Haltern eine Ausstellung zum Thema „Hilfe durch Selbstschutz“. Die Ausstellung wurde durch Stadtdirektor Paul Witte eröffnet. Im Vorgespräch hatte der Stadtdirektor Bedenken gegen eine Ausstellung in der Vorweihnachtszeit geäußert. Durch die Erdbebenkatastrophe in Italien hat sie dann doch ungewollt an Aktualität gewonnen.

BVS-Ausstellungen in Kurorten

Bad Meinberg. Mit den Worten: „Sie sind um die Gesundheit unserer Mitbürger bemüht, wir haben das Leben und die Gesundheit unserer Mitbürger in den Mittelpunkt unserer Tätigkeit gestellt“, eröffnete BVS-Landesstellenleiter Peter Eykmann ein Informationsgespräch mit

dem Vorstand des Heilbäderverbandes Nordrhein-Westfalen.

Der Heilbäderverband vertritt 49 Kurorte und Heilbäder in NRW. Als Ergebnis dieses Informationsgespräches wurde zwischen der BVS-Landesstelle und dem Heilbäderverband vereinbart, daß in allen Kurorten und Heilbädern BVS-Ausstellungen und Informationsveranstaltungen für Kurgäste durchgeführt werden.

Der Vorsitzende des nordrhein-westfälischen Heilbäderverbandes, Kurdirektor Dörenmeyer, geht mit gutem Beispiel voran: In seinem Kurort, dem Staatsbad Bad Meinberg, ist bereits die erste Ausstellung fest geplant. Zeiten der Muße und gesundheitlichen Rehabilitation für Gedanken über Selbstschutz zu nutzen, dies scheint ein sinnvoller neuer Ansatz zu sein.

Können unter Beweis gestellt

Aachen. Die BVS-Helferanwärterin Brigitte Scheffler mußte ihr Können bereits wenige Wochen nach dem Besuch eines Selbstschutz-Grundlehrganges unter Beweis stellen, als sich ein Unfall direkt vor ihrer Haustüre ereignete.

„Ich war sehr erschrocken, als sich unmittelbar neben mir ein Verkehrsunfall ereignete. Trotzdem erinnerte ich mich schnell an das Erlernte im Selbstschutz-Grundlehrgang. Ich sicherte zuerst die Unfallstelle mit einem Warndreieck ab, dann führte ich die Bergung (Rauteck-Griff) eines bewußtlosen Mannes durch und legte ihn in die stabile Seitenlage.

Ein Mädchen befand sich noch im Wagen, auch sie wurde von mir geborgen. An einigen markanten Symptomen – sehr blaß, kalter Schweiß auf der Stirn,

sie fror – erkannte ich, daß die Verletzte einen Schock hatte. Ich lagerte sie flach, legte die Beine hoch und sprach ihr Trost zu. Schon nach kurzer Zeit kam der Rettungsdienst und erlöste mich aus dieser ungewohnten Lage. Ich hatte gesehen und erlebt, wie wichtig es ist, ausgebildet zu sein, um anderen helfen zu können.“

Brigitte Scheffler will mehr wissen und lernen. Sie hat inzwischen an einem BVS-Lehrgang „Aufklärungs- und Ausbildungshelfer“ in Körtlinghausen teilgenommen und will in absehbarer Zeit Fachlehrer der Stufe I werden. Sie wird dann anderen Menschen ihr Wissen vermitteln können. Ein schönes Ziel.

In 36 Städten und Gemeinden aktiv

Düren. Das vergangene Jahr brachte für die BVS-Dienststelle Düren, bedingt durch die Strukturänderung des BVS, eine Vergrößerung des Betreuungsgebietes auf das Dreifache. Der neue Dienstbereich umfaßt die Kreise Düren, Erftkreis und Euskirchen. Im Kreis Düren und Teilen des Erftkreises ist ein aktiver BVS-Helferstamm vorhanden. Im Kreis Euskirchen hingegen muß der gesamte BVS-Helferstamm neu aufgebaut werden.

In den 36 Städten und Gemeinden im Bereich der BVS-Dienststelle Düren fanden im Jahre 1980 insgesamt 273 Veranstaltungen statt. Dabei wurden rund 22500 Teilnehmer bzw. Besucher angesprochen. Bei 116 Ausbildungsveranstaltungen wurden 2210 Teilnehmer gezählt. Davon waren 66 Selbstschutz-Grundlehrgänge für die Bevölkerung

und 16 Grundlehrgänge für Behörden sowie je zwei Ergänzungslehrgänge mit 46 Teilnehmern.

Dienststellenleiter-Wechsel in Essen

Essen. Der bisherige Leiter der BVS-Dienststelle Essen, Alois Weber, schied aus Altersgründen aus dem Dienst des BVS. 15 Jahre lang war Weber Leiter der BVS-Dienststelle Bottrop, 1979 übernahm er die BVS-Dienststelle Essen. BVS-Landesstellenleiter Eykmann sprach Weber im Namen des Verbandes Dank und Anerkennung für die geleistete Arbeit aus.



BVS-Landesstellenleiter Peter Eykmann (Bildmitte) verabschiedet den bisherigen Leiter der BVS-Dienststelle Essen, Alois Weber, (rechts) und führte Friedhelm Schillo (links) als neuen Dienststellenleiter ein.

Neuer Leiter der BVS-Dienststelle Essen ist Friedhelm Schillo. Er war vorher Lehrer an der BVS-Schule Körtlinghausen.

Nachruf

Am 9. Februar 1981 verstarb infolge eines tragischen Verkehrsunfalles unser langjähriger Kollege

Klaus Duda

1964 begann er seine Tätigkeit als Kraftfahrer beim damaligen Bundesluftschutzverband. Während der Zeit seiner Beschäftigung war er viele Jahre Mitglied des Bezirkspersonalrates. Hier hat er sich immer für die Belange der Mitarbeiter eingesetzt. Durch seine offene, kameradschaftliche Haltung und stete Hilfsbereitschaft war er ein allseits beliebter Kollege und Mitarbeiter.

Wir gedenken seiner in Hochachtung und Dankbarkeit.



Seinen Antrittsbesuch beim nordrhein-westfälischen Innenminister Dr. Herbert Schnoor machte der neue BVS-Landesstellenleiter Peter Eykmann in Düsseldorf. Im Gespräch wurde u. a. auch der Modellversuch „Maßnahmen zur Intensivierung des Selbstschutzes“ erörtert, der in 17 Städten Nordrhein-Westfalens angelaufen ist. Landesstellenleiter Eykmann sprach bei dieser Gelegenheit eine Einladung zur Teilnahme an der Feier des 25jährigen Bestehens der BVS-Schule Körtlinghausen aus, die am 1. April 1981 stattfinden soll. Der Minister sagte seine Teilnahme zu.

BKO-Lehrgang frischte Wissen auf

Im Rahmen der Durchführung von BKO-Lehrgängen nahm die BVS-Dienststelle Kassel Kontakte zu Betrieben in Eschwege auf. Gespräche mit dem Sicherheitsingenieur einer namhaften Firma führten dazu, daß ein BKO-Fachlehrgang „Brandschutz“ und eine zusätzliche Ausbildung in „Lebensrettenden Sofortmaßnahmen“ vereinbart wurde.



Das Ablöschen einer brennenden Person mit Hilfe einer Decke gehört mit zur Brandschutz-ausbildung.

Die betriebseigene Feuerwehr sollte das Zusammenspiel der einzelnen Kräfte demonstrieren und gleichzeitig die vorhandenen Kenntnisse in „Lebensrettenden Sofortmaßnahmen“ auffrischen. Obwohl es sich zum Teil um aktive Feuerwehrleute handelte, stellte die Ausbildung des BVS auch für sie eine wertvolle Bereicherung des Gesamtwissens dar. Die Gegebenheiten auf dem Firmengelände ermöglichten bei der Brandschutzausbildung Löschangriffe vom Hydranten aus. Hierbei stellte sich heraus, daß ein hoher Ausbildungsstand gegeben war. Das Ablöschen der Brandübungspuppe rundete den Bereich „Brandschutz“ ab. In einem abschließenden Gespräch wurde der Wunsch geäußert, in regelmäßigen Abständen Wiederholungen durchzuführen.

Betrieblichen Katastrophenschutz aufgebaut

Die gesetzlichen Vorschriften über die Erweiterung des Katastrophenschutzes und die allgemeine Verwaltungsvorschrift für Aufbau, Förderung und Leitung des Selbstschutzes sowie die Bekanntmachung der Empfehlung für den betrieblichen Katastrophenschutz waren Anlaß, die Einrichtung eines betrieblichen Katastrophenschutzes bei der Oberhessischen Versorgungs AG (OVAG) vorzusehen. In Zusammenarbeit mit BVS-Dienststellenleiter Wagner, BVS-Dienststelle Friedberg, wurde der Aufbau des betrieblichen Katastrophenschutzes bei der OVAG wie folgt durchgeführt:



Viele Mitarbeiter der OVAG ließen sich als Helfer im betrieblichen Katastrophenschutz ausbilden.

1. Bildung eines Krisenstabes, der nach einer Analyse des Betriebes einen Rahmenplan ausarbeitete und einen betrieblichen Alarmplan festlegt.
 2. Errichtung einer zentralen Notrufstelle und Installierung eines Alarmierungssystems.
 3. Bekanntmachung von Verhaltensmaßnahmen für die Mitarbeiter.
 4. Schaffung eines stillen Alarmsystems für den Krisenstab.
 5. Ausbildung von über 40 freiwilligen Helfern in enger Zusammenarbeit mit dem BVS.
 6. Ausrüstung und Ausstattung der Helfer mit Schutzkleidung und Geräten gemäß den Empfehlungen für die Ausrüstung der betrieblichen Katastrophenschutzorganisation.
- Alle Helfer des betrieblichen Katastrophenschutzes der OVAG haben inzwischen mindestens zwei Lehrgänge beim BVS absolviert. Darüber hinaus werden betriebliche Schulungen und Übungen durchgeführt. Die Ausrüstung erfolgt stufenweise, wobei z. Z. im Bereich der Hauptverwaltung der OVAG 23 Helfer mit Schutzkleidung und Rettungswerkzeugen ausgestattet sind.

Diese Gruppe führte vor kurzem eine dreiteilige Selbstschutzübung durch. Dabei wurde die Handhabung von Leitern, Leinen und Seilen geübt, ein Mauerdurchbruch vorgenommen und die Bergung und Versorgung von Verletzten simuliert, wobei die Beatmung von Verletzten und das Versorgen von Schlagaderblutungen im Vordergrund standen. Für das Jahr 1981 ist geplant, mit dem BVS spezielle Übungen für die Gruppen „Bergung“, „Brandschutz“ und „Sanitätsdienst“ durchzuführen.

Gerhard Straube und Werner Schmitt 25 Jahre beim BVS

BVS-Landesstellenleiter Gerhard Straube konnte vor kurzem auf eine 25jährige Mitarbeit im BVS zurückblicken. Straube war zuerst ehrenamtlicher und ab 1955 hauptamtlicher Ausbildungsleiter der BVS-Dienststelle Darmstadt. 1961 über-

nahm er die Führung der Dienststelle. Seit Mitte 1980 leitet Straube die BVS-Landesstelle Hessen. Vielen Kolleginnen und Kollegen ist Straube auch als langjähriger Vorsitzender des Bezirks- und Hauptpersonalrates des BVS bekannt. In einer kleinen Feierstunde gratulierten alle Mitarbeiter der BVS-Landesstelle Straube zu seinem Jubiläum.

Auch Werner Schmitt, BVS-Fachgebietsleiter „Ausbildung“ bei der BVS-Landesstelle Hessen, konnte sein 25jähriges Dienstjubiläum feiern. Zunächst im Hauptsachgebiet „Organisation“ tätig, wurde er 1962 dessen Leiter. 1978 übernahm Schmitt die Aufgaben des Fachgebietsleiters „Ausbildung“. Viele haupt- und ehrenamtliche BVS-Mitarbeiter ehren den Jubilar anlässlich eines kleinen Empfangs.

Mitmachen macht Mut – Hausfrauen im Selbstschutz

Im Januar 1981 führte die BVS-Dienststelle Darmstadt einen Selbstschutz-Grundlehrgang für den Hausfrauenbund Darmstadt durch. Die ersten Kontakte hatte die Vorsitzende, Frau Jamin, bei der Info-Börse für Frauen „Mitmachen macht Mut, Frauen können mehr“ geknüpft.

15 Mitglieder informierten sich nun über Fragen des Selbst-, Zivil- und Katastrophenschutzes und übten in der praktischen Ausbildung „Lebensrettende Sofortmaßnahmen“.

Um sich noch besser und intensiver informieren zu können, vereinbarte der Hausfrauenbund weitere Veranstaltungen mit dem BVS.

Langjähriger Mitarbeiter in den Ruhestand verabschiedet

In einer kleinen Feierstunde wurde der langjährige Mitarbeiter der BVS-Landesstelle Hessen, Emil Fiedler, verabschiedet. BVS-Landesstellenleiter Gerhard Straube umriß den Lebensweg des Kollegen und überreichte die Verabschiedungsurkunde. Fiedler, der in den letzten fünf Jahren nahezu „Mädchen für alles“ war, fing 1965 als Kraftfahrer beim damaligen BLSV an. Später übernahm er das umfangreiche Lager der BVS-Landesstelle. Mit Fleiß und Geschick bewältigte er die vielfältigen Aufgaben.

Die Kollegen wünschen ihm einen angenehmen Ruhestand und Gesundheit sowie viel Freude bei seinem Hobby – dem Camping.

Stadträte fordern Schutzräume

In mehreren Städten in Rheinland Pfalz sind Tiefgaragen in der Planung. Um die Voraussetzungen zur Schaffung von öffentlichen Schutzräumen in diesen Bauvorhaben zu gewährleisten, beschäftigten sich Verwaltungen und Ausschüsse in verschiedenen Sitzungen mit den geplanten Objekten. Erstaunlich ist, daß die Stadtratsmitglieder die Notwendigkeit von Schutzräumen immer wieder bejahen und sogar fordern.

So will z. B. die Stadt Trier ein Gutachten für den Bau von Schutzräumen erstellen lassen. Es sind dort drei Großprojekte im Bereich der Innenstadt geplant. Dies teilte Oberbürgermeister Zimmermann dem Vorsitzenden der CDU-Stadtratsfraktion, Zwingen (MdL), auf eine entsprechende Anfrage mit. Der Oberbürgermeister bedauerte in seiner Antwort, daß die Bemühungen des BVS, die Bevölkerung über Schutzmöglichkeiten aufzuklären, nur wenig Interesse gefunden hätten. Deshalb will die Stadtverwaltung den BVS künftig in seiner Informationstätigkeit unterstützen.

So soll bei der Bauberatung des Planungsamtes Bauwilligen und Interessenten ein Faltblatt gegeben werden, das auf den Schutzraumbau und auf die damit verbundenen Möglichkeiten zur Gewährung staatlicher Zuschüsse bzw. steuerlicher Abschreibungen hinweist.

Zudem, so der Oberbürgermeister, ist geplant, in Verbindung mit dem BVS, die Bevölkerung halbjährlich über den Bau von Schutzräumen in der Tagespresse zu informieren.

Um eine noch bessere Information für die Bürger vorzubereiten, soll das Thema „Zivilschutz“ erneut im Bauausschuß und dem Ausschuß für Brand- und Zivilschutz diskutiert werden.

Willy Schroeter, ein Mann der ersten Stunde

Willy Schroeter, Leiter der Fahrbaren Aufklärungs- und Ausbildungsstelle der BVS-Dienststelle Kaiserslautern, schied nach Erreichung der Altersgrenze aus dem Dienst des BVS aus.

In Anwesenheit prominenter Persönlich-

keiten und Mitarbeiter der BVS-Dienststelle wurde Schroeter in einer Feierstunde in seiner Heimatstadt Pirmasens verabschiedet.

BVS-Landesstellenleiter Awizsus würdigte die zweieinhalb Jahrzehnte lange ehrenamtliche und hauptamtliche Tätigkeit des scheidenden Mitarbeiters. Schroeter, der weit über Pirmasens hinaus bekannt ist, stellte sich bereits von seiner Jugend für caritative und humanitäre Aufgaben zur Verfügung.

Nachruf

Die BVS-Dienststelle Koblenz trauert um ihren langjährigen Mitarbeiter

Hans Unger

der im Alter von 60 Jahren starb.

Mit großem Engagement setzte er sich stets für den humanitären Auftrag des BVS ein. Dafür wurde ihm im Mai 1980 die Ehrennadel des Verbandes verliehen.

Die BVS-Dienststelle Koblenz wird ihm ein ehrendes Andenken bewahren.

Saarland

Im Kultusministerium jetzt Aufbau des Behördenselbstschutzes

Das Ministerium für Kultus, Bildung und Sport hatte kürzlich BVS-Landesstellenleiter Koch zu einem eingehenden Gespräch ins Ministerium eingeladen. Hierbei ging es zunächst um den Aufbau und die Ausbildung des Behördenselbstschutzes im Ministerium. Ltd. Ministerialrat Eiserloh und Reg.-Oberamtsrat Weiskircher zeigten nicht nur eine große Aufgeschlossenheit, sie sprachen sich auch dafür aus, die personellen Voraussetzungen für den Selbstschutz im eigenen Haus beschleunigt zu schaffen. Mittlerweile ließ sich dieses Vorhaben bereits soweit verwirklichen, daß nunmehr mit den Selbstschutz-Grundlehrgängen begonnen werden kann. Auch die weiterführende Ausbildung in den Fachgebieten Brandschutz, Bergung, Sanitätsdienst und ABC-Schutz soll in diesem Jahr durchgeführt werden.

Das beispielhafte Engagement von Ltd. Ministerialrat Eiserloh und seinem Sach-

bearbeiter Weiskircher dürfte sich sicherlich auch in naher Zukunft beim Aufbau des Behördenselbstschutzes in verschiedenen Schulsystemen günstig auswirken. Jedenfalls wird sich das Kultusministerium für bevorzugte Vorbereitungen in den entsprechenden Dienstbereichen einsetzen, um eventuell notwendige Hilfeleistungen für Schüler und Lehrpersonal sicherzustellen.

Wieder BVS-Ausbildungen bei der DB-Direktion Saarbrücken

Die seit Jahren bestehenden guten Kontakte zwischen der Bundesbahndirektion und der BVS-Landesstelle Saarland konnten zwischenzeitlich wesentlich verbessert werden. Bei den jüngsten Verhandlungen zwischen dem für den Zivilschutz zuständigen Dezernenten, Oberamtsrat Dipl.-Ing. Kratz, seinem Sachbearbeiter, Amtmann Zewe, und BVS-Landesstellenleiter Koch ging es in erster Linie darum, die bei der Bundesbahn aufgrund betriebstechnischer Umstellungen

eine gewisse Zeit unterbrochene Selbstschutzausbildung wieder einzuplanen. Unter Berücksichtigung der kürzlich in Kraft getretenen Richtlinien für den Zivilschutz der Bundesbahn soll nunmehr der DB-Selbstschutzbereich vorrangig und vor allem noch intensiver als bisher ausgebaut werden.

Zunächst ist daran gedacht, die Selbstschutz-Grundausbildung für einen größeren Personenkreis durchzuführen. Umfangreiche Planungen konnten mittlerweile bereits abgeschlossen werden. Außerdem sollen die betreffenden Bundesbahnbediensteten zunächst eine einschlägige BVS-Fachausbildung im Brandschutz erhalten. Darüber hinaus wurden für dieses Jahr auch BVS-Fachlehrgänge für die Bereiche Bergung und Sanitätsdienst vorgesehen. Schließlich sind noch für eine bestimmte Beamtengruppe ABC-Schutz-Unterweisungen beabsichtigt.

Nach den Absprachen werden in Zukunft sämtliche selbstschutzmäßigen Lehrgänge ausschließlich dem BVS übertragen, was auf die bisherigen gu-

ten Ausbildungsergebnisse zurückgeführt werden darf.

„Schutz und Wehr“ in Völklingen

Im Rahmen des Modellversuches zur Intensivierung des Selbstschutzes in der Mittelstadt Völklingen fand unter der Schirmherrschaft von Oberbürgermeister Durand die Eröffnung der Ausstellung „Schutz und Wehr“ im Foyer des neuen Rathauses statt. Die von der BVS-Dienststelle Saarlouis aufgestellte Wan-

derausstellung wurde zusätzlich bereichert durch einige sehenswerte Stücke, die von der Feuerwehr zur Verfügung gestellt wurden. Unter ihnen befanden sich Bilder aus der Gründerzeit der Feuerwehr, wie auch alte Helme, ein Mannschaftslöschkarren sowie Löschgeräte alter und neuer Art.

In seiner Begrüßungsansprache konnte der Oberbürgermeister die Fraktionsvorsitzenden des Stadtrates, Vertreter der in Völklingen ansässigen Behörden, Banken und Betriebe, Ortsvorsteher, Direktoren, Rektoren und Lehrer, wie auch die Vorsitzenden der im Katastrophen-

schutz mitwirkenden Organisationen begrüßen. Oberbürgermeister Durand wies darauf hin, daß diese Ausstellung nur der Auftakt einer Anzahl von Veranstaltungen sei, die in diesem Jahr in Völklingen die Selbstschutzbereitschaft der Bevölkerung, Behörden und Betriebe anregen soll.

Im Anschluß daran erläuterte BVS-Dienststellenleiter Manstein die Ausstellung. In seinen Ausführungen hob er hervor, daß im Katastrophenfall der Mensch im Mittelpunkt des Geschehens stehe, sei es als Hilfesuchender oder als Helfer.

Baden-Württemberg



Erfolgreiche Bilanz des Behördenselbstschutzes in Stuttgart

In Zusammenarbeit mit dem Personalamt, der Branddirektion, dem BVS und dem DRK wurden 1980 in der Landeshauptstadt Stuttgart in 34 Selbstschutzlehrgängen, 17 Selbstschutzübungen bei städtischen Ämtern und 17 Fachlichen Unterweisungen 1212 städtische Beschäftigte aus- und fortgebildet. Im gleichen Zeitraum wurden gemeinsam mit der Industrie- und Handelskammer Mittlerer Neckar sieben Lehrgänge „Erste Hilfe“ mit 147 Teilnehmern und vier Fachliche Unterweisungen mit 67 Teilnehmern für den betrieblichen Katastrophenschutz durchgeführt. Weitere 52 Angehörige nahmen darüber hinaus an verschiedenen Fachlehrgängen des Behördenselbstschutzes teil. 33 Selbstschutz-Berater besuchten zwei Fachliche Unterrichtsungen und eine Planbesprechung.

Diese Zahlen gab das Amt für Zivilschutz der Stadt Stuttgart in einer im Januar herausgegebenen Jahresstatistik 1980 über die Ausbildung im Selbstschutz bekannt.

Anita Darimont im Ruhestand

BVS-Landesstellenleiter Raach verabschiedete die bisherige Mannheimer BVS-Dienststellenleiterin Anita Darimont in den Ruhestand. Vor zahlreichen Gästen überreichte er die Dankurkunde des BVS und betonte, daß Frau Darimont ihre schwierigen Aufgaben mit viel Charme bewältigt habe.

Stadtrat Helmut Wetzel überbrachte die besten Wünsche von Oberbürgermeister Varnholt und lobte den guten Kontakt zur Stadt Mannheim. Ein mit einer Widmung versehener Bildband von Mann-

heim wird Frau Darimont an ihre Dienstzeit in Mannheim erinnern.

Langjährige BVS-Mitarbeiter ausgezeichnet

In einer kleinen Feierstunde überreichte BVS-Dienststellenleiter Köpke, Ludwigsburg, dem ehrenamtlichen BVS-Helfer Erich Däuble und dem BVS-Helfervertreter in Baden-Württemberg, Kurt Spinnler, für zwanzigjährige Mitarbeit im BVS eine Ehrenurkunde.

Berta Pietschke und Martin Nehmet wurden für zehnjährige Mitarbeit im BVS ausgezeichnet.

Gelungene Jahresfeier in Ulm

Zum zweitenmal wurde am 7. November 1980 in Ulm eine gemeinsame Jahresfeier aller örtlichen Hilfsorganisationen veranstaltet, zu der Schirmherr Oberbürgermeister Dr. Lorensen über 2000 Mitarbeiter von ASB, DLRG, DRK, THW, BVS, der Feuerwehr, des Vereins für Rettungshunde sowie die Regieeinheiten der Donaustadt begrüßen konnte. Für die Helfer des BVS hatte das Stadtoberhaupt ein besonderes „Bonbon“ bereit: Er versprach einen neuen Übungsplatz, nachdem das Übungsgelände „Fort Haslach“ der Erweiterung einer Firma weichen mußte.

Stadtverwaltung Konstanz aktiviert Behörden-Selbstschutz

Die Stadt Konstanz hat bis jetzt rund die Hälfte der 75 benötigten Selbstschutz-Berater verpflichtet. 1981 sollen die noch offenen Stellen besetzt werden. Damit will die Bodensee-Stadt die dritte

und vierte Phase des 1979 beschlossenen Aufbaus des Selbstschutzes abschließen.

In der ersten Phase wurden die Mitarbeiter der Stadtverwaltung über die Notwendigkeit des Selbstschutzes informiert. Im vergangenen Jahr nahmen dann etwa 1000 Beschäftigte an Selbstschutz-Grundlehrgängen teil. Die Ausbildung weiterer 1400 Mitarbeiter ist geplant.

Im Mai dieses Jahres hofft die Stadt, drei voll ausgebildete Sanitätsstaffeln und sechs Sanitätstrupps einsatzbereit melden zu können. Im Bereich Bergung und Brandschutz verzögern die hohen Gerätekosten die schnelle Aufstellung der Einheiten.

Nachholbedarf beim Behörden-Selbstschutz

In der Fachausbildung Brandschutz, Bergung und Sanitätsdienst des Behörden-Selbstschutzes besteht ein erheblicher Nachholbedarf. Zu diesem Ergebnis kamen Vertreter der Stadt Offenburg anlässlich einer Besprechung in der BVS-Dienststelle. Oberbürgermeister Grüber hatte die Selbstschutzleiter seiner Behörde eingeladen, um die Belegung von BVS-Fachlehrgängen für 1981 zu koordinieren. Auch die Oberpostdirektion war aus diesem Grunde Gast der BVS-Dienststelle.

Übereinstimmend klagten die Behörden und Ämter, daß sie zur Zeit nur über sehr wenige Kräfte mit Fachausbildung im Selbstschutz verfügten. Deshalb muß nach Ansicht des Offenburger BVS-Fachbearbeiters Hambrecht in den nächsten Monaten der Schwerpunkt der BVS-Arbeit auf die Durchführung von Fachlehrgängen für den Behörden-Selbstschutz gelegt werden.

Jahresübersicht 1980 der BVS-Landesstelle Bayern

Öffentlichkeitsarbeit, Aufklärung der Bevölkerung und Werbemaßnahmen für Mitarbeiter und Helfer

- 2107 Aufklärungsveranstaltungen mit 100380 Besuchern
- 65 Vorträge für ausgewählte Gäste mit 2662 Besuchern
- 63 Presseinformationsgespräche mit 264 Teilnehmern
- 5 Sicherheitswettbewerbe mit 7570 Besuchern
- 142 Straßenaktionen-Info-Stände mit 65641 Besuchern
- 72 Straßenaktionen mit Demo*) mit 11615 Besuchern
- 173 Ausstellungen mit 777647 Besuchern
- Insgesamt: 2627 Veranstaltungen mit 965779 Besuchern
- 6346 Einzelberatungen – Selbstschutz
- 1126 Einzelberatungen – Schutz-raumbau
- 6651 Anfragen zum Schutzraumbau

Ausbildungswesen, Ausbildungsleistung der BVS-Schule

- 5 Informationstagungen für Bürgermeister und Kommunalpolitiker mit 88 Teilnehmern
- 1 Informationstagung für besondere Personenkreise mit 45 Teilnehmern
- 12 Informationsseminare für Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens mit 282 Teilnehmern
- 5 Informationsseminare „Schutzbau“ mit 93 Teilnehmern
- 19 Lehrgänge für Führungskräfte des BVS mit 240 Teilnehmern
- 25 Lehrgänge für Postbedienstete mit 458 Teilnehmern
- 9 Se-Fachlehrgänge „Selbstschutz, Beratung und Leitung“ mit 141 Teilnehmern
- 2 Se-Fachlehrgänge „Aufbau, Förderung und Leitung des Selbstschutzes“ mit 19 Teilnehmern
- 2 BKO*)-Fachlehrgänge mit 29 Teilnehmern
- 8 Arbeitstagungen mit 217 Teilnehmern

4 Se-Fachlehrgänge für Behörden mit 72 Teilnehmern

Ausbildungsleistung der BVS-Dienststellen

- 1568 Grundlehrgänge mit 38572 Teilnehmern
- 101 Fachlehrgänge mit 1483 Teilnehmern
- 499 Selbstschutzergänzungslehrgänge mit 7877 Teilnehmern
- 207 Übungen von Se-Zügen des Behörden- und Betriebsselbstschutzes mit 3082 Teilnehmern
- 19-Se-Übungen in Wohnstätten mit 830 Teilnehmern
- 33 Se-Wiederholungslehrgänge mit 832 Teilnehmern
- 272 BVS-Ausbildungen mit 2900 Teilnehmern
- 36 BKO-Fachlehrgänge**) mit 437 Teilnehmern
- Ausgebildete Selbstschutz-Berater: 384

*) Mit Demonstrationen – praktischen Vorführungen
 **) Betriebliche Katastrophenschutz-Organisation

Tutzing sagt „ja“ zum Selbstschutz

Tutzing am Starnberger See hat sich bereiterklärt, am Modellversuch zur Intensivierung des Selbstschutzes teilzunehmen.

Als Auftakt zeigte die BVS-Dienststelle Starnberg im Tutzinger Rathaus die Ausstellung „Kinder malen Katastrophen und Selbstschutz“.



Zum Auftakt des Modellversuches zur Intensivierung des Selbstschutzes in Tutzing zeigte der BVS die Ausstellung „Kinder malen Katastrophen“ (von rechts): Bürgermeister Dr. Leclaire, BVS-Landesstellenleiter Kopsieker und BVS-Dienststellenleiter Schramm.

Anlässlich einer Abendveranstaltung erläuterte BVS-Landesstellenleiter Günther Kopsieker den zahlreich erschienenen Persönlichkeiten aus der Gemeinde und dem Landkreis Starnberg die Ziele des Modellversuches. Kopsieker: „Obwohl die Worte Zivil- und Selbstschutz in der Bundesrepublik durch die Hypothek des letzten Krieges, aber auch durch die Furcht vor Massenvernichtungswaffen schwer belastet sind, ist der Selbstschutz eine Gemeinschaftsaufgabe aller verantwortungsbewußten Staatsbürger.“

Der Modellversuch soll bei den Tutzinger Bürgern durch Vorträge und Lehrgänge, aber auch durch Sonderaktionen das Selbstschutzbewußtsein wecken. Kopsieker gab der Hoffnung Ausdruck, daß nach Abschluß des Versuches ein Erfolg zu verzeichnen ist.

Tutzings Bürgermeister Dr. Alfred Leclaire bekannte sich in seiner Ansprache voll zu den Aufgaben der Gemeinde im Rahmen des Selbstschutzes. „Nachdem wir in den 36 Jahren des Friedens gelernt haben, den Kopf hübsch in den Sand zu stecken, haben wir das Thema ‚Selbstschutz‘ abgehakt und verdrängt und uns dem Fatalismus ergeben“, sagte Dr. Leclaire. Der Bürgermeister weiter: „Durch die Krisen der letzten Zeit ist man sensibilisiert worden. Diese Gunst der Stunde muß genutzt werden.“ Es liege nun an allen Bürgern, ihre Fähigkeiten so zu schulen und einzusetzen, daß möglichst viel des jahrelang Versäumten nachgeholt wird.

„Der Bürgermeister und die Gemeindeverwaltung werden dazu ihren Beitrag leisten“, schloß Dr. Leclaire.

Bamberg sucht Selbstschutz-Berater

Das Amt für öffentliche Ordnung, Umwelt- und Katastrophenschutz der Stadt Bamberg sucht Bürger für eine ehrenamtliche Tätigkeit als Selbstschutz-Berater. Mindestens 30 Selbstschutz-Berater sind nach den Angaben von Manfred Müller, Sachbearbeiter für den Katastrophenschutz beim Ordnungsamt notwendig, um in Bamberg die gesetzlich geforderten Maßnahmen zur Förderung und Leitung des Selbstschutzes erfüllen zu können.

Bis jetzt verfügt die Stadt über ein Dutzend Selbstschutz-Berater.

Baumstumpf aus der Schwentine geborgen

Durch starke Regenfälle war ein am Ufer der Schwentine in der Nähe Eutins liegender Baumstumpf von beachtlichen Ausmaßen in den Fluß gerutscht und hatte einen Bootssteg mit sich gerissen. Die Stadtverwaltung Eutin bat das THW um Unterstützung bei der Beseitigung des Hindernisses, das einen Stau im Fluß verursachte.

Unter der Leitung von THW-Zugführer Radloff zogen THW-Helfer den Baumstumpf mit der Seilwinde des GKW aus dem Fluß. Das erneute Abrutschen wurde bei der Bergung mit einem Greifzug verhindert. Der Bootssteg wurde behelfsmäßig instandgesetzt. C. B.

Mit der Sauerstofflanze gegen Stahlbeton

Beim Bau eines Klärbeckens auf dem Betriebsgelände der Breitenburger Milchzentrale in Itzehoe mußten wegen einer Planungsänderung nachträglich drei Aussparungen von 60 x 80 cm für Rohrleitungen geschaffen werden. In der 40 cm starken und schwerarmierten Stahlbetonwand war jedoch ein Durchbruch mit den herkömmlichen Mitteln wie Preßluftschlämmern nicht möglich. Um die Durchführung der Arbeit nicht nur schnell und möglichst geräuschlos, vor allen Dingen aber erschütterungsfrei ab-



In eine 40 cm dicke und schwerarmierte Stahlbetonwand brannten die THW-Helfer drei 60 x 80 cm große Aussparungen mit der Sauerstofflanze.

zuschließen, wandte sich die für die Bauausführung verantwortliche Firma an das THW in Itzehoe.

Nach Prüfung der örtlichen Gegebenheiten begannen THW-Helfer des Ortsverbandes Itzehoe mit Erdarbeiten. Außerdem wurden zwei Arbeitsbühnen errichtet, bevor die Brennarbeiten durchgeführt werden konnten. Wer glaubte, Stahlbetonwände seien nicht zu „knacken“, wurde eines Besseren belehrt. Die Arbeit mit der Sauerstofflanze zog zahlreiche Zuschauer aus dem naheliegenden Wohngebiet an. Viele technische Fragen nach Sauerstoffdruck, Flammentemperatur, Vorschub usw. mußten die THW-Helfer beantworten.

Für die Brennarbeiten wurden rund 80 Brennröhre 3/8 Zoll, 3 Meter lang benötigt. Der Sauerstoffverbrauch betrug etwa 130 Kubikmeter. Dieser nicht alltägliche Einsatz war für die THW-Helfer eine recht harte Sache im wahrsten Sinne des Wortes. Der Einsatz brachte für die THW-Führungskräfte und Helfer jedoch wertvolle Erkenntnisse. H. J. M.

Türdurchbrüche mit der Sauerstofflanze

Der THW-OV Kiel stellte mit der Sauerstofflanze in einem Hotel der Landeshauptstadt zwei Türdurchbrüche von je zwei mal zwei Metern her. Mit rund 120 Lanzen zu je drei Metern Länge wurden etwa 300 Bohrungen bzw. Perforierschnitte angelegt, um die Gesamtmenge von ungefähr 3,5 t Material in transportablen Stücken aus den 20 cm starken Betonwänden herauszulösen. Teilweise wurde mit zwei Sauerstofflanzen gleichzeitig gearbeitet. K. H.

THW-OV Norderstedt baute 13. Brücke

Zehn Helfer des THW-OV Norderstedt errichteten im Rahmen ihres Übungsprogramms im Gebiet des zukünftigen Norderstedter Stadtparks eine Brücke, die 13. innerhalb von drei Jahren. Das THW hatte bereits anlässlich einer Nachtübung zwei Brücken im künftigen Stadtpark erstellt. Nun mußte eine weitere gebaut werden, weil ein Landwirt seine mitten im Gelände von einem Bach eingeschlossenen Weiden nur noch über einen morschen Bohlenweg erreichen konnte.



Einen soliden Unterbau erstellten die THW-Helfer für eine Brücke über die Tarpnbeck.

Die Arbeit des THW-OV Norderstedt stellt einen dreifachen Gewinn dar: Die THW-Helfer wurden mit diesen Übungen auf Katastropheneinsätze vorbereitet, die Stadt erhielt preiswert die notwendige Brücke und die Bürger können nunmehr trockenen Fußes die Bäche und Flüsse überqueren. H. L.

THW-OV Fehmarn baute „China-Steg“

Mit einer eindrucksvollen Übung zeigte der THW-OV Fehmarn an einem Wochenende seine Einsatzbereitschaft.

An der Steilküste von Katharinenhof wurde auf fünf Meter Höhe ein 25 Meter langer „China-Steg“ durch das schwierige Gelände geführt. Der Steg wurde in seiner sehenswerten Konstruktion aus zwei Böcken, gebundenen Hölzern und Gerüstdielen errichtet. Nach drei Stunden Bauzeit konnte der Steg begangen werden.

Der THW-OV Fehmarn lieferte mit dem improvisierten Bauwerk zugleich den Beweis, daß er auch in extremen Katastrophensituationen lange Sicherungswege bauen kann, mit denen Abgründe oder fortgerissene Gebäudeteile überbrückt werden können.

Die technische Leitung der Übung hatte THW-Ausbildungsleiter Kambek in Zusammenarbeit mit den THW-Gruppenführern Konrad, Schramm und Johanssen.

THW-Ortsbeauftragter Bolz bedauerte, daß ungünstige Witterungsverhältnisse Zuschauer an der Ostküste ausbleiben ließ. Der THW-OV Fehmarn hätte anschaulich seine Stärke in den Bergungsübungen gezeigt, die der Öffentlichkeit vorgeführt werden sollten. Er hoffe jedoch, daß die Arbeit des Ortsverbandes



25 Meter lang war der „China-Steg“, den die Helfer des THW-OV Fehmarn an der Steilküste bauten.

trotzdem Anerkennung finde. Seit der Schneekatastrophe, so Bolz, bliebe das Wirken der Helfer des THW auf Fehmarn im Verborgenen. Die wöchentliche Ausbildung sowie zahlreiche Lehrgänge der einzelnen THW-Helfer hätten sich in jedem Fall gelohnt. Das zeigten die gestellten Übungsaufgaben am Wochenende.

P. B.

Spielgerät für ABC-Schützen

Durch eine gemeinsame Initiative von Schulleitung, Elternbeirat und THW ist der Schulhof der Ernst-Moritz-Arndt-Schule in Tegelhörn mit hochwertigem Spielgerät ausgestattet worden, damit sich die kleinen und kleinsten ABC-Schützen nach dem „Stillsitzen“ in den Schulstunden – was manchem von ihnen noch schwerfällt – in den Pausen beim Spiel bewegen können.

Am Anfang – so der Rektor der Schule – hätten Überlegungen gestanden, wie man die Zahl der Pausenunfälle verringern könne. Dabei sei dann schließlich der Entschluß gefaßt worden, den Schulhof neu zu gestalten. Die Stadt habe 6000 DM für diesen Zweck zur Verfügung gestellt, und obwohl nach der Kalkulation eigentlich 9000 DM benötigt wurden, reichte der Zuschuß aus, die Spielgeräte zu bauen. Dies sei dem hervorragenden Einsatz des THW zu verdanken.

Der Vertreter im Elternbeirat der Schule, Uwe Tabelow, trug als Sicherheitsbeauftragter und Jugendgruppenleiter des THW-OV Itzehoe zur Kostensenkung bei. Er hatte seinen Kameraden von dem Vorhaben erzählt und sie für die gute Sache gewinnen können. In gemeinsamer Arbeit wurden mehrere Spielgeräte und Sitzgelegenheiten auf dem Schulhof aufgestellt und eine große Zahl von Hüpfspielen aufgemalt.

Sturmeinsatz des THW-OV Eutin

Ein wahrhaft stürmisches Wochenende erlebten die THW-Helfer des Ortsverbandes Eutin: Ein seit Tagen anhaltender Sturm hatte eine ca. 20 Meter hohe Pappel in eine so extreme Neigung gedrückt, daß der 90 Zentimeter starke Baum auf ein Einfamilienhaus zu fallen drohte. Der THW-OV Eutin unter Leitung von Zugführer Günther Radloff erhielt den schwierigen Auftrag, den Sturz des Baumes auf das Wohnhaus zu verhindern.

Zunächst wurden zwei Greifzüge von



An dem vom Sturm beschädigten Baum wurden zwei Greifzüge befestigt, um ihn vom Haus wegzuziehen.

den THW-Helfern im Gipfel des schwankenden Baumes befestigt. Außerdem wurde zur Unterstützung ein MKW mit Seilzug in Stellung gebracht, um den Baum beim Absägen mit „aller Kraft“ in die hausabgewandte Richtung zu ziehen. Nach zweistündigem Einsatz fiel der Baum wie geplant zu Boden, ohne das Haus zu beschädigen. Zahlreiche Einwohner der Gemeinde verfolgten diese spektakuläre Bergungsaktion. Bürgermeister Günter Vogel sowie die erleichterten Bewohner des Hauses dankten dem THW-OV Eutin für den schnellen und wirkungsvollen Einsatz.

C. B.

Hamburg



Sonderlehrgang für Stabsmitglieder

An einem zweiten geschlossenen Lehrgang für Stabsmitglieder des THW-Landesverbandes Hamburg an der Katastrophenschutzschule des Bundes in Ahrweiler nehmen 18 THW-Führungskräfte teil.

Im Rahmen der 1. Stufe des Ausbildungslehrganges „Führen im Katastrophenschutz“ wurden die Führungskräfte in einem Planspiel über mehrere Tage realistisch in der Stabsarbeit geschult. Die verschiedenen Stabspositionen wurden mit Fortschreiten der Lage gewechselt, so daß jeder in verschiedenen Funktionen den Führungsvorgang praktisch mitvollziehen konnte. Erstmals

nahmen an diesem Lehrgang auch zwei Führungskräfte der Johanniter-Unfall-Hilfe teil.

Das THW Hamburg plant, die Ausbildung seiner Stabsmitglieder 1983 mit einem weiteren geschlossenen Lehrgang abzuschließen.

A. K.



THW-Landesbeauftragter Trautvetter (links) in angeregter Diskussion mit Lehrgangsleiter Dewe (Mitte) und dem S3, Plate, (rechts).

Hauptsachgebietsleiter Helmut Kellner ausgezeichnet

Der zum THW-Landesverband Nordrhein-Westfalen versetzte langjährige Hauptsachgebietsleiter für den Einsatz im THW-Landesverband Hamburg, Helmut Kellner, wurde in einer Feierstunde verabschiedet. Vertreter der Behörden, Feuerwehr und KatS-Organisationen waren gekommen, um Kellner Dank für die geleistete Arbeit zu sagen. Für eine besondere Überraschung sorgte die Feuerwehr Hamburg, als der Chef der Berufsfeuerwehr, Oberbranddirektor Gebhardt, Kellner als Dank und Anerkennung für die reibungslose Zusammenarbeit das Deutsche Feuerwehr-Ehrenkreuz in Silber überreichte. Haupt-



Als erster THW-Mitarbeiter in Hamburg erhielt Hauptsachgebietsleiter Kellner (Bildmitte) das Deutsche Feuerwehr-Ehrenkreuz in Silber.

sachgebietsleiter Kellner ist damit der erste THW-Mitarbeiter aus Hamburg, der diese hohe Feuerwehrauszeichnung bekommen hat.

THW-Landesbeauftragter Trautvetter und THW-Bezirksbeauftragter Klock wünschten dem Scheidenden alles Gute für seine neue Arbeit in Düsseldorf und überreichten Abschiedsgeschenke der Mitarbeiter und ehrenamtlichen Führungskräfte des Landesverbandes. A. K.

Grundausbildung in „Lehrgangsform“ – ein neuer Weg?

Jeder Helfer, der sich beim THW verpflichtet, beginnt seinen Dienst mit der allgemeinen Grundausbildung im Katastrophenschutz – Richtlinie für die Grundausbildung sind die Musterausbildungspläne 201 Bergungsdienst und 301, 302 und 303 Instandsetzungsdienst. Die Abschlußprüfung eingeschlossen, benötigt der Helfer im Durchschnitt eine Ausbildungszeit von anderthalb Jahren. Sein Wissensstand wird in den verschiedenen Teilgebieten in vorgegebenen Zeitabständen überprüft.

Infolge der langen Zeitdauer der Ausbildung zeigen sich indessen häufig Schwierigkeiten, den zu Anfang der Ausbildungszeit erlernten Stoff in der Abschlußprüfung noch zu beherrschen. Es wurden bei den Abschlußprüfungen erhebliche Wissenslücken festgestellt, die zum Teil eine Wiederholung der Prüfung erforderlich werden ließen. Deshalb wurde nach neuen Wegen für eine zeitlich gestraffte Grundausbildung gesucht, etwa in Form eines „zentralen Lehrgangs“ am Standort.

Das wesentliche Argument für die Ausbildung in Lehrgangsform ist, daß sie das Interesse des neuen THW-Helfers weckt und ihm die Grundausbildung in kurzer Zeit vermitteln kann. Im Bereich des THW-Landesverbandes Hamburg wurde in den Jahren 1978 bis 1980 mit Zustimmung der Abteilung THW im Bundesamt für Zivilschutz (BZS) ein Modellversuch einer solchen Grundausbildung in Form eines halboffenen Lehrgangs durchgeführt, d. h. Unterrichtung während des

Tages ohne Unterbringung. Über die dabei gewonnenen Erfahrungen soll an dieser Stelle berichtet werden.

Zeitplan

Die erste zentrale THW-Grundausbildung in Lehrgangsform sollte unter Einbeziehung des Wochenendes innerhalb einer Woche durchgeführt werden, um die Kosten für die Erstattung des Arbeitsverdienstes niedrig zu halten. Die Lehrgänge begannen Freitag abends mit der Einweisung in die allgemeine zusätzliche Ausbildung. Daneben war eine Überprüfung der persönlichen Bekleidung und Ausstattung vorgesehen. Wo notwendig, wurden Ausstattungsgegenstände ergänzt und vervollständigt.

Für die anderen Teilgebiete standen sechs Tage mit jeweils neun Unterrichtsstunden zur Verfügung, die an zwei Tagen durch jeweils fünf Stunden Abendausbildung erweitert wurden. Zusammen 76 Stunden, die Abschlußprüfung und der technische Dienst eingeschlossen.

Die Teilnehmer wurden mit einem Bescheid wie zu einem normalen KatS-Lehrgang eingeladen. Bis auf sehr wenige Ausnahmen zeigten die Arbeitgeber Verständnis und stellten die Helfer frei. Bei der Lehrgangsplanung war zu berücksichtigen, daß unter den jungen THW-Helfern einige Auszubildende sind, für die in den Berufsschulen häufig Blockunterricht durchgeführt wird, der nicht versäumt werden sollte.

Stoffverteilung

Das Stoffangebot konnte komprimiert und um verschiedene Teilgebiete gekürzt werden. Das Teilgebiet 2 „Erste-Hilfe-Ausbildung“ wurde nicht angeboten; es war Voraussetzung für die Teilnahme am Lehrgang. Generell stellte es für die Helfer keine Schwierigkeit dar, die geforderten 16 Stunden Erste-Hilfe-Ausbildung bei den verschiedenen Sanitätsorganisationen zu erhalten. Das Teilgebiet 9 „Erdarbeiten“ wurde auf die Fachausbildung verlagert, ebenso verschiedene Themen über ABC- und konventionelle Kampfmittel. Der Unterricht über die ABC-Schutzmaske fand dagegen statt.

Bei der Erstellung der Ausbildungspläne wurde daran gedacht, daß theoretischer Unterricht und praktische Ausbildung in einem ausgewogenen Verhältnis zueinander stehen. Jedem Teilgebiet wurden eine oder zwei theoretische Unterrichtsstunden vorgeschaltet, bevor die praktische Ausbildung am Gerät und Objekt begann.

Ausbildungsort

Die Grundausbildung wurde am Dienstszitz des THW-Bezirksverbandes Hamburg-Mitte, der gleichzeitig Standort der Katastrophenschutz- und Landesfeuerweherschule der Freien und Hansestadt Hamburg ist, durchgeführt. Für die Durchführung des halboffenen Lehrgangs mußten folgende räumliche Möglichkeiten gegeben sein:

- ein Unterrichtsraum für 40 Personen
- ein bis zwei Umkleieräume
- ein Aufenthalts-Speiseraum
- eine Küche zum Warmhalten von Verpflegung
- ein Geschäftszimmer
- ein Übungsgelände.

All dies wurde in der Unterkunft des THW-Bezirksverbandes vorgefunden, und auch das Übungsgelände der Katastrophenschutzschule des Landes bot mit Übungsturm, Trümmergelände und mehreren alten Eisenbahnwaggons optimale Möglichkeiten für die praktische Ausbildung. Die Versorgung der Lehrgangsteilnehmer mit warmer Mittagsverpflegung wurde über die Katastrophenschutzschule des Landes abgewickelt.

Ausbildungspersonal

Am schwierigsten war bei der Projektierung des Grundausbildungslehrganges das Problem des Schulungspersonals zu lösen, denn ehrenamtliche Führungskräfte standen wegen beruflicher Verpflichtungen nur stundenweise zur Verfügung. Die Ausbilder, die jeweils eine Gruppe durch den Lehrgang begleiteten, sollten in der Lage sein, selbständig theoretische und praktische Ausbildung in allen Teilgebieten durchzuführen. Dazu war nötig, vor Beginn des Lehrgangs für die Ausbilder eine intensive fachliche Schulung über die Methodik der Ausbildung durchzuführen.

Für die Themen des Helferlehrgangs wurden in dieser „Vorschulung“ Handzettel erarbeitet, für die vorerst noch die Vordrucke der Bundeswehr Grundlage sind. Soweit vorhanden, wurden auch die Lehrprogramme des Bundesamtes für Zivilschutz erprobt und verwendet. Die Schulung hat sich als unumgänglich erwiesen und wesentlich zum Erfolg des Modellversuches beigetragen.

Eine Hilfe bei der Lehrgangsdurchführung war die Übernahme von mehreren Unterrichtsstunden durch Lehrpersonal der Katastrophenschutzschule in Hamburg.

Im einzelnen wurde folgendes Personal benötigt:

- ein Ausbildungsleiter (HSGL A)

– ein stv. Ausbildungsleiter (je ein Geschäftsführer im Wechsel)

– vier Ausbilder (ea. Führungskräfte oder KGW mit entsprechender Ausbildung)

– ein Verwaltungsleiter (GF)

– zwei Kraftfahrer und Gerätewarte.

Nur mit diesem Personal war es möglich, 40 Helfer in einem Lehrgang auszubilden.

Ausbildungsmaterial

Dia-Projektoren, Filmgerät und Overhead-Projektor wurden vom THW-Landesverband besorgt und konnten im Unterricht wirkungsvoll eingesetzt werden. Für jede Gruppe, max. zehn Helfer, stand für die praktische Ausbildung ein MKW (neu) und ein GKW (neu) zur Verfügung. Die Fahrzeuge wurden aus den THW-Bezirksverbänden zusammengezogen. Am MKW (alt) und GKW (alt) wurde für alle Helfer eine zusätzliche Einweisung durchgeführt. Materialien wie Holz, Rohre usw. wurden ebenfalls vom THW-Landesverband bereitgestellt.

An Dienstvorschriften, soweit vorhanden, brachten die Lehrgangsteilnehmer die KatS-DV 221/1, „Ausbildung des Bergungsdienstes“, und die KatS-DV 220, „Geräte und Hilfsmittel des Bergungsdienstes“, mit. Als weitere Ausbildungsunterlage wurde die „Fibel des Technischen Hilfswerks“ zum Erwerb angeboten. Fast alle Helfer legten sich die Fibel zu.

Zwischenprüfung/Prüfung

Die Prüfungen wurden nach den Richtlinien des Bundesamtes für Zivilschutz (Rundverfügung 68/77) durchgeführt. Zwischenprüfungen sollten nach Abschluß des jeweiligen Teilgebietes in Form von Testfragen und praktischen

Übungen Aufschluß über den Wissensstand geben.

Die Abschlußprüfung bestand aus einem theoretischen Prüfungsteil mit 40 Fragen und einer praktischen Prüfung. 75 Prozent der gestellten Aufgaben waren zu erfüllen. Die praktische Prüfung wurde als Stationsausbildung in folgenden Teilgebieten durchgeführt, in denen jeweils acht Aufgaben zu erfüllen waren:

– Teilgebiet 3: Aufgaben, Gliederung und Ausstattung des Bergungsdienstes

– Teilgebiet 4: Arbeiten mit Seilen und Drahtseilen

– Teilgebiet 6: Holzbearbeitung

– Teilgebiet 8: Gesteinsbearbeitung

– Teilgebiet 10: Bewegen von Lasten

– Teilgebiet 12: Ausleuchten von Einsatzstellen und Wegen

In den bisher durchgeführten Lehrgängen für insgesamt 110 THW-Helfer erreichten nur etwa zwei Prozent der Helfer das Lehrgangziel nicht. Sie mußten sich einer Nachprüfung unterziehen.

Als Höhepunkt des Lehrgangs zeigten die Helfer in einer kleinen Bergungsaufgabe aus dem Teilgebiet 10, „Bewegen von Lasten“, in Anwesenheit des THW-Landesbeauftragten für Hamburg und der THW-Bezirksbeauftragten, was sie in dieser verhältnismäßig kurzen Ausbildungszeit gelernt hatten. Die feierliche Überreichung der Helferausweise stellte den Abschluß der Grundausbildung dar.

Kosten

Der Kostenfaktor mußte natürlich bei der Planung und Durchführung dieser Lehrgangsform eine besondere Berücksichtigung finden. Da die Ausbildung am Standort durchzuführen ist, sind die anfallenden Kosten aus den Jahresbeträ-

gen der Einheiten zu tragen. Im wesentlichen fallen Haushaltsmittel an für:

– Verpflegung

– Fahrgeld

– Erstattung des fortgewährten Arbeitsverdienstes

– Ausbildungsmaterial

Die Erstattung von Verdienstaussfällen der Teilnehmer war erfahrungsgemäß der größte Anteil. Sie differiert jedoch von Lehrgang zu Lehrgang, da eine unterschiedliche Anzahl von Auszubildenden bzw. Berufstätigen an der Ausbildung teilnimmt. An Gesamtkosten bei 40 Lehrgangsteilnehmern je Lehrgang ergaben sich durchschnittlich 6000 bis 7000 DM, d. h. 150 bis 175 DM je Helfer, die von den entsprechenden THW-Bezirksverbänden getragen werden mußten.

Schlußbemerkung

Nach drei Lehrgängen der hier beschriebenen Art kann festgestellt werden, daß mit einer komprimierten Ausbildung und einer optimalen Nutzung des technischen Ausbildungsmaterials sowie mit dem Einsatz qualifizierter Ausbilder das Ausbildungsziel besser erreicht werden konnte als in der üblichen Ausbildungsweise in Einzelgruppen im THW-Bezirksverband.

Mitentscheidend für den Erfolg der Veranstaltungen war gewiß die Motivierung der Helfer zu Beginn ihrer „THW-Dienstzeit“, die den Ansporn gab, das Lehrgangziel erreichen zu wollen. Ein solcher Lehrgang läßt sich in einem Stadt-Staat wie Hamburg wegen der kürzeren Entfernungen sicher leichter durchführen. Das sollte jedoch nicht davon abhalten, eingehend zu prüfen, ob das Modell auf regionaler Basis auch in einem Flächenstaat, wenn auch modifiziert, zu übernehmen ist. A. K.

Niedersachsen



Elf Tonnen Hilfsgüter nach Italien: THW-OV Stade und Kutenholz übernehmen Transportfahrt

Ihr Einsatz wird in keiner offiziellen THW-Auslandsstatistik erfaßt werden und war zudem nach einigem Hin und Her erst durch das energische Eingreifen des Bundestagsabgeordneten Dr. Schwenk möglich. Trotzdem sind sie stolz darauf, dabeigewesen zu sein: Sieben Stader und zwei Kutenholzer THW-Helfer, unter der Leitung von THW-Zugführer Jürgen Fliegner, haben ihren Ur-

laub geopfert und auf jede finanzielle Entschädigung verzichtet, um einen humanitären Beitrag zur Linderung der Not im italienischen Erdbebengebiet zu leisten.

Wie kam es zum Einsatz?

Der nüchterne, nachdenklich stimmende Bericht des THW-Kreisbeauftragten für Stade, Knut Friese, schildert, wie es zum Italien-Einsatz seiner Helfer kam:

Ca. 300 italienische Mitbürger im Raum Stade – Buxtehude haben ihre Heimat im Erdbebengebiet der Provinz Salerno.

Das Schicksal der Verwandten und Freunde bewegte sie besonders, aber auch die Bevölkerung des Landkreises Stade verfolgte die Ereignisse in Italien mit Anteilnahme. Die eigene Not durch die schwere Sturmflut des Jahres 1976 war noch allen in Erinnerung.

So beschloß das Ausländerzentrum Stade auf Anregung seines Mitarbeiters Felice Conte und der Gattin des zuständigen Pastors Schomerus, sich aktiv um eine direkte Hilfeleistung zu kümmern. Die Heimatpresse veröffentlichte daraufhin am 30. November 1980 einen Spen-

denauf auf an die Bevölkerung des Landkreises Stade.

THW-Zugführer Manfred Behrens rief nach dem Hilfeaufruf seinen Ortsbeauftragten an und fragte, ob nicht das THW ein Fahrzeug für den Transport von Hilfsgütern stellen könne. Er würde in seinem Urlaub freiwillig und ohne Abfindungsanspruch den Lastwagen fahren.

Der Ortsbeauftragte hatte dann den THW-Landesverband um die Freigabe von zunächst zwei Fahrzeugen gebeten. Als zu erkennen war, daß die Sammelaktion ein besonders großes Echo in der Bevölkerung fand, wurde ein dritter Lkw beantragt und zwei Hänger eingepflanzt.

Die gespendeten Hilfsgüter wurden von Frau Schomerus und von Mitarbeitern des Ausländerzentrums sofort sortiert, verpackt und in italienischer Sprache beschriftet. Neben Mänteln, Decken, Unterbekleidung, Schuhen und Bettzeug gehörten Geschirr und 100 kg Kerzen für die Weihnachtsbeleuchtung zu den Spendengütern. Der Zustand aller Güter war neuwertig bis gut. Der Wert betrug mindestens 250000 DM.

Die Kosten des Einsatzes

Die Kosten des Einsatzes für drei Lastwagen und neun THW-Helfer wurden auf ca. 5000 bis 6000 DM geschätzt. Ein Spendenaufruf im „Stader Tageblatt“ sorgte für die Bereitstellung der Summe. Tatsächlich wurden für Kraftstoff- und Verpflegungskosten nur ca. 3900 DM ausgegeben.

Schwierigkeiten bei der Vorbereitung

Das Zollamt, die Stadt Stade, der Landkreis, der THW-Landesverband und das Bundesamt für Zivilschutz halfen schnell und unbürokratisch bei der Vorbereitung des Einsatzes. Auch die THW-Ortsbeauftragten in Stelle und Osterholz stellten sofort ihre Lastkraftwagen zur Verfügung. Die THW-Geschäftsführerstelle und die Zentralwerkstatt des Regierungspräsidenten halfen bei der Vorbereitung der Fahrzeuge für die lange Fahrt.

Auf wenig Verständnis stieß bei der Helferschaft des THW-OV Stade die restriktive Haltung des Bundesministeriums des Innern gegenüber dieser regionalen Hilfsaktion, die erst durch den persönlichen Einsatz von Bundestagsabgeordneten Dr. Schwenk gelockert wurde.

Auf der Fahrt

Durch die guten Straßenverhältnisse auf den deutschen Autobahnen näherte sich die Kolonne reibungslos ihrem Ziel. Lediglich die Fahrt durch die Kasseler Berge wurde ein „rutschiges Erlebnis“. Die Autobahnen in Italien waren in einem



Durch das Beben zerstörte Häuser am Berghang der Stadt Laviano.



14 Tage nach dem Beben wurden unter diesen Trümmern noch drei ältere Männer unversehrt aus dem Keller geborgen.



Mit Baggern, Radlader und Planierraupen beginnen französische Pioniereinheiten mit den Räumungsarbeiten an freigegebenen Stellen.

besonders guten Zustand, berichteten alle Fahrer.

Die Fahrzeuge wiesen keine Mängel auf. Auch bei schlechten Straßenverhältnissen bewährten sich die hoch gebauten Fahrzeuge gut.

Die Fahrer wechselten sich alle zwei Stunden ab. In Italien wurden keine Ruhepausen eingelegt, weil THW-Einsatzleiter Fliegner befürchtete, daß die Ladung oder gar die Fahrzeuge gestohlen werden könnten.

Da der Italiener Felice Conte zur Mannschaft gehörte, gab es in Italien keine Probleme mit den Behörden. Auch alle Einsatzorte wurden sicher angefahren.

Verpflegung und Unterbringung

Zur Ausrüstung des Verbandes gehörten eine Kiste mit Getränken und Fertiggerichten, ein Wasserbehälter und ein Kocher. So konnten sich die THW-Helfer unterwegs auf den Autobahnen gut verpflegen. In Rosenheim erhielten die Helfer auf der Hin- und Rückreise eine vor-

zügliche Verpflegung. Auch die Unterbringung war gut.

Im Katastrophengebiet übernachteten die THW-Helfer zweimal in dem nur leicht beschädigten Eigenheim von Felice Conte in der Ortschaft Battipaglia. In der Nacht wurden mehrere Gläser übereinander gestellt, um bei einem erneuten Erdstoß sofort gewarnt zu werden. Die Mieter von Felice Conte verpflegten alle Helfer mit ihrer echt italienischen Küche.

Bescheinigungen

Damit es beim Zoll an den Grenzen keine Schwierigkeiten gab, wurden alle drei Fahrzeuge nach dem T-2-Verfahren in die Stade abgefertigt.

In Rosenheim lagen Papiere des Italienischen Generalkonsulats in München vor, die es ermöglichten, an allen Grenzstellen sofort abgefertigt zu werden. Autobahngebühren brauchten nicht gezahlt zu werden. Am Brenner erhielt der Verband eine Bescheinigung des italienischen Innenministeriums, daß die Behörden alle erforderliche Hilfe leisten sollten.

Verteilung der Hilfsgüter

Nachdem die örtliche Einsatzleitung des THW in Neapel erklärt hatte, daß die Hilfssendungen nirgends angenommen würde, fuhren die Kameraden sofort weiter, um die Gewißheit zu haben, daß die Fahrt nicht umsonst war. Tatsächlich lagen an manchen Stellen ganze Berge von Hilfsgütern herum, die durch die Witterungseinflüsse bereits unbrauchbar geworden waren. In der zu 20 Prozent zerstörten Ortschaft Contursi aber war man bereit, eine Lkw-Ladung abzunehmen. Eine Umfrage in den umliegenden Ortschaften durch den Bürgermeister ergab, daß in dem zwölf Kilometer entfernten Balva noch dringend Hilfsgüter benötigt wurden. Tatsächlich kamen dort die Einwohner sofort, um die Waren in Empfang zu nehmen. Eine Restmenge wurde am Abend in Battipaglia verteilt. In der am Rande des Erdbebengebietes liegenden Ortschaft lebten viele obdachlos gewordene Bürger bei ihren Verwandten.

Insgesamt waren die THW-Helfer mit dem Erfolg ihrer Aktion sehr zufrieden, zumal es ihnen gelungen war, die Hilfsgüter direkt abzuliefern. Nach 37 Stunden ununterbrochener Arbeit konnte mit gutem Gewissen eine Erholungspause eingelegt werden.

Organisation im Erdbebengebiet

In dem gesamten Erdbebengebiet herrschte noch zwei Wochen nach Eintritt der Katastrophe das totale Chaos.

Jede Organisation arbeitete für sich, viele Hilfsgüter standen ungenutzt herum und niemand wußte, welche Maßnahmen die Regierung plante. Einsatzstäbe, wie bei uns, existierten nicht. Neben der Feuerwehr gibt es auch keine Zivilschutzeinheiten.

Die in den ersten Tagen eingesetzten, meist privaten Rettungseinheiten aus ganz Europa, konnten nur sehr bedingt helfen, weil jeder ganz von vorne mit der Arbeit beginnen mußte. So wurden manche Trümmerkegel mehrere Male hintereinander gründlich nach Überlebenden durchsucht, andere dafür gar nicht. Auf die Idee, geräumte Trümmer zu kennzeichnen, kam niemand.

Das ganze Ausmaß der Zerstörung zeigte sich in der völlig verwüsteten Ortschaft Laviano. Die THW-Führungskräfte Fliegner und Behrens sahen das erste Mal in ihrem Leben, was es bedeutet, in einem großen Trümmergelände einen

Einsatz durchführen zu müssen. Nur gutes Gerät, geländegängige Fahrzeuge und eine ausgebildete Mannschaft können hier zum Erfolg führen. Dem Gebiet „Bergung aus Trümmern“ muß bei uns in Zukunft ein viel größeres Gewicht beigemessen werden.

Einsatzmöglichkeiten des THW in den ersten Tagen

Jeder Helfer fragte sich, warum das THW nicht in den ersten Tagen eingesetzt wurde. Die THW-Bergungseinheiten hätten helfen können, noch mehr Menschen zu retten.

Da es in Zukunft sicher ähnliche Katastrophen geben wird, wäre es angebracht, wenn das THW einige Alarmzüge aufstellen würde, die dann innerhalb kürzester Zeit in ein Einsatzgebiet geflogen werden könnten. Die THW-OV Buxtehude, Kutenholz und Stade wären be-

reit, Erprobungen für eine solche Einheit durchzuführen.

Fehlendes Gerät beim THW

Es haben sich im Erdbebengebiet bei der Suche nach Verschütteten Hunde und Ortungsgeräte bewährt. Warum gibt es solche Ortungsgeräte noch nicht bei den THW-Bergungszügen, fragten sich die Helfer, nachdem man ihnen die einfache Bedienung demonstriert hatte.

Urteil der THW-Helfer

Alle beteiligten THW-Helfer würden sofort wieder bei einer solchen Hilfsaktion mitwirken, weil die gespendeten Güter tatsächlich bei den bedürftigen Menschen angekommen sind. Die Fahrt war für alle ein unvergeßliches Erlebnis.

Durch den Erfolg fühlen sich die Helfer in ihrem spontanen Entschluß zur humanitären Hilfeleistung nachhaltig bestätigt.

K. F.

Berlin



THW-Helfer bauten Kiosk

Der THW-Bezirksverband Steglitz half einem gehbehinderten und zudem nicht versicherten Kiosk-Besitzer, dem nach einer Brandstiftung sein im Landhausstil erbauter Kiosk abbrannte.

THW-Zugführer Manfred Schmidt hörte vom Unglück des 69jährigen Zeitungshändlers, und seine Idee, dem Mann beim Aufbau einer neuen Existenz zu helfen, wurde mit sieben THW-Helfern in die Tat umgesetzt. In wenigen Stunden war das „Hexenhaus“, wie der Kiosk von der Kundschaft genannt wird, winterfest. Die Inneneinrichtung werden die THW-Helfer in einem weiteren Einsatz wieder instandsetzen.

Über Mangel an Hilfe kann sich der Kiosk-Besitzer nicht beklagen, denn schon wenige Tage nach dem Feuer stellte eine Baugeräte-Firma einen Verkaufs-Container auf, mit dem er sein Geschäft aufrechterhalten konnte.

THW-Landesausscheidung in Berlin

Bevor im Mai dieses Jahres der THW-Bundesleistungswettkampf 1981 stattfindet, wurde jetzt in Berlin die THW-Landesausscheidung im Bergungsdienst durchgeführt.

Drei Mannschaften durchliefen die Wettkampfbahn. In der Theorie waren Fragen



Die Siegergruppe der THW-Landesausscheidung Berlin beim Ablassen eines „Verletzten“ aus Höhen.



In wenigen Stunden war der durch Brand schwer beschädigte Kiosk winterfest gemacht.

des Prüfungskatalogs zu beantworten, der Kraftfahrer mußte einen Führerschein-Fragebogen ausfüllen. Die nach dem Wettbewerb vorgenommene Auswertung brachte eine Überraschung: Nicht die Gruppe mit dem „besten Eindruck“ hatte die wenigsten Fehlerpunkte, sondern es siegte wieder einmal die Bergungsgruppe des Bergungszuges 11 aus dem THW-Bezirksverband Tiergarten/Wedding. Es ist zu hoffen, daß diese Gruppe ihre Siegesserie aus den Wettkämpfen mit dem THW-Bezirksverband Hamburg-Mitte auch beim THW-Bundesleistungswettkampf 1981 fortsetzen kann.

Die GW-Gruppe des Instandsetzungszuges 41 des THW-BV Steglitz und die Jugendgruppe des THW-BV Kreuzberg/Neukölln werden Berlin in den anderen Disziplinen vertreten.

Jw. P.



THW-Landesbeauftragter Brühl überreichte den Siegerpokal an den Gruppenführer der Bergungsgruppe des THW-BV Tiergarten/Wedding.

Norbert Wagner neuer THW-Bezirksbeauftragter in Berlin

Mit Wirkung vom 1. Januar 1981 ernannte THW-Direktor Ahrens Norbert Wagner zum Bezirksbeauftragten für die THW-Bezirksverbände Schöneberg und Tempelhof. Wagner, der zwar drei Söhne im THW hat, selber aber erst seit kurzer Zeit mitarbeitet, kennt von seinen Söhnen die Probleme des THW und bringt als Realschullehrer eine gute Voraussetzung mit, den jungen Helferbestand richtig zu führen.

THW-Landesbeauftragter Brühl begrüßte im Rahmen einer Helferversammlung neben dem Bezirksbürgermeister für Tempelhof, Jaroch, auch Gäste der Polizei, Feuerwehr und dem DRK. Brühl ging in seiner Rede auf die umfangreichen Aufgaben eines THW-Bezirksbe-



THW-Landesbeauftragter Brühl (rechts) wünscht dem neuen THW-Bezirksbeauftragten Wagner Glück und Erfolg für sein verantwortungsvolles Amt.

auftragten ein und rief den öffentlichen Arbeitgebern in Erinnerung, die Arbeit der Hilfsorganisationen erleichtern zu können, indem sie der freiwilligen und ehrenamtlichen Mitarbeit ihrer Beschäftigten größere Beachtung schenken. Anschließend hob der Landesbeauftragte den Einsatz des stv. Bezirksbeauftragten Klaus Wardin hervor, durch den der Bezirksverband während der langen Vakanz zusammengehalten worden sei. Bei einem gemütlichen Beisammensein wurden noch viele Gespräche geführt und Erfahrungen ausgetauscht. Die Bezirksbeauftragten der anderen Berliner THW-Bezirksverbände hatten hier Gelegenheit, den neuen Kollegen näher kennenzulernen. B. B.

Drei Tonnen schweren Altar transportiert

Ein Kirchenanbau des Peter-Faber-Kollegs in Berlin-Kladow mußte abgerissen werden, da dieser Platz für den Neubau eines Altersheimes benötigt wurde. Die

Kirchengemeinde Kladow bat das THW um Hilfe für den vorherigen Abtransport des Kirchengestühls und des wertvollen Altarsteins, der von dem Berliner Bildhauer Prof. Brandenburg aus einem Stück Muschelkalk gearbeitet wurde und drei Tonnen wiegt. Eine Bergungsgruppe des THW-BV Spandau unter Leitung von Gruppenführer Schulz übernahm diese Aufgabe.

Nachdem der Altar mit Öldruckhebern angehoben und auf Dielen gesetzt worden war, wurde er mit Rollen über eine schiefe Ebene durch die Kirche ins Freie transportiert. Die anschließende Verladung mit dem THW-Kran war Routine.

Demnächst werden auch die Bleiglasfenster der Kirche geborgen. Dafür sind



Auch einige THW-Junghelfer durften bei den Vorbereitungen für das Anheben des Altars und den Transport durch den Kirchenraum mithelfen.

die Beratungen mit der Einbaufirma und die organisatorischen Vorbereitungen bereits abgeschlossen worden. G. B.

Weihnachtsschmuck für Steglitz

31 THW-Helfer des Bezirksverbandes Steglitz, ausgerüstet mit sieben Fahrzeugen, zwei Hubsteigern des Brückenbauamtes, vielen Leitern und mehreren Kilometern „Strippe“ sowie 3500 Glühbirnen, montierten vor Weihnachten eine ganze Nacht lang in der Schloßstraße in Steglitz einen Weihnachtsschmuck an 32 Laternen. Die „Bäume“, etwa vier

Meter hohe Aluminium-Gerüste mit Fassungen und Verstrebungen, waren in 748 Arbeitsstunden in den Werkstatträumen des THW-BV Steglitz entstanden. Als am frühen Morgen alle Lichterbäume standen, erfolgte eine Probebeleuchtung. Die Schloßstraße erstrahlte auf mehr als einem Kilometer Länge in weihnachtlichem Licht. M. G.

An 32 Laternen montierten die THW-Helfer leuchtende Weihnachtsbäume mit rund 3500 Glühlampen.

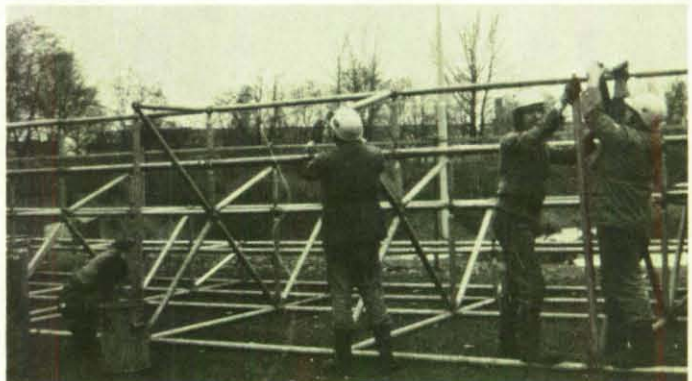


THW-BV Steglitz baute Zuschauertribünen

Seit Jahren gibt es eine enge Zusammenarbeit zwischen dem THW und den Sportveranstaltern in Berlin. Die THW-Helfer bauten so z. B. bei Autorennen auf der Avus die Leitplanken auf und um. Anfang Februar 1981 galt es nun für das Internationale Eis-Speedway-Rennen Tribünen für über 500 Zuschauer im Eis-

stadion Wilmersdorf zu montieren. Bei Temperaturen um null Grad schraubten die THW-Helfer des Bezirksverbandes Steglitz ein über fünf Meter hohes Stahlrohrgerüst zusammen, das von der britischen Armee ausgeliehen worden war. 24 THW-Helfer brauchten etwa zwölf Stunden für die Montage. M. G.

Die Helfer des THW-BV Steglitz bauten in zwölf Stunden Zuschauertribünen für die Besucher des Eis-Speedway-Rennens.





THW gegen Schnee

Nach den ersten starken Schneefällen in Nordrhein-Westfalen am Montag, dem 12. Januar 1981, wurden auf Anforderung des Wuppertaler Amtes für Katastrophenschutz 54 THW-Helfer mit sechs Gerätekraftwagen in der bergischen Metropole eingesetzt. Schwerpunkt der THW-Arbeit: Freischleppen von Linien-Bussen und Lastkraftwagen. In 45 Einsätzen wurden 130 Lastkraftwagen und fast 30 Busse freigeschleppt. Die THW-Fahrzeuge vom Typ Magirus 130 bewährten sich wie schon in den schneereichen Vorjahren. Mit Schneeketten ausgerüstet, schleppten sie Lastkraftwagen bis zu einem Gesamtgewicht von 40 Tonnen frei.

Blick über den Zaun

Gemeinsam mit einer Gruppe Reserveoffiziere der Bundeswehr aus dem Raum Düsseldorf besuchten THW-Landesbeauftragter Dipl.-Ing. Drogies und

Hauptsachgebietsleiter Kellner das Nachbarland Holland, um sich mit der Organisation des dortigen Zivilschutzes und der zivil-militärischen Zusammenarbeit vertraut zu machen.

Der Provincial-Commandant der Bescherming Bevolking der Provinz Limburg, Jans, begrüßte die Gäste in der Befehlsstelle in Maastricht und referierte über die Gliederung des Zivilschutzes in den Niederlanden. Eine Information über die Organisation der zivilen und militärischen Verteidigung gab der Standortkommandant von Maastricht, Oberstleutnant Essers. Anschließend wurden Ausstattung und Fahrzeuge des niederländischen Zivilschutzes in Gulpen besichtigt.

Die Leiter der Bescherming Bevolking in der Provinz Limburg-Süd, Oberstleutnant Korn und Oberstleutnant Jongen, standen für Fragen zur Verfügung. Sie gaben einen umfassenden Einblick in Organisation, Ausstattung und Ausbildung der einzelnen Fachdienste. Die beiden Herren waren allerdings keine Unbekannten mehr, denn freundschaftli-

che Beziehungen zum THW – insbesondere nach Aachen, aber auch zur Katastrophenschutzschule in Ahrweiler – bestehen schon viele Jahre.

So hatten zum Beispiel sofort nach dem Erdbebeneinsatz in Algerien THW-Geschäftsführer Escherich und Hauptsachgebietsleiter Kellner in drei Abendveranstaltungen vor verschiedenen Zuhörerkreisen in Holland Dia-Vorträge über den Einsatz gehalten und lebhaft Diskussionen mit den niederländischen „Zivilschützern“ geführt. H. K.

Nachruf

Der THW-OV Oberhausen trauert um seinen Kameraden

Hubert Buchmann

der am 5. Februar 1981 nach schwerer Krankheit verstarb. Er gehörte dem Ortsverband seit 1972 an.

Wir werden ihn nicht vergessen.

Rheinland-Pfalz



Gerhard Schmidt im Ruhestand

Der Sachgebietsleiter für Öffentlichkeitsarbeit beim THW-Landesverband Rheinland-Pfalz, Gerhard Schmidt, trat am 1. Januar 1981 in den Ruhestand.

In einer Feierstunde wurde Schmidt verabschiedet. THW-Landesbeauftragter Dr.-Ing. Dölbor sprach dem Scheidenden Worte des Dankes und der Anerkennung für seine 16jährige pflichtbewußte und aufopferungsvolle Arbeit aus und überreichte ihm die Dankesurkunde des Präsidenten des Bundesamtes für Zivilschutz. Für sein weit über die beruflichen Pflichten hinausgehendes Engagement wurde Schmidt außerdem mit der THW-Ehrenplakette ausgezeichnet.

Schmidt war von 1964 bis 1974 beim Bundesamt für Zivilschutz beschäftigt. Im Oktober 1974 ging er dann als Hauptsachgebietsleiter für Öffentlichkeitsarbeit zum THW-Landesverband Rheinland-Pfalz. Bereits im Jahre 1979

war Schmidt für seinen hervorragenden Einsatz mit dem THW-Helferzeichen in Gold geehrt worden.

Aufräumarbeiten nach Großbrand

Am 10. Januar 1981, gegen 0.30 Uhr, bat der Leiter der Berufsfeuerwehr Trier den THW-Geschäftsführer des Bereichs Trier um Hilfe bei den Aufräumarbeiten und Sicherungsarbeiten nach einem Großbrand zweier Wohnhäuser. Laut Absprache sollte der Einsatz um 8.00 Uhr beginnen.

Um 5.00 Uhr alarmierte Geschäftsführer Faß die THW-Führungskräfte. Da der Umfang des Einsatzes unklar war, wurde zuerst die Schadensstelle erkundet. Zwischenzeitlich wurden die THW-Helfer benachrichtigt. Die Erkundung gab einen Überblick über die notwendigen Hilfsmaßnahmen, benötigte Helferzahl sowie das erforderliche Material.

Folgende Arbeiten waren durchzuführen: Abräumen der zerstörten Dachkonstruktion und Abdecken mit Planen und Holz gegen das Eindringen von Nässe.

Mit zwei GKW, einem MKW sowie der TEL rückten die THW-Helfer zum Einsatzort aus. Während sie mit den Aufräumarbeiten begannen, bemühte sich THW-Ortsbeauftragter Gleixner um die Beschaffung des benötigten Abdeckmaterials.

Mit zwei Motorsägen und Einreißhaken wurden die Reste des Daches beseitigt. Das Abdeckmaterial wurde mit Hilfe eines Leiteraufzuges auf das Dach transportiert. Trotz des schlechten Wetters ging die Arbeit zügig voran. Gegen 16.00 Uhr mußte noch eine Beleuchtung aufgestellt werden. Um 18.00 Uhr war das Notwendigste erledigt.

Der Vertreter der Wohnungsbaugesellschaft bedankte sich beim THW für die prompte und gute Arbeit. F.

Im Wettlauf gegen die Zeit

Beim Spielen an der Hochwasser führenden Wetter stürzte ein achtjähriger Junge ins Wasser. Spielkameraden alarmierten ihre Eltern, die wiederum die zuständige Rettungsstation. Die Soforthilfe der Kinder und ihrer Eltern scheiterte am Hochwasser.

Gegen 17.00 Uhr starteten 200 Einsatzkräfte die bisher größte Suchaktion im Bereich Lich. Eine Einsatzleitung unter der Führung von Kreisbrandinspektor Otto Schaaf, je einem Vertreter von Polizei, DRK, DLRG und THW koordinierte die Rettungsmaßnahmen. Im einzelnen wurden von der Feuerwehr Behelfsrechen mit Hilfe von Leitern errichtet, DLRG und THW suchten mit Booten die Uferböschungen ab, Taucher der DLRG versuchten, trotz hoher Stromgeschwindigkeit und starker Trübung des Wassers, kritische Flußstellen punktuell abzusuchen, DRK-Kräfte aus Lich versorgten die Einsatzkräfte mit Verpflegung.

Die Suchaktion wurde auch nach Einbruch der Dunkelheit unter Einsatz verschiedener Fluchtgeräte fortgesetzt, mußte aber gegen 23.00 Uhr wegen Gefährdung der Helfer ergebnislos abgebrochen werden.

Bürgermeister Konrad Hannes und Verantwortliche der Stadtverwaltung verfolgten die Suchmaßnahmen vor Ort. Trotz intensiver Bemühungen aller Kräfte, auch am folgenden Tag, konnte die Einsatzleitung keinen Erfolg melden. Schr.

Ein Mann der ersten Stunde

Als vor einigen Wochen die Führung des THW-OV Oberursel wechselte, wurde ein Mann verabschiedet, der wohl zu den Aktivsten im THW zählt.

Wilhelm Beringer, THW-Kreis- und Ortsbeauftragter, trat nach über 25jährigem Wirken von seinen Ehrenämtern zurück. In einer Feierstunde würdigten Bürgermeister Rudolf Harders und stv. Stadtverordnetenvorsteher Wolfgang Troll das Wirken des seit mehr als 60 Jahren im Zivil- und Katastrophenschutz tätigen Beringers.

Eine besondere Ehrung wurde Beringer durch den Vizepräsidenten des BZS und THW-Direktor, Dipl.-Ing. Hermann Ahrens, mit der Aushändigung des vom Bundesinnenminister verliehenen THW-Ehrenzeichen in Gold, die höchste Auszeichnung der Organisation, zuteil. Ahrens: „Wilhelm Beringer gehört zu

den ältesten und verdienstvollsten Führungskräften im THW.“ Schon in den Jahren von 1920 bis 1945 war Beringer in der Technischen Nothilfe als Ausbilder und Zugführer tätig.

Nach dem Kriege gehörte er zu den Männern der ersten Stunde, die in der Gründungszeit des THW wertvolle Aufbauarbeit geleistet haben. Dabei konnte Beringer nicht nur Erfahrungen aus seiner Tätigkeit in der Technischen Nothilfe einbringen, sondern auch auf eine fundierte Ausbildung und langjährige Praxis als Maschinenbau-Ingenieur zurückgreifen. Beringer, im Jahre 1902 in Frankfurt am Main geboren, hatte nach einer praktischen Fachausbildung im Maschinenbau zunächst sechs Semester an einer Fach- und Hochschule studiert, bevor er in der Industrie und anschließend bei den Stadtwerken in Frankfurt seine berufliche Laufbahn begann.

In der langen Zeit von 1937 bis 1967 war Beringer als Oberingenieur und Technischer Leiter für die Trinkwasserversorgung sowie das Feuerlösch- und Fernmeldewesen der Stadt Oberursel zuständig. Unterbrochen wurde diese Tätigkeit in den Jahren 1939 bis 1943 durch seinen Fronteinsatz, aus dem er verwundet zurückkehrte. Bis Kriegsende war Beringer als Oberingenieur bei den Luftfahrtwerken in Frankfurt am Main, Metz und Boltenhain dienstverpflichtet.

Seine vielfältigen beruflichen Aufgaben weisen ihn als Mann von großer fachlicher Qualifikation und Erfahrung aus. Seine Fähigkeiten hat Beringer stets in selbstlosem Einsatz in den Dienst der Allgemeinheit gestellt. Im Jahre 1953 trat er, bereits über 50 Jahre alt, in das THW ein und trug als Ausbildungsleiter und seit 1956 als Ortsbeauftragter wesentlich zum Aufbau der THW-OV Oberursel und Bad Homburg bei.

Viele Gäste kamen zur Verabschiedung des THW-Orts- und Kreisbeauftragten Beringer (von links): THW-OB Mautz, THW-Direktor Ahrens, Wilhelm Beringer, Kreisbeigeordneter Adler, Bürgermeister Harders, dahinter THW-Landesbeauftragter Lossen und THW-Bundes- und Landessprecher Merck.



Der gute Ausbildungsstand der THW-Helfer ist im wesentlichen Beringer als Ausbildungsleiter zu verdanken. Dies gilt ganz besonders für den Instandsetzungsdienst, dessen hessische Keimzelle Oberursel ist.

In ständigem Bemühen setzte er sich auch für eine angemessene Unterkunft seines Ortsverbandes ein.

Zu seinen bisherigen Tätigkeiten im Dienste des THW übernahm Beringer im Jahre 1971 auch das Ehrenamt des THW-Kreisbeauftragten für den Hochtaunuskreis.

Nach seiner langen und überaus engagierten Mitarbeit im THW kann Wilhelm Beringer heute mit Stolz auf das Erreichte zurückblicken. Seine Verdienste um das THW drücken sich auch in den ihm verliehenen Auszeichnungen aus. Bereits im Jahre 1957 erhielt er das THW-Helferzeichen in Gold. Es folgte das THW-Helferzeichen in Gold mit Kranz. Und 1978 wurde ihm das THW-Ehrenzeichen in Silber verliehen. Auch würdigte der Deutsche Verband für Schweißtechnik e. V. die langjährige Tätigkeit Beringers als Vorsitzender des Prüfungsausschusses durch die Verleihung der goldenen Ehrennadel. Seine Heimatstadt ehrte ihn mit der Ehrenmedaille. Der Bundespräsident würdigte die umfassenden Verdienste des Scheidenden mit der Verleihung des Bundesverdienstordens.

Wenn Wilhelm Beringer nunmehr das THW-Ehrenzeichen in Gold verliehen wird, so soll dadurch vor allem ein Mann geehrt werden, der in jeder Hinsicht ein herausragendes Beispiel an Engagement und Tatkraft darstellt und der sich um das THW in außerordentlichem Maße verdient gemacht hat.“

THW-Landesbeauftragter Dipl.-Ing. Lossen bedankte sich bei Beringer für die jahrzehntelange gute Zusammenarbeit und überreichte ihm die Entlassungsurkunde. Als Nachfolger im Amt des Ortsbeauftragten wurde Rechtsanwalt Wolfgang Mautz die Beauftragungsurkunde ausgehändigt. Grüße überbrachten auch die Kreisbeigeordnete Waltraud Adler im Namen des Landrates und THW-Bundes- und Landessprechers Peter Merck.

Mit den Worten „Ich habe meine Pflicht getan“ und mit dem Hinweis, daß ohne die ehrenamtlichen Helfer seines Ortsverbandes seine Arbeit keinesfalls so erfolgreich verlaufen wäre, bedankte sich Beringer für die ihm zuteil gewordenen Ehrungen. Ln

THW-Direktor Ahrens besuchte THW-LV Hessen

Am 23. Januar 1981 besuchte THW-Direktor Dipl.-Ing. Ahrens den THW-Landesverband Hessen und informierte sich über die aktuelle Situation. Gemeinsam mit THW-Landesbeauftragtem Dipl.-Ing. Lossen besichtigte er am frühen Nachmittag den Bauplatz für die gemeinsame Unterkunft der THW-OV Oberursel und Bad Homburg in Bad Homburg. Anschließend fand im Rathaus von Oberursel die Verabschiedung des THW-Kreis- und Ortsbeauftragten Wilhelm Beringer statt, der nach 25jährigem aktiven Wirken aus dem Ehrenamt ausschied.

Im THW-OV Gießen begrüßte der neue THW-Ortsbeauftragte Bernd Helm den THW-Direktor. In einem Informationsgespräch mit den Führungskräften des Ortsverbandes über die derzeitige Situation des THW in Gießen konnte sich Ahrens über die Probleme an der Basis informieren und mit seinen Ausführungen einige in Frage stehende Punkte abklären.

Nach einer kurzen Besichtigung der im Rohbau befindlichen Unterkunft des



THW-Direktor Ahrens besuchte auch den THW-OV Grünberg (von links): 1. Kreisbeigeordneter Herzog, THW-Bundes- und Landessprecher Merck, THW-OB Nickel, Direktor Ahrens, Erich Plötner, Bürgermeister Damaschke, THW-Landesbeauftragter Dipl.-Ing. Lossen und Geschäftsführer Hoffmann.

THW-OV Grünberg zeichnete Ahrens im Rathaus von Grünberg in Anwesenheit von Vertretern der Stadt den in den Ruhestand tretenden THW-Ortsbeauftragten Erich Plötner mit dem THW-Ehrenzeichen in Silber aus.

Für seine langjährige und tatkräftige Unterstützung des THW-OV Grünberg erhielt der 1. Kreisbeigeordnete und ehemalige Bürgermeister von Grünberg, Gerulf Herzog, die THW-Ehrenplakette überreicht. Als Nachfolger im Amt des THW-Ortsbeauftragten für Grünberg wurde Helmut Nickel eingeführt.

Peter Merck, THW-Bundes- und Landessprecher, bedankte sich im Namen der Helferschaft bei Beringer und Plötner für die jahrzehntelange Arbeit und wünschte den Nachfolgern einen guten Start für ihr nicht immer leichtes Ehrenamt. J. H.

Neuer Fahrzeugpark für THW-OV Hofheim

Der THW-OV Hofheim hat nun seinen Fahrzeugpark vollständig erneuert. Nach 21 Jahren sind alle „Gründungsfahrzeuge“, die nicht mehr dem neuesten Stand der Technik entsprachen, ausgetauscht worden. „Hochoffiziell“ wurden die letzten vier Fahrzeuge übergeben. Dabei handelt es sich um drei Fahrzeuge für den Bergungszug (zwei Mannschafts- und ein Gerätekraftwagen) sowie um einen Wagen für den Instandsetzungstrupp Abwasser/Öl. Der jetzt komplettierte Wagenpark mit zehn Fahrzeugen hat einen Wert von rund einer Million Mark. Der THW-Ortsverband zählt derzeit 85 aktive Helfer, mit denen der Katastrophenschutz dank der guten Zusammenarbeit mit den anderen Hilfsorganisationen in Hofheim gewährleistet ist.

Von Landrat Dr. Bernhard Löwenberg erhielt das THW außerdem eine komplette Feldküche zur Verfügung gestellt, mit der die THW-Köche in der Lage sind, rund 1000 Personen zu verpflegen.

Bei der Übergabe der Fahrzeuge auf dem Kellereiplatz war die gesamte THW-Mannschaft vor der Unterkunft, dem alten Hofheimer Schloß, angetreten. THW-Ortsbeauftragter Horst Stiehl begrüßte die zahlreichen Gäste, unter ihnen Landrat Dr. Löwenberg und Kreisstadtsvorsitzender Dr. Großmann, Bürgermeister Flaccus, Stadtrat Felix, stv. THW-Landesbeauftragter Franz und der THW-Geschäftsführer des Bereichs Frankfurt, van Hazebrück.

Stiehl führte in seiner Ansprache besonders die Schwierigkeiten der Unterbringung im alten Schloß an, gerade was



Kreistagsvorsitzender Dr. Großmann, stv. THW-Landesbeauftragter Franz, Landrat Dr. Löwenberg, Bürgermeister Flaccus, THW-Ortsbeauftragter Stiehl und die THW-Zugführer Brendel und Odendahl (v. r. n. l.) vor dem teuersten und bestausgestatteten Einsatzfahrzeug, dem Gerätekraftwagen.

die Fahrzeuge betrifft. Auch den neuen Aufgaben des THW würde man hier nicht mehr gerecht. Landrat Dr. Löwenberg hob besonders die gute Zusammenarbeit zwischen den Hilfsorganisationen hervor und dankte dem Ortsverband für seine Leistungen beim THW-Ausscheidungswettkampf der hessischen Instandsetzungszüge.

Hierbei wurde der THW-OV Hofheim Sieger und wird im Mai in Hamburg somit beim THW-Bundesleistungswettkampf vertreten sein. Die Glückwünsche des THW-Landesverbandes überbrachte Dietrich Franz, der den Ortsverband als einen der aktivsten in seinem Bereich herausstellte. Auch versprach er, sich bei den zuständigen Bundesstellen für die Beseitigung der Unterkunftsmängel und für eine ausreichende Ausstattung einzusetzen.

Bürgermeister Flaccus gab seiner Freude darüber Ausdruck, daß der THW-Kreisbeauftragte seinen Sitz in Hofheim habe und versprach, auch weiterhin das Gelände für den Neubau einer THW-Unterkunft bereitzuhalten. R. D.

Atemschutzausbildung für THW-Helfer

An einem Samstag veranstaltete der THW-OV Bad Homburg für seine Helfer unter der Leitung von THW-Zugführer Wolfgang Reuber und THW-Zugtruppführer Rolf Grimm eine Atemschutzausbildung in der Grundschule Friedrichsdorf/Seulberg. Die Ausbildung umfaßte die Schwerpunktthemen Maskenkunde einschließlich Gewöhnungstraining, Preßluftatmer-Gerätekunde sowie den Umgang mit ABC-Meß- und Spürgeräten und ABC-Schutzanzügen. Ferner wurde das Aufspüren von Strahlenspuren und die wichtige Maskenpflege geübt.

Der THW-Bergungsdienst verfügt bereits über eine Anzahl von Preßluftatmern,

um in Katastrophenfällen, in denen die Luft durch gefährliche Schadstoffe ver-
seucht ist, Menschen und Tiere retten
zu können. Darüber hinaus sind alle
Helfer des THW-Bergungsdienstes und
der angegliederten Teileinheiten mit ei-
ner ABC-Schutzmaske ausgerüstet, um
sich selbst gegen freigesetzte Schad-
stoffe in der Luft schützen zu können.
Die bereits vorhandene Ausstattung
wurde kürzlich vom Landrat des Hoch-
taunus-Kreises um weitere ABC-Schutz-
anzüge und erforderliche Strahlenmeß-
und Prüfgeräte ergänzt. Eine für den
Umgang erforderliche Ausbildung erhielt

bereits eine Anzahl von THW-Helfern an
der Katastrophenschutzschule in Johan-
nisberg. Weitere Helfer werden diese
spezielle Ausbildung noch im Laufe des
Jahres erhalten, so daß insgesamt zehn
Helfer als ABC-Trupp zur Verfügung
stehen werden. Dieser Trupp wird dann
in der Lage sein, in Gefahrensituationen
vorhandene Schadstoffe gezielt aufzu-
spüren, die betroffenen Gebiete einzu-
grenzen und entsprechend zu markie-
ren. Zusätzlich wird auch die Möglichkeit
einer behelfsmäßigen Dekontamination,
das heißt Entstrahlung, Entseuchung
und Entgiftung, gegeben sein. P. Sch.

Nachruf

Plötzlich und unerwartet verstarb am
25. Dezember 1980 unser Mitarbeiter
und Kamerad

Helmut Brille

im Alter von 42 Jahren.

Wir werden dem Verstorbenen stets ein
ehrendes Gedenken bewahren.

Bundesanstalt Technisches Hilfswerk
Der Landesbeauftragte für Hessen
Der Personalrat für Hessen
Der Ortsverband Pfungstadt

Saarland



Zehn Jahre THW-OV Obermosel

Seit nunmehr zehn Jahren besteht der
THW-OV Obermosel (Perl). Am 11. De-
zember 1970 fand in Tettingen die
Gründungsversammlung statt, bei der
31 Helfer ihren Beitritt erklärten. Heute
hat der Ortsverband einen Stamm von
40 Helfern, davon einige Männer der er-
sten Stunde.

Initiator der Gründung war der damalige
Amtsvorsteher des Amtsbezirks Perl
und Bürgermeister a. D. der Gemeinde
Perl, Josef Langel. Sein Bestreben war
es, zur Sicherstellung des Katastrophen-
schutzes in der dünnbesiedelten Mosel-
region einen Ortsverband des THW ins
Leben zu rufen. Bauunternehmer Peter
Keren, Tettingen, der sich damals zur
Übernahme der Führung des Ortsver-
bandes bereit erklärte, bekleidet heute
noch das Amt des Ortsbeauftragten.

Inzwischen sind zehn Jahre vergangen.
Während dieser Zeit hat sich der Orts-
verband dank der unbürokratischen Un-
terstützung durch Josef Langel und der
Mitarbeit von Peter Keren aus zaghaften
Anfängen und nach Überwindung größ-
ter Schwierigkeiten neben den anderen
Hilfsorganisationen zu einem bedeuten-
den und gleichwertigen Bestandteil des
Katastrophenschutzes in der Gemeinde
entwickelt.

Der zehnte Jahrestag der Gründung war
ein willkommener Anlaß, mit Stolz auf
die bisherigen Leistungen des THW-OV
Obermosel zurückzublicken. Anläßlich
des Jubiläums hatte der Ortsverband zu
einem Helferabend eingeladen. Mittel-
punkt dieser Feier war die Ehrung ver-
dienter langjähriger Mitglieder. Der stv.
Ortsbeauftragte Ewald Doerr hieß neben
den THW-Helfern besonders THW-Lan-
desbeauftragten Günter Faß, Bürgermei-

THW-Landesbeauftrag-
ter Faß ehrt Bürger-
meister a. D. Langel
und THW-Helfer
Tutzauer.



ster a. D. Josef Langel, Hauptsachge-
bietsleiter Ballnus und Geschäftsführer
Schumacher vom THW-Geschäftsbe-
reich Merzig willkommen.

In einem umfangreichen Tätigkeitsbe-
richt informierte Doerr die Gäste über
die wesentlichen Geschehnisse. Allein
bei Einsätzen wurden über 2000 Stun-
den geleistet, unter anderem bei der
Überschwemmung eines Campingplat-
zes, wobei ein Kind aus Lebensgefahr
gerettet wurde, bei Tanklastwagenunfä-
llen in Perl mit explosiven und leicht
brennbaren Methanol und Schiffsunfä-
llen auf der Mosel, wobei in einem Falle
die Rettung der Fracht einen Millionen-
schaden verhinderte. In den Ausbil-
dungsbereichen Bergung, Wasserdienst,
Brückenbau und Instandsetzung wurden
15000 Stunden geleistet.

Landesbeauftragter Faß dankte in einem
Grußwort im Namen aller Mitarbeiter für
die gute Zusammenarbeit. Der THW-OV
Obermosel habe in den zehn Jahren
seine Aufgaben zur Zufriedenheit erfüllt.
Dank und Anerkennung sprach Faß dem

Gründungsmitglied Josef Langel aus,
dem er für seine Verdienste um das
THW das vom THW-Direktor Ahrens
verliehene Helferzeichen in Gold mit
Kranz überreichte. Einen weiteren ver-
dienten Helfer, Edmund Tutzauer, ehrte
Faß mit dem Helferzeichen in Gold.

Hubertus Ballnus, der als ehemaliger
Geschäftsführer des THW-Geschäftsbe-
reichs Merzig den THW-OV Obermosel
mit aufgebaut hat, wies in einem Rück-
blick auf die Schwierigkeiten der Grün-
dung und Erhaltung des Ortsverbandes
hin, der nach anfänglicher Begeisterung
wieder unterzugehen drohte. Mit Unter-
stützung von Bürgermeister Langel habe
man jedoch die Geburtswehen über-
wunden und Wege gefunden, dem Orts-
verband zu seinem heutigen Ansehen in
der Gemeinde zu verhelfen. Besonders
hervorzuheben seien Ewald Doerr und
Hans Braun, die von Anfang an zum
Stamm gehören. Beide ehrten Ballnus,
wie auch den verhinderten THW-Ortsbe-
auftragten Peter Keren, mit der Ehrenur-
kunde für zehnjährige freiwillige Mitar-
beit im Dienst für die Gemeinschaft.

Bürgermeister a. D. Langel betonte in seiner Rede, daß er die Einladung gern angenommen habe, weil es sich um eine Hilfsorganisation handle, der er immer Anerkennung entgegengebracht habe. Es sei zwar eine kleine Mannschaft, sie sei aber immer dagewesen, wenn sie gebraucht wurde. Er sehe als eine angenehme Pflicht, allen THW-Helfern des Ortsverbandes Dank und Anerkennung auszusprechen für ihre ständige Bereitschaft, sich ehrenamtlich in den Dienst der Gemeinschaft zu stellen. Das THW habe in zehn Jahren uneigennützigster Tätigkeit bei den Bürgern der Gemeinde ein Höchstmaß an Vertrauen und Respekt erworben. Er sei dankbar, in der Gemeinde eine Hilfsorganisation zu haben, der auch in der Nachbarschaftshilfe an der Grenze zu Frankreich besondere Bedeutung zukomme, führte Langel zum Schluß aus. P. G.

wichtige Unterlagen für Planungsentscheidungen.

Die Feuerwehren der Löschbezirke St. Wendel, Marpingen, Freisen, Hoof und Osterbrücken hatten Katastrophenschutzfahrzeuge ausgestellt, die bei den Festbesuchern großes Interesse fanden. Stadtwehrführer Hubert Finkler und Kreisbrandinspekteur Peter Klein erläuterten die Ausrüstungen der Fahrzeuge, von deren Einsatzwert sich auch Innenminister Dr. Rainer Wicklmayr beeindruckt zeigte.

Schließlich lieferte das THW Trinkwasser aus der noch ungeklärten Oster. THW-Helfer aus Theley demonstrierten damit die Anwendungsmöglichkeiten einer Trinkwasser-Aufbereitungsanlage. Daß das aufbereitete Osterwasser auch schmeckte, bestätigte Innenminister Dr. Rainer Wicklmayr, der ein Gläschen davon trank. W. M.

THW im Dienst des Umweltschutzes

Viel Beachtung bei den Besuchern des Ostertalfestes fand die Ausstellung „Feuerwehr und Technisches Hilfswerk im Dienste des Umweltschutzes“. Das Umweltamt des Saarlandes in Saarbrücken hatte auf dem Festplatz einen Meßwagen stationiert, der die Belastungen der Umwelt registrierte. Gemessen wurden Luftfeuchtigkeit, Temperatur, Windbewegung, Lärmintensität, Staub und Schadstoffe in der Luft wie Kohlendioxid- und Kohlenmonoxidgehalt sowie Schwefeloxylde. Die vom Umweltamt gemessenen Daten werden kartenmäßig ausgewertet. Sie bilden im Saarland

„Tag der offenen Tür“ beim THW-OV Illingen

Anläßlich eines „Tages der offenen Tür“ stellte der THW-OV Illingen eindrucksvoll seine Einsatzbereitschaft unter Beweis. Am Vormittag zeigten die THW-Helfer des Instandsetzungs-Zuges ihr Können, am Nachmittag hatte THW-Ortsbeauftragter Kiehn zu einer kleinen Feierstunde eingeladen. Dabei überreichte er dem Leiter der Katastrophenschutz-Zentralwerkstatt, Horst Bethmann, seit Jahren ehrenamtlicher THW-Helfer im Ortsverband Illingen, eine Ehrenurkunde. Gemeindebeigeordneter Paul Fischer wurde mit dem THW-Helferzeichen in Gold ausgezeichnet. Fischer hat in der Vergangenheit seine Verbundenheit zum THW-OV Illingen nicht nur durch Worte, sondern auch durch Taten bewiesen. Seiner Initiative ist es zu verdanken, daß dem Ortsverband heute ein optimales Übungsgelände zur Verfügung steht.

Zündmaschine versagte bei Schornsteinsprengung

Die Helfer des THW-OV St. Wendel hatten den Auftrag, einen auffällig gewordenen Brauerei-Schornstein, ein Stück St. Wendeler Zeitgeschichte, zu sprengen.

Um den Fuß des Schornsteins wurde aus Rundhölzern und Bohlen eine Arbeitsplattform mit Leinenverbindungen errichtet. Nach dem Behelfsmeßverfahren legten die THW-Helfer elf Bohrlöcher in V-Form fest. Drei Maullöcher bildeten die Mittelachse. 22 cm tief fraß



Nach einigen technischen Schwierigkeiten bei der Sprengung neigt sich der Schornstein und zerfällt.

sich der Wackerhammer unter einem Winkel von 30 Grad ansteigend zentrisch in die 35 cm dicke Kaminwand. Zwei gegenüberliegende Fallschlitze wurden ausgestemmt und dienten als Scharniere zum Abkippen des Schornsteins. Mit insgesamt nur 300 Gramm Ammogelit³, versehen mit HU-Zündern 30MS, wurden die Sprenglöcher sorgfältig geladen und mit Lehm besetzt.

Bewußt hatte man auf die gegen Streuströme hochunempfindlichen Zünder mit 30 Millisekunden Zeitintervall wegen der nahen Trafostation, der in zehn Metern Abstand vorbeiführenden 380-Volt-Freileitung und der in 55 Metern vorbeilaufenden 15-kV-Oberleitung der Bundesbahn, zurückgegriffen.

Die in Reihe geschalteten Schüsse wurden mit fettgefüllten Schnellverbindern gekuppelt und die Leitungen eng geführt, um Induktionsströme auszuschließen. Mit Stroh und Maschendraht wurde verdämmt und mit Bindedraht zusätzlich verzurrt. Das „Fallbett“ war mit Stroh ausgelegt.

Der letzte Bundesbahn-Zug vor einer größeren Zugpause hatte das Gleis verlassen, die letzten Sicherheitsmaßnahmen waren abgeschlossen und die Funktionsfähigkeit der Zündmaschine überprüft. Der verantwortliche Sprengberechtigte, THW-Zugführer Arnold Schön, lud die einzige im THW-Landesverband vorhandene Zündmaschine HU 80. „Countdown“ ertönt über Megaphon. Beim Schalten auf „Schießen“ bricht plötzlich die Zündachse. Man will die Zugpause nutzen und holt aus der nahen THW-Unterkunft die Zündmaschine NZU 50, deren Kapazität jedoch nicht ausreicht. Schließlich erhält das THW von den Saar-Pfalz-Hartsteinwerken er-



Saarlands Innenminister Dr. Wicklmayr (Bildmitte) kostet das aufbereitete Wasser.

freulicherweise schnell und unbürokratisch deren Zündmaschine HU80. Während einer weiteren Zugpause wird gezündet. Einzelne Backsteinbrocken lösen sich, der Schornstein bricht nach außen, neigt sich und zerfällt.

Nicht nur THW-Landesbeauftragter Faß hatte sein Interesse gezeigt, sondern neben zahlreichen Zuschauern auch Vertreter von Rundfunk und Presse.

E. M.

THW-Jugendgruppe in den Vogesen

Während den Weihnachtsferien fuhr die Jugendgruppe des THW-OV Spiesen-Elversberg mit 24 Helfern unter Leitung von THW-Ortsbeauftragtem Hans Müller zu einem kurzen Urlaub in die Vogesen. Die Fahrt war zugleich als Anerkennung für den im Herbst des vergangenen Jahres errungenen 2. Platz beim THW-Landesleistungswettkampf für Jugendgruppen gedacht.

Die Anreise aller THW-Helfer nach Le Hohwald/Col du Creuzweg erfolgte mit dem Bus. Nach einem recht anstrengenden Aufstieg in der Nacht mit Gepäck,

Verpflegung und Skiern in einem Schneesturm zur Hohwaldhütte des Deutschen Alpenvereins – Bergfreunde Saar – waren die Junghelfer „geschafft“ und hatten keine Schwierigkeiten bei der Umstellung auf ein neues Bett.

Am nächsten Morgen mußten Junghelfer und Betreuer zuerst zum Schneeschaukeln. Bis zu 2,50 m hohe Schneeverwehungen erschwerten Hüttenwart wie Besuchern das Leben. Das war zwar ein Einsatz im Urlaub, machte aber viel Freude und Spaß. Am Nachmittag konnte sich dann jeder nach Belieben die Zeit mit Skifahren, Wandern, Schla-



Als Anerkennung für den 2. Platz beim THW-Landesleistungswettkampf für Jugendgruppen führen die 24 Junghelfer des THW-OV Spiesen-Elversberg zu einem Kurzurlaub in die Vogesen.

fen usw. vertreiben. Nach dem Abendessen wurde natürlich in gemütlicher Runde bis in die Nacht gefeiert und gesungen.

Am dritten Tag wurden fehlende Schlafstunden am Morgen nachgeholt. Der letzte Urlaubstag wurde gemütlich angegangen, denn am Abend sollte die Rückreise erfolgen. Nachdem die Hohwaldhütte wieder gereinigt und vom Hüttenwart Edgar Bauer verschlossen worden war, ging es wieder mit Gepäck – diesmal ohne die schwere Verpflegung – talwärts zum Col du Creuzweg. Da der Bus durch die am Wochenende gefallenen Schneemassen und parkenden Fahrzeuge nicht mehr zum Paß hochfahren konnte, mußte das Gepäck weitere fünf Kilometer in Richtung Le Hohwald auf Schlitten und Skiern transportiert werden.

Trotz Schneeschaukeln und Marschieren war der Kurzurlaub in den tiefverschneiten Vogesen für die THW-Junghelfer erholend und erlebnisreich. Das THW bedankte sich bei den „Bergfreunden Saar“ für die Möglichkeit, einen Kurzurlaub in der Hohwaldhütte zu machen, und dem Hüttenwart Edgar für die freundliche Aufnahme.

H. M.

Baden-Württemberg



THW-Konstanz half bei Verkehrsunfall

Auf der Rückfahrt von der THW-Leistungsschau anlässlich des „Schätzles Markt“ in Tengen gerieten die Helfer des THW-OV Konstanz in einen Verkehrsstau, der durch einen Unfall entstanden war. Zwei Pkw waren kurz vor Eintreffen des THW frontal zusammengestoßen. Die THW-Helfer übernahmen die Absicherung der Unfallstelle und die Verkehrslenkung. Da sich der Unfall auf einer unbeleuchteten Landstraße ereignete, wurde die Unfallstelle sofort mit dem im GWK vorhandenen Beleuchtungsgerät und den Fahrzeugscheinwerfern ausgeleuchtet, um die Versorgung der Verletzten und die Unfallaufnahme zu erleichtern.

Die „Konstanzer Zeitung“ schrieb über den Einsatz: „Die Aufnahme dieses schweren Unfalls wurde der Polizei erleichtert, weil zufällig das THW vorbeikam, die Unfallstelle ausleuchtete und mit seiner umfangreichen Ausrüstung bei den Bergungsarbeiten helfend einsprang.“

Sch.

Sprengung im Moor

Im Landkreis Weingarten wurde der Versuch unternommen, ein Niedermoor durch Sprengungen vor der Verlandung zu bewahren. THW Sprengmeister Michael Schubert und einige Helfer des THW-OV Weingarten führten die dafür notwendigen Arbeiten durch.

Vor rund 50 Jahren begann die Verlandung des Moores, nachdem mehrere hundert Erlen gepflanzt worden waren und das Feuchtgebiet im Laufe der Jahre austrocknete. Erlen benötigen viel Wasser. Vor zwei Jahren wollten Umweltschützer das Gebiet vor dem biolo-

gischen Niedergang bewahren, indem sie die Erlen aus dem Boden rissen. Aber es zeigte sich, daß dies den Austrocknungsprozeß nicht aufhalten konnte. Auf Dauer wäre die charakteristische Vegetation abgestorben, und auch die Tiere hätten kaum überleben können.

Die Erfahrungen norddeutscher Naturschützer mit der Anlage von Grabensystemen und Wasserflächen in Mooren durch Sprengungen, die dort 1978 das erste Mal durchgeführt worden waren, machten sich nun auch die verantwortlichen Behörden des Landkreises Wein-



Um ein Moor vor der Verlandung zu bewahren, sprengten THW-Helfer Gräben in den Boden.

garten zunutze. Schon die Probesprengungen zeigten, daß das Niedermoor und damit seine bedrohte Pflanzen- und Tierwelt vor dem Untergang bewahrt werden kann.

Die Durchführung solcher Arbeiten im Winter ist Voraussetzung, um nicht zu schädigen, was man schützen will. Die Tierwelt würde in ihrer natürlichen Umgebung nachhaltig beeinträchtigt, wenn man die Sprengungen zu wärmerer Jahreszeit vornehmen würde. In der kalten Zeit aber suchen Vögel und Amphibien ihren Lebensraum in der Nähe von Ortschaften und Wäldern.

THW-Helfer vom Einsatz in Süditalien zurück

Zwölf THW-Helfer waren am 30. November 1980 von Ellwangen aus in Marsch gesetzt worden, um im Erdbebengebiet in Süditalien Hilfe zu leisten. Mitte Dezember kehrten sie zurück.

Aufgabe dieser Gruppe war es, östlich von Salerno in einem Notaufnahmehager, das aus Wohnwagen und Zelten zusammengestellt war, die Stromversorgung aufzubauen. Dies konnte rasch geschehen, da eine Gruppe von fünf italienischen Freiwilligen sich der THW-Gruppe anschloß. Die Italiener hatten aus Rom für Italien genormtes Elektromaterial mitgebracht. Die Stromversorgung erfolgte in der ersten Einsatzphase durch ein Notstromaggregat des THW.

Außerdem ermöglichten die THW-Helfer die Entleerung eines Mehlsilos, in dem 160 Zentner Mehl lagerten. Durch Einsatz eines Notstromaggregates wurden die Förderanlagen des Silos wieder in Betrieb genommen, so daß das für die Versorgung der Bevölkerung notwendige

Mehl abgesackt und ausgegeben werden konnte.

Die THW-Helfer waren herzlich von der Bevölkerung aufgenommen worden. Sie verabschiedeten sich mit einem Taufgeschenk für ein zwei Tage nach dem Beben geborenes Kind. Sch.

Dekompressionskammer montiert

Das Überlinger Krankenhaus verfügt jetzt über eine Einrichtung gegen die gefährliche Taucherkrankheit, die auftritt, wenn Taucher aus größeren Wassertiefen zu schnell aufsteigen. Der THW-OB Überlingen montierte die neue Dekompressionskammer im Krankenhaus.

Millimeterarbeit und Fingerspitzengefühl mußten die THW-Helfer beweisen, als sie die 1,7 Tonnen schwere Dekompressionskammer durch einen schmalen Schacht in das Untergeschoß des städti-

schen Krankenhauses einbrachten. Mehrere Greifzüge waren notwendig, um das empfindliche Gerät sicher an Ecken und Kanten vorbei zu manövrieren. Im Keller wurde es dann auf Rollen an den endgültigen Standort gebracht. Für die THW-Helfer war es eine Herausforderung und eine willkommene Übung, zu zeigen, daß sie beim Heben und Transportieren schwerer Lasten in der Lage sind, ein wertvolles, lebensrettendes Gerät fachgerecht und präzise zu stationieren. Li



Mehrere Greifzüge waren notwendig, um das empfindliche Gerät sicher an Ecken und Kanten vorbei zu manövrieren.

Bayern



Geschicke des THW 20 Jahre gelenkt

In einer Feier mit Ehrengästen aus allen öffentlichen Bereichen wurde THW-Orts- und Kreisbeauftragter Adalbert Weniger, der den THW-OB Lauf fast 20 Jahre geleitet hatte und maßgeblich an dessen Entwicklung beteiligt war, verabschiedet.

Den vielen sehr guten Beziehungen Wenigers auf Stadt- und Kreisebene bis hinauf nach Bonn sei es zu verdanken, daß der THW-OB Lauf sich so positiv entwickelt habe und daß das neue THW-Heim im Mai letzten Jahres bezogen werden konnte, meinte der neue THW-Ortsbeauftragte Stiegler.

Angefangen hatte es mit dem Ausbau der alten THW-Unterkunft in der Glok-

kengießerstraße. 1956 führte Weniger den THW-Autobahndienst ein, und bereits 1971 knüpfte er den ersten Kontakt zum Schweizer Zivilschutz. Der Höhepunkt seiner Arbeit für das THW aber war sein Einsatz für die neue THW-Unterkunft. Weniger wird auch weiterhin das THW unterstützen.

In den anschließenden Festreden der Ehrengäste hoben Landrat Lange und Bürgermeister Pompl die gute und langjährige Zusammenarbeit des THW mit dem Kreis und der Stadt hervor, die Vertreter von Polizei, Feuerwehr und Rotem Kreuz lobten die hervorragende Zusammenarbeit Wenigers mit ihren Organisationen.

Der neue THW-Ortsbeauftragte Stiegler nannte schließlich in seiner Antrittsrede

einige Zahlen aus der Bilanz des THW. Der Ortsverband leistete bisher über 8000 Ausbildungsstunden. Diese Arbeit stehe auch weiterhin im Vordergrund, meinte Stiegler. In den Jahren 1977 bis 1980 leistete das THW über 16000 Arbeitsstunden. Die Einsätze reichten von Lkw-Unfällen auf der Autobahn bis zur Überflutung in Weigenhofen. R. Z.

Jahresabschluß beim THW-OB Friedberg

Zum Jahresabschluß 1980 des THW-OB Friedberg hat Ortsbeauftragter Peter Gerle neben allen Helfern zahlreiche



THW-Landesbeauftragter Dipl.-Ing. Schwarz überreicht dem THW-Ortsbeauftragten Gerle das THW-Ehrenzeichen in Silber.

Ehregäste in das Heim des Turn- und Sportvereins eingeladen. Unter ihnen konnte Gerle den Bundestagsabgeordneten Dr. Walter Althammer, Oberregierungsrat Wolfgang Schwab als Vertreter des Landrats, Bürgermeister Albert Kling sowie Stadtrat Ludwig Schwandtner besonders begrüßen. Das THW war durch seinen Landesbeauftragten Dipl.-Ing. Simon Schwarz und den Geschäftsführer von Mittelschwaben, Wilhelm Nittmann, sowie durch die THW-Führungskräfte benachbarter Ortsverbände vertreten. Auch alle örtlichen Hilfsorganisationen und die Landespolizei nahmen an der Veranstaltung teil.

In seinem Rückblick stellte Gerle u. a. fest, daß der THW-OV Friedberg auch in den Jahren 1979 und 1980 neue Geräte erhalten habe. Mit tatkräftiger Unterstützung des Landkreises konnten eine 17 m lange Anhängelleiter, eine Motorsäge, ein Dampfstrahlgerät, ein Ladegerät sowie eine komplette Schweißausrüstung beschafft werden.

Bundestagsabgeordneter Dr. Walter Althammer schilderte nach einem kurzen Überblick über die Entstehung des THW die zivilen Sicherheitseinrichtungen in der Volksrepublik China. In Europa, meinte Althammer, werde die Frage des zivilen Bevölkerungsschutzes immer dringender. Sicherheitseinrichtungen hätten aber nur dann einen Sinn, wenn es Menschen gibt, die bereit sind, sich für den Zivilschutz einzusetzen. Dienstleistende auf diesem Gebiet leisteten der Allgemeinheit Hilfe, die dem Wehrdienst gleichzusetzen sei.

Welchen Stellenwert der Stadtrat von Friedberg dem örtlichen Katastrophenschutz beimißt, verdeutlichte Bürgermeister Albert Kling. Zur allgemeinen Überraschung und unter dem Beifall der THW-Helfer berichtete er über erste vorbereitende Maßnahmen, die die Stadt Friedberg zum Bau einer neuen THW-Unterkunft getroffen hat. Er zeigte einen Lageplan vor, wonach die neue Unterkunft neben der Station des Roten Kreuzes vorgesehen ist. Bis aber mit dem

Bau begonnen werden kann, meinte Kling, seien wohl noch einige große Hindernisse zu überwinden.

THW-Landesbeauftragter Dipl.-Ing. Simon Schwarz würdigte in kurzen Worten die geleistete Arbeit. Er versprach, daß er in der Zeit, die ihm vor seinem Ausscheiden noch verbleibe, um die Lieferung der vom THW-Landesverband bestellten Ausrüstungsgegenstände besorgt sein werde. Anschließend überreichte er Ortsbeauftragtem Peter Gerle das Ehrenzeichen des THW in Silber. Mit dieser hohen Auszeichnung, betonte Schwarz, werde die jahrelange hervorragende Arbeit und der unermüdete persönliche Einsatz beim Aufbau des Ortsverbandes Friedberg gewürdigt. Das Helferzeichen in Gold mit Kranz überreichte Schwarz dem THW-Zugführer Gustav Hartmann für seinen stetigen freiwilligen Einsatz. Mit dem Helferzeichen in Gold wurden die Truppführer Reinhold Körper, Leonhard Winterholler und Bernd Eicke sowie Max Menzinger geehrt.

M. M.

Lili Marleen und das THW

Was hat Lili Marleen mit dem Rosenheimer THW zu tun? Diese Frage können fünf THW-Helfer vom Ortsverband Rosenheim beantworten, die im Herbst vergangenen Jahres die Stromversorgung für Außenaufnahmen zu dem Film „Lili Marleen“ sicherstellten. Der Film – Regie: R. W. Faßbinder – schildert die Geschichte des weltbekannten Liedes „Lili Marleen“.

Im unwegsamen Gelände in der Gießenbachklamm bei Kiefersfelden drehten Kamerateams die Verhandlungen zwischen der deutschen Wehrmacht und jüdischen Unterhändlern über die Auslieferung von Juden. Die Szene spielt auf einer Brücke an der deutsch-schweizerischen Grenze. Nach Auslieferung der Juden wird im Film die Brücke und

das SS-Kommando in die Luft gesprengt.

Stuntmen übernahmen die Rolle der „abstürzenden“ Schauspieler. Sie stürzten in ein unterhalb der Brücke ausgelegtes Luftkissen von ca. 8 x 4 Meter Größe. Aufgeblasen wurde der sogenannte Sprungretter von zwei Ventilatoren. Das THW lieferte mit einem Stromerzeuger den dazu nötigen Strom.

Überrascht waren die THW-Helfer, als Guido Baumann – der „Ratefuchs“ – erschien. Er drehte einen Film über den Einsatz der Stuntmen, ließ es sich aber nicht nehmen, auch die THW-Helfer bei ihrer Arbeit zu filmen. Leider wird dieser Film nur in der Schweiz gezeigt.

THW-Geschäftsführer Erich Schaller in den Ruhestand verabschiedet

Der in den Ruhestand getretene THW-Geschäftsführer für den Bereich Nordschwaben wurde in einer kleinen Feierstunde offiziell verabschiedet. Ehemalige Kameraden aus seiner ehrenamtlichen Zeit beim THW, Repräsentanten der ihm zuletzt unterstellten THW-Ortsverbände sowie Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens würdigten Schallers Verdienste um den Katastrophenschutz.

Donauwörths THW-Ortsbeauftragter Wolfgang Waffenschmidt blätterte in der Chronik: „Als Schaller 1953 zum THW stieß, besaß es zwei Fahrräder und einige Schaufeln. Heute kann der THW-OV Donauwörth über einen beachtlichen Geräte- und Fuhrpark verfügen. Der THW-Helfer Schaller kletterte die „Leiter“ der ehrenamtlich Verantwortlichen hinauf und wurde 1970, nachdem er zuletzt als Ortsbeauftragter den THW-OV Donauwörth geführt hatte, hauptamtlicher Geschäftsführer des THW-Bereiches Nordschwaben.“

Der Landrat des Donau-Ries-Kreises, Dr. Andreas Popp, der Bürgermeister der Stadt Donauwörth, Dr. Alfred Böswald, der Vorsitzende des Bundesinnenausschusses, Dr. Axel Wernitz, THW-Landesbeauftragter Dipl.-Ing. Simon Schwarz und auch die Ortsbeauftragten der THW-Ortsverbände Dillingen, Nördlingen und Donauwörth würdigten einhellig die Leistungen von Schaller: Die Tatsache, daß das THW in Nordschwaben in der Öffentlichkeit ein großes Vertrauen genießt, vor allem aufgrund seiner Zuverlässigkeit und Sicherheit bei seinen Einsätzen, sei nicht zuletzt ein Verdienst von Schaller. Er habe nicht

nur seine Pflicht getan, er sei darüber hinaus für jeden THW-Helfer ein echter Kamerad gewesen. Wo Not am Mann war, war Schaller mit Hilfe schnell zur Hand. Problemlose und erfreuliche Zusammenarbeit bescheinigten ihm auch die Mitarbeiter der Ämter, mit denen er zu tun hatte.

Schaller selbst führte aus, daß der Dienst am Nächsten ihm selbstverständlich gewesen sei: „In einem solchen Job kann man nicht allein mit Dienststunden rechnen, sondern man muß das Ganze eben zum Hobby machen!“

W. K.

Kuriose Bergungsaktion

Über Funkalarmempfänger erreichte die Helfer des THW-OV Nabburg an einem Sonntagabend folgende Durchsage: „Verkehrsunfall auf der Staatsstraße zwischen Nabburg und Kemnath – Unterstützung einer Bergungsaktion!“

Die ersten fünf THW-Helfer fuhren kurz nach der Alarmierung mit dem Kombi zur Unfallstelle. Weitere Helfer folgten, wie es bei solchen Unfällen üblich ist, mit dem Bergungsfahrzeug des Ortsverbandes.



An einem Tag mußten die THW-Helfer zweimal den gleichen Wagen bergen. Beide Male blieb der Fahrzeugführer unverletzt.

Ein Personenkraftwagen war infolge plötzlich auftretender Eisglätte über eine Böschung gestürzt. Das herbeigerufene örtliche Abschleppunternehmen konnte wegen der Glätte der Fahrbahn das Fahrzeug nicht allein bergen, und so alarmierte die Polizei das THW. Nach kurzer Lagebesprechung mit der Polizei und dem Abschleppunternehmen entschloß man sich, das THW-Bergungsfahrzeug vor den Abschleppwagen zu „spannen“ und so den Pkw gemeinsam die Böschung hochzuziehen. Zwei THW-Helfer sperrten die Straße ab, da immer wieder Fahrzeuge, trotz Warnung

an der Unfallstelle, wegen der Eisglätte ins Schleudern gerieten.

Das Kuriose an der ganzen Bergungsaktion war, daß am selben Tag der THW-OV Nabburg schon einmal von dem gleichen Abschleppdienst über Telefon alarmiert wurde, um die Bergung eines Fahrzeugs vorzunehmen. Bei dem Pkw handelte es sich um das gleiche Fahrzeug, dessen Bergung eben geschildert wurde. Beide Male blieb der Fahrzeugführer unverletzt und konnte die Fahrt mit dem nur leicht beschädigten Fahrzeug wieder fortsetzen. Erstmals in der Einsatzchronik des THW-OV Nabburg bargen die Helfer am selben Tag zweimal das gleiche Fahrzeug!

R. M.

Gute Zusammenarbeit bei Ölunfall

Gute Zusammenarbeit praktizierten Feuerwehr und THW anlässlich eines Ölunfalls in Rosenheim.

Gegen Sonntagmittag war die Feuerwehr wegen Öl auf der Mangfall verständig worden. Nachdem sich Stadtbrandinspektor Ziehut vor Ort informiert hatte, ließ er das THW alarmieren, das umgehend mit der auf Anhängern verlasteten Ölsperre ausrückte.

Die THW-Helfer begannen mit dem Einbau der Sperre an der Mündung der



Schnell werden die auf Anhängern verlasteten Ölsperren abgeladen und zu Wasser gebracht.



Das mit dem Bindemittel vermischte Öl wird abgeschöpft.

Mangfall in den Inn. Schon nach kurzer Zeit zeigte sich ein Erfolg der Maßnahmen: Mit Bindemittel vermisches Öl staute sich an der Sperre an. Das Bindemittel war von einer weiter oben liegenden Brücke in den Fluß gestreut worden. THW- und Feuerwehrhelfer schöpften den „Brei“ an der Sperre ab.

An die Einsatzstelle kamen auch THW-Ortsbeauftragter Hohmann und der Katastrophenschutzbeauftragte der Stadt, Baumann, um sich einen Überblick über die Lage zu verschaffen. Die ca. 200 Liter Heizöl waren vermutlich über eine Pumpanlage in den Fluß gelangt. Die Ursache der Verschmutzung konnte nicht geklärt werden. Die Ölsperre blieb noch zwei weitere Tage in der Mangfall an Ort und Stelle, um nachfolgendes Öl ebenfalls abzufangen.

H. F.

13 Anwärter des THW-OV Lauf bestanden Helferprüfung

Der THW-OV Lauf hat 13 weitere voll ausgebildete Helfer. Sie beendeten ihre Grundausbildung bei klirrender Kälte mit einer Abschlußprüfung, in der sie ihr Können im Umgang mit allen Gerätschaften des THW unter Beweis stellen mußten. Die Prüfung bestand aus einem theoretischen und einem praktischen Teil.

Bevor die Helferanwälter mit den Geräten arbeiten durften, mußten sie 36 Fragen aus den vielen Teilgebieten beantworten. Im praktischen Teil war dann an fünf Stationen zu beweisen, daß der Helfer mit der Vielzahl der Gerätschaften vertraut ist. So wurde mit einer Hydropresse ein schwerer Gerätekraftwagen angehoben. Ein Greifzug, der bis zu fünf Tonnen ziehen kann, wurde von den Prüflingen „eingeschirrt“. Mit einem Trennschleifer mußten Rohre durchtrennt und ein Gesteinsbohrhammer betriebsfertig zusammengebaut werden. Mit einer Motorsäge hatten die THW-Helfer einen Baumstamm zu durchtrennen und Holzkeile zu fertigen. Dabei mußten sie nicht nur darauf achten, die Geräte richtig und fachgerecht zu bedienen; auch der Zusammenbau der verschiedenen Geräte wurde überprüft.

Unter den kritischen Augen der Schiedsrichter aus Baiersdorf, Forchheim und Erlangen haben alle 13 Helferanwälter die Prüfung bestanden.

THW-Ortsbeauftragter Günter Stiegler dankte Ausbildungsleiter Peter Gstader, der es verstanden habe, innerhalb eines Jahres den Helfern das verlangte Fachwissen zu vermitteln.

R. Z.

Das Warndienst-Fernmeßsystem zur Messung der Gamma-Dosisrate

Mit dem „Ersten Gesetz über Maßnahmen zum Schutze der Zivilbevölkerung“ vom 9. Oktober 1957, in der Neufassung vom 9. August 1976, wurde dem Warndienst die Aufgabe übertragen, die Bevölkerung vor den Gefahren zu warnen, die ihr im Verteidigungsfall drohen. Eine dieser Gefahren ist die Verseuchung von bewohnten Gebieten mit radioaktiven Schadstoffen. Die von diesen Schadstoffen verursachte Strahlung kann je nach Intensität und Dauer zu schweren Schädigungen des menschlichen Organismus führen.

Zur Einleitung von Schutzmaßnahmen muß die Bevölkerung vor der Gefahr einer möglichen Verstrahlung gewarnt werden. Dies setzt eine systematische Überwachung des Gebietes der Bundesrepublik Deutschland auf das Vorhandensein radioaktiver Schadstoffe voraus.

Das Bundesamt für Zivilschutz – Abteilung Warndienst – errichtet zu diesem Zweck ein Meßstellennetz zur Erfassung und Überwachung radioaktiver Verstrahlung.

Netzstruktur

Das Meßstellennetz umfaßt im Endausbau etwa 1 500 Meßstellen. Der mittlere Abstand zwischen den Meßstellen beträgt geländebedingt ca. 13 km. Die Meßstellen sollen von etwa 50 Abfrage-

stationen, die bei den Warnämtern und den Warndienst-Leitmeßstellen eingerichtet werden, über das öffentliche Fernsprechnet der Deutschen Bundespost überwacht werden. Dazu kann jede beliebige Meßstelle im Bundesgebiet von jeder Abfragestation zur Abgabe von Meßwerten aufgefordert werden.

Derzeit sind etwa 900 Meßstellen und 20 Abfragestellen eingerichtet und betriebsbereit.

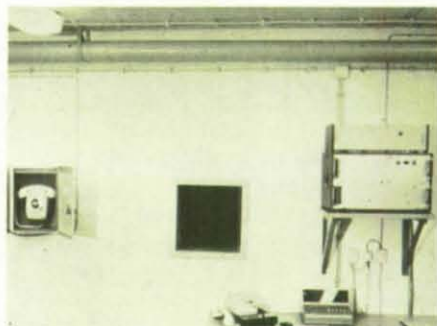
Jede Meßstelle (Außenstation) ist mit einer im freien Gelände stehenden Zählrohrsonde als Meßfühler, einem Meßwertsender als Datensammelsystem und einem Parallelmodem (D 20 P-A) als Datenübertragungseinrichtung ausgestattet. Die Einrichtung einer Abfragestelle (Zentralstation) besteht aus einem Parallelmodem (D 20 P-Z) als Datenübertragungseinrichtung und einem Meßwertempfänger mit Bedien- und Anzeigepult als Datenendeinrichtung.

Funktionsablauf

Die Datenübertragung über das öffentliche Fernsprechnet wird mit der Wahl der Rufnummer der Außenstation durch die Zentralstation eingeleitet. Das Parallelmodem D 20 P-A erkennt den Ruf und schaltet den Meßwertsender in den Betriebszustand. Der Meßwertsender öffnet für einen von der Intensität der vorhandenen Gamma-Strahlung abhängigen Zeitraum das Zählwerk. Die in das Geiger-Müller-Zählrohr einfallenden Gamma-Quanten erzeugen Stromimpul-

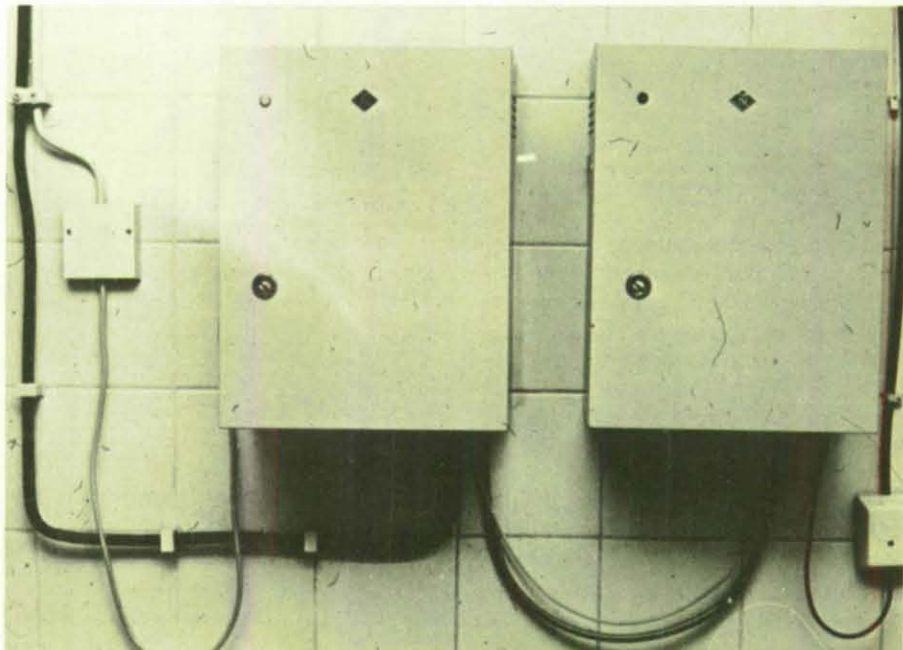
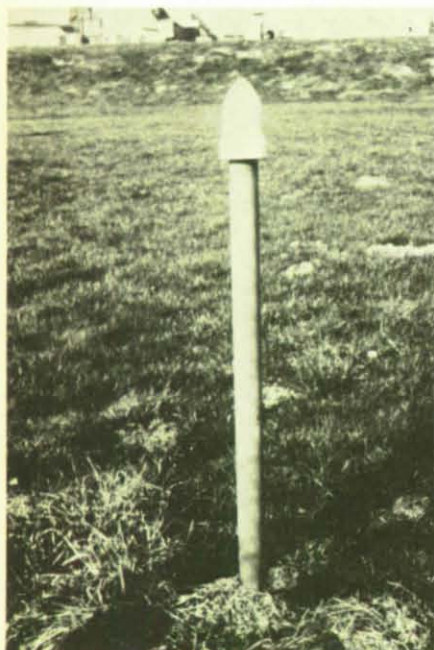
se, welche in einen Meßwertzähler eingelesen und gespeichert werden. Meßwert, Meßzeit und Zustandsdaten werden mit der Adresse der Außenstationen als Datentelegramm an die abfragende Stelle (Zentralstation) übertragen. Anschließend schaltet die Außenstation wieder in den Empfangszustand und erwartet ein Quittungssignal von der Zentralstation. Wird ein Quittungssignal empfangen, folgt ein neuer Meßzyklus; erreicht kein Quittungssignal die Außenstation, so werden Meßwertsender und Modem in den Ruhestand geschaltet.

In der Zentralstation wird das empfangene Datentelegramm auf Richtigkeit und



Vollständigkeit geprüft, vom Meßwertempfänger ausgewertet und am Bedien- und Anzeigepult mit der Meßstellenadresse, den Zustandsdaten der Außenstation und der Dosisrate in den richtigen Dimensionen angezeigt. Die angezeigten Daten werden mit Datum und Uhrzeit notiert und dienen mit den bereits vorhandenen bzw. noch zu messenden Werten als Grundlage für eine Warnung oder eine Entwarnung der Bevölkerung.

J. S.



Orientierungsrahmen '80

ASB-Bundesausschuß beschließt Grundsätze für die Arbeit in den 80er Jahren

Im letzten Jahrzehnt hatte der ASB in allen Bereichen überdurchschnittliche Zuwachsraten zu verzeichnen. So wichtig eine solche Wachstumsphase für jede Organisation ist, so notwendig ist es auch, die vorhandenen personellen, technischen und organisatorischen Voraussetzungen für den weiteren Auf- und Ausbau des ASB koordiniert und zielgerichtet einzusetzen. Ein Orientierungsrahmen soll nun helfen, alle Kräfte für den weiteren einheitlichen Ausbau des ASB in den kommenden Jahren zu aktivieren.

Dieser Orientierungsrahmen wurde nun vom Bundesausschuß des ASB beschlossen. Dem Bundesausschuß gehören alle Landesverbände und der Bundesvorstand des ASB an. Ein ganzes Jahr war notwendig, um die verschiedenen Stellungnahmen und Vorschläge aus den ASB-Gliederungen zu sichten und zu überarbeiten und in den Orientierungsrahmen einzubauen. Zuletzt wurde eine besondere Kommission gebildet, die abschließend redaktionell die einzelnen Kernsätze überarbeitete. In dem nun beschlossenen Orientierungsrahmen zeigt sich die Lebendigkeit einer Mitgliederorganisation, die seit über 90 Jahren ihre Hilfe anbietet. So heißt es auch zutreffend in der Einführung zum Orientierungsrahmen: „Zuerst waren Mitglieder da, die den Wunsch hatten, zur Abwendung von Not und Gefahr einen Bund zu gründen. Dementsprechend ist der Aufbau des ASB von unten nach oben mit wesentlicher Mitbestimmung und Mitentscheidung über die Tätigkeit und Entwicklung des ASB in allen Organisationsgliederungen ausgerichtet. Mitglieder wählen Vorstände im ASB, nehmen Geschäfts- und Finanzberichte entgegen, behandeln Anträge, wählen Delegierte und bestimmen über allgemeine Grundsätze, Richtlinien und Satzungen. Die ehrenamtliche Mitwirkung im ASB hat höchste Priorität.“

Besonders im Rettungswesen wird jedoch das Engagement der Helfer eingeschränkt durch Gesetze und Vorschriften, die das Rettungswesen nicht immer verbessert haben, sondern verteuern. Hier droht ein Betätigungsfeld freier Initiativen, auf dem von den Bürgern bisher ein erhebliches personelles und

finanzielles Engagement bewiesen wurde, verlorenzugehen. Neben den ehrenamtlichen und hauptamtlichen Helfern und Mitarbeitern im ASB übernehmen zunehmend Zivildienstleistende Mobile Dienste und versorgen Behinderte und Alte im Haus, kümmern sich um die Organisation von Altenklubs und rücken in Form von Sozialstaffeln aus. Hier tritt der ASB für die Abschaffung des Anerkennungsverfahrens für Kriegsdienstverweigerer ein, zumal er eine Überprüfung des Gewissens für fragwürdig hält.

In sieben Kapiteln werden programmatische Leitsätze und Forderungen des ASB dargestellt, so zum Gesundheitswesen, zum Rettungswesen, zur Hilfe für Ältere, zur Hilfe für Behinderte, für Soziale Dienste, die Jugendarbeit und die Hilfe und der Schutz bei Katastrophen.

Im Gesundheitswesen fordert der ASB, um eine Entlastung der Krankenhäuser zugunsten akut Kranker zu erreichen, entsprechende Sondereinrichtungen. Es sind Tageskliniken zu schaffen und die häuslichen Pflegedienste auszubauen.

Im Bereich der psychischen Krankheiten ist eine enge Verflechtung der stationären und der ambulanten Versorgung bei den Krankenhäusern unerlässlich. Die Eingliederung von psychisch Kranken erfordert stets die Verfügbarkeit teilstationärer Einrichtungen. Aufgabe der Gesundheitsvorsorge ist nach Ansicht des ASB auch, die Aufnahme und Behandlungskapazität bestehender Krankenhäuser zu erweitern, um zusätzliche stationäre Behandlungsmöglichkeiten im Katastrophenfall bereitzustellen.

Im Rettungswesen fordert der ASB, daß die Rollenverteilung zwischen Staat und Gesellschaft streng am Subsidiaritätsprinzip orientiert wird. Nur dort, wo private Initiative, Hilfsbereitschaft und Nächstenliebe überfordert ist, hat die staatliche Gemeinschaft einzutreten. Finanzielle staatliche Hilfen für das Rettungswesen dürfen sich nicht darauf beschränken, lediglich nach Maßgabe der öffentlichen Haushalte gewährt zu werden. Die Haushaltsmittel müssen sich vielmehr stets am erforderlichen Bedarf orientieren. Entscheidender Bestandteil der Finanzierung sind kostendeckende Benutzungsentgelte.

Das derzeitige Nebeneinander von öffentlichem und privatem Krankentransport ergibt ein Ungleichgewicht zu Lasten der Rettungsorganisationen. Hier sind gesetzliche Regelungen notwendig.

Vorrangiges Ziel in der Altenarbeit ist für den ASB, dem alten Menschen solange wie möglich die Selbständigkeit in der eigenen Wohnung und der vertrauten Umgebung zu bewahren. Altenheime und Pflegeheime sollten erst in Anspruch genommen werden, wenn auch ambulante Hilfen nicht mehr ausreichen, die Selbständigkeit zu erhalten. Von besonderer Bedeutung sieht der ASB deshalb den weiteren Ausbau seiner Mobilien Sozialen Dienste an.

Annähernd 70% der Bewohner von Altenpflegeheimen sind auf den Bezug von Sozialhilfe angewiesen. Für eine sozial befriedigende Absicherung des Pflegegerisikos, insbesondere im Alter, ist deshalb zu prüfen, wie der Versicherungsfall „Pflege“ in einer allgemeinen Pflichtversicherung geregelt werden kann oder als Sachleistungen durch die Krankenkassen zu übernehmen sind.

Auch behinderte Menschen haben das Recht, mit ihren Familien zu leben und an allen Aktivitäten des sozialen, schöpferischen und freizeitorientierten Lebens teilzunehmen. Meist steht jedoch der Teilnahme am öffentlichen Leben die Einschränkung der Bewegungsfreiheit durch die Bindung an Roll- oder Krankenfahrräder entgegen. Eine wesentliche Aufgabe für den ASB ist hier, mit eigens dafür konstruierten Spezialfahrzeugen und durch entsprechend organisierte Fahrdienste dazu beizutragen, die Isolierung zu mildern. Wenn der Aufenthalt eines behinderten Menschen in einer Spezialeinrichtung doch unerlässlich ist, müssen die Umgebung und die Lebensbedingungen dort weitestgehend denen entsprechen, unter denen ein nichtbehinderter Mensch seines Alters leben würde. Für Körperbehinderte strebt der ASB integrative Wohnformen an, durch diese Wohnformen für Behinderte und Nichtbehinderte soll dazu beigetragen werden, Vorurteile in der Bevölkerung gegenüber den besonderen Problemen der Behinderten abzubauen.

Junge Menschen haben ein Recht auf Erziehung und Bildung und sollen in die Gemeinschaft hineinwachsen. Es gilt, persönliche und gesellschaftliche Lebensbedingungen zu erkennen und soziales Engagement zu entwickeln. Im ASB steht dafür die Arbeiter-Samariter-

Jugend mit ihren vielfältigen Programmangeboten zur Verfügung. Die Praxis der Jugendarbeit zeigt dabei, daß Probleme, Fehlverhalten, Verhaltensstörungen junger Menschen oft aus Konflikten, Erziehungsfehlern sowie Umwelteinflüssen resultieren und deshalb vermeidbar sein sollten. Der ASB befürwortet deshalb ein Konzept der Jugendhilfe, in dessen Mittelpunkt die Hilfe für den jungen Menschen steht.

Abschließend ist im ASB-Orientierungsrahmen '80 auf Hilfe und Schutz bei Katastrophen hingewiesen. Hier ist das Gemeinwesen Staat aufgerufen, Vorsorge sowohl zum Schutz als auch zur raschen und ausreichenden Hilfeleistung zu treffen.

Das Prinzip der Freiwilligkeit ist hier eine tragende Säule dieses Hilfeleistungssystems. Dazu ist es notwendig, die Quote der für den Katastrophenschutz vom Wehrdienst freizustellenden Helfer deutlich zu erhöhen. Das bestehende Ungleichgewicht zwischen staatlichen und kommunalen Einrichtungen gegenüber

den privatrechtlich verfaßten Hilfsgesellschaften ist abzubauen. Der ASB sieht es als eine Voraussetzung für seine eigenen Leistungen an, daß Bundesländer und Kommunen gleichermaßen den auf sie entfallenden Anteil zur Herstellung der Einsatzbereitschaft erbringen. Es ist eine Verpflichtung des Staates, der die freiwillige Hilfe der humanitären Organisationen zur Erfüllung öffentlicher Aufgaben nützt, hierfür auch die notwendigen materiellen Voraussetzungen zu gewährleisten. Zur Leistung humanitärer Hilfe bei Katastrophen im Ausland hat sich der ASB zusammen mit anderen Organisationen zu einer Arbeitsgemeinschaft zusammengeschlossen. Damit wird eine wirksame Hilfe in Katastrophenfällen ermöglicht.

Der Orientierungsrahmen '80 des ASB ist als Katalog aller Grundsätze und Forderungen des ASB auch für die Öffentlichkeit zugänglich. Interessenten bestellen den Orientierungsrahmen '80 bei der ASB-Bundesgeschäftsstelle in 5000 Köln 41, Sülzburgstraße 146.

Wilhelm Müller

Krankswagen für den ASB Heiligenhafen

Bereits zum dritten Krankswagen kam der ASB in Heiligenhafen durch die großzügige Unterstützung eines Bürgers der Stadt. Der Reeder Kapitän Willy Freter übergab den Samaritern wiederum ein Einsatzfahrzeug. Freter machte bei der Übergabe deutlich, daß er damit die ehrenamtliche Leistung der Helfer würdigen wolle. „Als Kommunalpolitiker weiß ich den freiwilligen Einsatz des ASB sehr zu schätzen“, führte er aus.

Der Vorsitzende des ASB-Ortsverbandes dankte dem Spender und betonte, daß es dem Reeder zu verdanken sei, daß der ASB in Heiligenhafen drei Fahrzeuge für soziale Zwecke und im Rettungsdienst einsetzen könne. „Auf diese Weise haben wir vielen Bürgern in einer Notsituation Hilfe bringen können.“

Der großzügige Förderer des Arbeiter-Samariter-Bundes wurde bereits mit dem ASB-Ehrenkreuz ausgezeichnet und ist Ehrenmitglied des Ortsverbandes.

Moderne Unfallwache in historischem Gebäude

Der ASB-Ortsverband Emstal-Balhorn konnte in seine neue Unterkunft in der Fritzlarer Straße 1 einziehen. Es handelt sich hierbei um ein historisches Fachwerkhaus, das von der Gemeinde Emstal im Rahmen der Ortskernsanierung abgerissen und unter Verwendung des alten Fachwerks wieder aufgebaut wurde.

In enger Zusammenarbeit mit der Gemeinde und dem planenden Architekten konnte der Ortsverband die Innengestaltung des Gebäudes von Anfang an beeinflussen, so daß hier für die Zwecke des Ortsverbandes eine optimale Raumeinteilung erfolgen konnte. Das Gebäude umfaßt neben der Unfallwache eine Wohnung für fünf Zivildienstleistende, Sitzungs- und Ausbildungsräume sowie Büro und Aufenthaltsräume. Großzügig gestaltete Kellerräume bieten Lagerungsmöglichkeiten für den Bedarf im Krankentransport und für Materialien des Katastrophenschutzes. Eine Garage sowie großzügige Parkmöglichkeiten runden das Gesamtbild ab. Es ist hier gelungen, historische Bausubstanz sinnvoll zu nutzen, so daß sowohl den Belangen der Gemeinde als auch den Interessen des Arbeiter-Samariter-Bundes Rechnung getragen wurde.

Erfreut sind besonders die Zivildienstleistenden und die aktiven Mitglieder des Ortsverbandes Emstal-Balhorn, die nach den bisherigen engen räumlichen Verhältnissen nunmehr in großzügige und freundliche Räume umziehen konnten.



„Inseln der Stabilität“

Diakonisches Werk erweitert Aufbauprogramm für das süditalienische Erdbebengebiet – JUH seit Dezember 1980 im Einsatz



Die ersten Fertighäuser werden an italienische Familien übergeben (zweiter von rechts der Einsatzleiter der JUH, Walter Stadlmeier).



Seit Dezember 1980 baut die JUH in Mercogliano Fertighäuser für die vom verheerenden Erdbeben betroffenen Familien im Rahmen eines Wiederaufbau-Programms.



Häuser in Mercogliano – auf Schritt und Tritt die Spuren der Katastrophe, die unvorstellbare Schäden angerichtet hat.

Die von Diakonie und Caritas im Rahmen der gemeinsam getragenen „Aktion Wiederbeheimatung“ im süditalienischen Erdbebengebiet im Bau befindlichen „Dörfer der Hoffnung“ bestanden bei den starken Nachbeben der letzten Wochen ihre Bewährung. Die von den beiden kirchlichen Hilfswerken bisher in der Umgebung von Avellino erstellten Fertighäuser aus der Bundesrepublik erwiesen sich allesamt als „Inseln der Stabilität“, denen die neuerlichen Beben dank der in Friaul/Norditalien und in Ostanatolien/Türkei unter schwierigen Bedingungen erprobte Konstruktion nichts anhaben konnte. Den in den 23 Häusern der Diakonie in Mercogliano untergebrachten Obdachlosen fügten die Nachbeben keinerlei Schaden zu.

Angesichts der Tatsache, daß noch zu viele Betroffene des Erdbebens vom November letzten Jahres weiterhin nur notdürftig in behelfsmäßigen Unterkünften hausen, wird das Diakonische Werk der Evangelischen Kirche in Deutschland sein Wiederaufbau-Programm in Süditalien erweitern. Statt der ursprünglich vorgesehenen 40 Fertighäuser sollen nun 85 aufgebaut werden, davon 40 in Mercogliano, 30 in Monteforte und 15 in Neapel.

Das Programm des Diakonischen Werkes der EKD umfaßt auch den Bau eines Sozialzentrums mit Arztstation in Monteforte und den Bau eines Kindergartens mit 80 Plätzen in Mercogliano. Diese Gemeinschaftseinrichtungen dienen der Neubelebung der örtlichen Infrastruktur.

Im Auftrag der Diakonie sind beim Aufbau der auf 4,5 Millionen DM veranschlagten Fertighäuser neben Handwerkern aus Baden-Württemberg Mitarbeiter der Johanniter-Unfall-Hilfe eingesetzt. Sie werden tatkräftig unterstützt von den italienischen Gemeinden und der betroffenen Bevölkerung. Es wird damit gerechnet, alle im ersten Bauprogramm eingeplanten Objekte zugunsten der Erdbebenopfer bis Ende April ihrer Bestimmung übergeben zu können.

Das Wiederaufbau-Programm der Diakonie leitet in Süditalien die zweite, umfassendere Phase der kirchlichen Hilfe für die Erdbebenopfer ein. Die erste Phase unmittelbar nach der verheerenden Na-

turkatastrophe hatte die Erstversorgung der Obdachlosen mit Gütern des täglichen Bedarfs zum Ziel. Diese Spenden gelangten über ein eigenes Verteilernetz voll in die Hände der Betroffenen.

Die Rückkehr zur Normalität setzt im Erdbebengebiet weitergehende Hilfen voraus. Die Kirchen Italiens rufen angesichts des „präsent bleibenden Elends und der ungeheuren Not vieler“ die Kirchengemeinden und die Öffentlichkeit in der Bundesrepublik zu Spenden auf, die „großherzig sind und den Betroffenen spürbare Erleichterung bringen“.

Erste Hilfe: Das schwache erste Glied

Im Notfall tritt eine Rettungskette in Aktion: In der Regel ist als erster ein Laie am Ort. Er leistet Erste Hilfe und alarmiert Rettungsorganisation und Notarzt. Ist der Verunglückte in die Klinik gelangt, bringt man ihn in die Notaufnahme. Leider ist nicht jedes Krankenhaus gut genug ausgestattet, um eine umfassende Erstversorgung gewährleisten zu können.

Diese Rettungskette sei nur so stark wie ihr schwächstes Glied, betonen die Deutsche Gesellschaft für Anästhesiologie und Intensivmedizin und der Berufsverband Deutscher Anästhesisten in einer „Empfehlung zur Organisation des Rettungswesens“. Sie schlagen deshalb vor, die Gesamtbevölkerung in Grundkursen in Erster Hilfe auszubilden. Damit könne die entscheidende Zeitspanne zwischen Unfall bzw. Beginn einer akuten Erkrankung und dem Eintreffen des Rettungsdienstes und Notarztes genutzt werden. Lediglich alle Führerschein-Bewerber einmal in Sofortmaßnahmen am Unfallort zu unterweisen, reiche dazu nicht aus, heißt es.

Für Rettungssanitäter strebt man ein gesetzlich fixiertes Berufsbild an. Diplomierete Rettungssanitäter müßten in der Lage sein, wenn kein Arzt zur Verfügung steht oder bis der Notarzt eintrifft, selbständig und in eigener Verantwortung die wichtigsten lebensrettenden Maßnahmen durchzuführen. Im organisierten Notarzt-Dienst sollten in erster Linie Anästhesisten, Chirurgen, Internisten und Pädiater eingesetzt werden.

Der Notarzt selbst trägt ein erhöhtes Unfall- und Haftungsrisiko. Verpflichtet eine Klinik ihre Angestellten zu Notarzt-Diensten, ohne sie rechtlich gesondert zu sichern, widerspreche dies – so die deutschen Anästhesisten – der Fürsorgepflicht des Arbeitgebers. Die am Rettungswesen beteiligten Rechtsträger, also vor allem Kassenärztliche Vereinigungen, Rettungs-Zweckverbände und Krankenhäuser, sollten die Notärzte so-

zial und rechtlich angemessen gegen Schaden und Haftung sichern.

Aus „selecta“ Nr. 21/80

Benefiz-Schallplatte für die Italien-Hilfe

Die JUH wird als ideeller Träger gemeinsam mit einer bekannten Hamburger Schallplattenfirma eine Benefiz-Langspielplatte veröffentlichen. Für die Langspielplatte „Italien-Hits“ stellten sich bekannte italienische Stars, von Sydne Rome über Bud Spencer bis zur Gruppe Santa California, kostenlos zur Verfügung. Bundesinnenminister Gerhart Rudolf Baum wird diese Schallplattenaktion der JUH mit einem Grußwort begleiten.

Anfang April wird die Schallplatte der Öffentlichkeit vorgestellt und zum Verkauf freigegeben. Vom Verkaufspreis einer Platte werden 2,50 DM über die JUH unmittelbar in die „Erdbeben-Hilfe Italien“ fließen. Mit diesem Geld soll der Bau weiterer Fertighäuser in der stark zerstörten Provinz Avellino ermöglicht werden.

JUH-Jugend „mausert“ sich

In Berlin gibt es zwar schon seit 1975 JUH-Jugendgruppen, aber erst ab Mitte 1979 ist die Jugendarbeit in Berlin ein eigenständiger Bereich. Bis dahin waren die Jugendlichen jeweils dem Sanitätszug im Wohnbereich angegliedert. Erst hatte Stephan Kistenmacher die Leitung der Jugend übernommen, dann ab Oktober 1979 Christiane Berndt, weil Herr Kistenmacher aus beruflichen Gründen nicht mehr die erforderliche Zeit aufbringen konnte.

Es gibt nun in Berlin drei Jugendgruppen, gegliedert nach Wohnbezirken, mit zusammen 34 Jugendlichen. Diese beachtliche Zahl – die Zahl ist deshalb beachtlich, weil in ihr nicht mehr die Jugendlichen enthalten sind, die in die Bereitschaft integriert wurden – wurde durch Mitgliederwerbung bei Erste-Hilfe-Kursen in den Kirchengemeinden erreicht. Die Jugendlichen sind mit Feuer-eifer dabei und unterstützen z.T. auch schon die Arbeit der Bereitschaft, indem sie an Sanitätseinsätzen teilnehmen oder sich bei EH-Übungen als Mimen zur Verfügung stellen. Dadurch können sie sehr gute Erfahrungen in der Praxis sammeln und lernen auch gleichzeitig die Arbeit und die Helfer der Bereitschaft kennen. Es fällt ihnen später auch die Eingliederung in die einzelnen Züge nicht so schwer.

Da alle Jugendlichen bei Erste-Hilfe-Kursen geworben wurden und sie auch sehr an der Fortbildung interessiert sind,

haben sie einen sehr guten Ausbildungsstand und können manchem „alten Hasen“ etwas vormachen.

Auch der Bereitschaftsführer freut sich, mit diesen Jugendlichen nach Eingliederung in die Bereitschaft, zusammenarbeiten zu können.

Frommholz

Katastrophenschutzübung im Kreis Göppingen

Im August 1980 übernahm die JUH im Kreis Göppingen im Rahmen des Katastrophenschutzes eine Betreuungsstelle. Diese hat die Aufgabe, hilfsbedürftige Personen mit Versorgungsgütern zu unterstützen, zu betreuen und bei der Unterbringung mitzuwirken. Es können bis zu 1000 Personen betreut werden.

Um ihre Einsatzfähigkeit unter Beweis zu stellen, wurde ein Übungswochenende angesetzt. Samstagvormittag erfolgte der Voralarm und die Helfer befanden sich in Alarmbereitschaft. Es wurde angenommen, daß in Ebersbach durch starke Regenfälle in einem Straßenzug einige Parterrewohnungen unbewohnbar wurden und die Bewohner evakuiert und für einige Zeit anderweitig untergebracht werden müssen.

Am Sonntag um 8.25 Uhr wurde der Alarm ausgelöst und dadurch so mancher Helfer aus dem Bett geholt. Doch innerhalb von 35 Minuten waren sie am Materiallager. Nach einer kurzen Lagebesprechung und Ausgabe von Material rückten die Helfer zum angenommenen Notquartier, Jugenddorf Altblick in Ebersbach, aus. In den dort zur Verfügung gestellten Räumlichkeiten wurde rasch eine reibungslos funktionierende Betreuungsstelle eingerichtet. Bereits um 9.37 Uhr konnte mit der Registrierung, Ausgabe von Dingen des persönlichen Bedarfs, Verpflegung und Wolldecken begonnen werden. Kinder wurden betreut, sogar Säuglingsnahrung mußte herangeschafft werden. Ein Raum für Kranke wurde eingerichtet und die Notquartiere zugewiesen. Nach Übungsende konnte in der Abschlußbesprechung festgestellt werden, daß die Übung unter den gegebenen Umständen erfolgreich ablief, die Helfer aus dem Kreisgebiet waren in kürzester Zeit am Ort des Geschehens und in den Gruppen der Betreuungsstelle „Soziale Betreuung“, „Verpflegung“, „Unterkunft“ wurde reibungslos zusammengearbeitet. Allerdings mußte auch festgestellt werden, daß die Ausstattung ergänzt werden muß.

Der Ortsbeauftragte und die Leiterin der Betreuungsstelle dankten den Helfern für ihre Einsatzbereitschaft und den Mädchen des Jugenddorfes für ihr Mitwirken.

Gerhard Brandstetter

Malteser-Helfer im Sonntagsdienst

Ehrenamtlicher Einsatz in Krankenhäusern und Altenheimen

Wenn sich der Malteser-Hilfsdienst heute auch mehr auf die Ausbildung der Bevölkerung in Erster Hilfe und auf Sanitätseinsätze bei Veranstaltungen, Unglücks- und Katastrophenfällen konzentriert, so hat er die Pflegetätigkeit am Krankenbett dennoch nicht aufgegeben.

Gerade in der heutigen Zeit, wo in den Krankenhäusern und Altenheimen die modernsten Apparaturen für Diagnose und Therapie sowie technisch perfektes Gerät für die Pflege zur Verfügung stehen, hat man wieder erkannt, daß man damit allein auch nicht heilen und helfen kann. Wissenschaftliche Untersuchungen ergaben, daß Kinder in einem älteren, weniger perfektioniert eingerichteten Krankenhaus, jedoch mit genügend Pflegepersonal, eher gesund werden als in einem modernen Krankenhaus, das die beste medizinische Versorgung garantiert, jedoch über zu wenig Pflegepersonal verfügt. Ein Krankenhaus braucht nicht nur Fachpersonal, das die Apparaturen perfekt bedienen kann, sondern auch Pflegepersonal, das sich um den kranken Menschen kümmert. Initiativen für „Mutter-Kind-Krankenhäuser“, in denen nicht nur die Kinder medizinisch bestens versorgt, sondern auch jeweils von ihrer Mutter betreut werden können, sind notwendige Konsequenzen aus diesen Erfahrungen.

Der kranke Mensch darf also nicht nur medizinisch versorgt, er muß auch umsorgt werden von Menschen, die sich seiner Nöte und Sorgen annehmen! Wenn die Malteser-Ritter vor nahezu 900 Jahren schon von den „Herren Kranken“ sprachen, so haben sie damit zum Ausdruck gebracht, daß sie die Kranken nicht nur gepflegt, sondern auch wie Herren bedient haben, sicherlich auch aus einer religiösen Überzeugung heraus, dadurch Gottes Weisung zu erfüllen: „Was ihr dem Geringsten meiner Brüder getan habt, das habt ihr mir getan.“

Auch der Malteser-Hilfsdienst, der als katholische Organisation sich zu diesem „Bruderdienst“ nach wie vor verpflichtet fühlt, möchte seine Hilfeleistungen am verletzten, kranken oder älteren Mitmenschen bewußt als einen Dienst auffassen, wie es ja auch durch die Namensgebung dieser Vereinigung zum Ausdruck kommt. Eine gute Ausbildung, um



Der sonntägliche Aushilfsdienst bedeutet „Umsorgtsein“ für die Kranken . . .



. . . und Entlastung für das hauptamtliche Personal.

auch helfen zu können, eine richtige Einstellung zum Dienen sowie eine 900jährige Tradition der Malteser-Ritter sind die drei wichtigsten Komponenten, die zusammen den Malteser-Hilfsdienst ausmachen.

Aus diesem Bewußtsein heraus verfolgt der Malteser-Hilfsdienst mit seinem Sonntagsdienst im Krankenhaus oder Altenheim folgende fünf Ziele:

1. Durch die an den Wochenenden von Malteser-Helferinnen und -Helfern geleisteten Hilfsdienste soll das hauptamtliche Pflegepersonal entlastet werden, damit es seinerseits wieder etwas mehr Zeit für den einzelnen Kranken finden kann.
2. Die Malteser-Helferinnen und -Helfer sind bestrebt, bei der Ausübung ihrer Tätigkeiten den Menschen nicht außer acht zu lassen, indem sie auf die Wünsche der Kranken eingehen, den einsamen Menschen im Altenheim auch mal geduldig zuhören und sich mit den kranken Kindern, die lange Stunden mütterseelenallein sind, beschäftigen, indem sie ihnen etwas vorlesen, mit ihnen spielen oder einfach für sie da sind.
3. Durch diesen freiwilligen und ehrenamtlichen Hilfsdienst ist die Möglichkeit

geschaffen, nicht nur von „christlicher Nächstenliebe“ zu reden, sondern sie auch in die Tat umzusetzen. Und daß von dieser Möglichkeit auch und gerade von der heutigen Jugend Gebrauch gemacht wird, beweisen die vielen tausend Stunden, die in Krankenhäusern oder Altenheimen von Malteser-Helferinnen und -Helfern jedes Jahr geleistet werden, und zwar ohne irgendeine Vergütung dafür zu bekommen; denn man kann ja nicht auf der einen Seite eine „christliche Liebespflicht“ erfüllen und auf der anderen Seite sich diesen Dienst bezahlen lassen wollen. Die Verpflegung während des Dienstes wird selbstverständlich von den Krankenhäusern bzw. Altenheimen gestellt, ebenso auch die Unkosten für die Fahrt zurückerstattet.

4. Gleichzeitig kann dieser Sonntagsdienst auch zur Berufsfindung einen wesentlichen Beitrag leisten. Viele Mädchen oder Jungen, die beabsichtigen, den Beruf der Krankenschwester oder des Krankenpflegers zu ergreifen, können sich bei diesem Sonntagsdienst prüfen, ob sie wirklich sich dafür eignen oder nicht. Viele haben sich daraufhin für diesen Beruf echt entscheiden können, manche sind dadurch auch erst auf diese Möglichkeit aufmerksam gemacht worden, manche konnten auch rechtzeitig erkennen, daß dieser Beruf doch anders ist als sie sich ihn vorgestellt haben.

5. Sicherlich haben die Helferinnen und Helfer auch einen persönlichen Gewinn dabei, seien es allgemeine menschliche Erfahrungen oder seien es praktische Erfahrungen in der Kranken- und Altenpflege, auf die jede Helferin und jeder Helfer bei ihren sonstigen Sanitätseinsätzen oder auch zu Hause in der Familie irgendwann einmal zurückgreifen kann.

Wie ist dieser Sonntagsdienst organisiert?

In der Regel wird jedes halbe Jahr ein Dienstplan erstellt. Wer von den Helfer(innen) sich für einen bestimmten Sonntag in jedem Monat auf eine bestimmte Station im Krankenhaus oder für das Altenheim meldet, wird dementsprechend eingeteilt und erhält einen Plan, aus dem ersichtlich ist, wer an den anderen Sonntagen auf der Station Dienst macht. So kann man im Falle einer Verhinderung mit jemand anders tauschen.

Der Dienst beginnt um 7.00 Uhr und en-

det gegen 14.00 Uhr. Dies ist nicht zu oft (einmal im Monat) und am jeweiligen Sonntag auch nicht zu lange (7 Stunden), denn die Helfer(innen) brauchen neben Schule oder Beruf auch noch genügend Freizeit für sich selbst. Es ist aber auch nicht zu wenig, damit sich die einzelnen Helfer(innen) in den folgenden Monaten auch gleich wieder auf ihrer Station auskennen. So lohnt sich auch das Einarbeiten und Erklären so mancher Handgriffe, wenn sie anschließend von den Helfer(innen) selbständig und mehrmals durchgeführt werden können. Aus diesem Grunde bleiben die Helfer(innen) auch mindestens sechsmal hintereinander auf der gleichen Station, viele, die sich für weitere Halbjahreseinsätze einteilen lassen, auch über Jahre hin, so daß sich diese dann natürlich bestens auskennen und eine noch größere Hilfe darstellen.

Was wird von den Malteser-Helfer(innen) erwartet?

Sie sollten nicht nur helfen „wollen“, sondern auch helfen „können“. Deshalb haben alle, die beim Krankenhausdienst mitmachen, eine Erste-Hilfe- und eine Sanitätsausbildung, viele auch zusätzlich noch einen Schwesternhelferinnenlehrgang besucht.

Desweiteren sollten die Helfer(innen) zuverlässig, pünktlich und ordentlich ihren Dienst versehen. Die einzelnen Stationsschwestern müssen sich hundertprozentig darauf verlassen können, daß regelmäßig jeden Sonntag eine bestimmte Helferin bzw. ein bestimmter Helfer kommt. Dann können sie ihr Personal auch entsprechend einteilen.

Sicherlich gehört auch eine gute Portion Idealismus dazu, wenn man an einem Wintersonntag in der Früh um 6.00 Uhr aufstehen muß, damit man um 7.00 Uhr im Krankenhaus oder Altenheim seinen Dienst antreten kann!

Was tun die Helfer(innen) beim Krankenhaus- oder Altenheimdienst?

Im Altenheim: Fröhlich helfen sie z. B. beim Zubereiten des Frühstücks. Die Stationschwester erklärt dann, wem sie das Frühstück nur auf das Zimmer bringen und wen sie füttern müssen. Sind alle Heimbewohner versorgt, wird das Geschirr wieder eingesammelt und in der Küche gespült. Anschließend gehen sie daran, die einzelnen Zimmer soweit als nötig zu reinigen, die Betten zu machen, den Blumen frisches Wasser zu geben und was gerade sonst noch so anfällt. Manche etwas gehbehinderten alten Leute werden dann von den Helfer(innen) zur Kirche begleitet. Nach dem Gottesdienst ist es dann auch schon wieder soweit, daß mit der Vertei-



Kinder brauchen mehr als andere Kranke nicht nur Pflege, sondern auch Zuwendung, zum Beispiel im gemeinsamen Spiel.

lung des Mittagessens begonnen werden kann. Nach dem Geschirrwaschen und Säubern der Küche ist der Dienst dann auch schon um.

Im Krankenhaus: Meist beginnt die Arbeit mit dem Bettenmachen oder auch dem Betten von bettlägerigen Patienten. Hier kann man nicht jedesmal auf die gleiche Weise vorgehen, wie man es gelernt hat, sondern muß entsprechend der individuell verschiedenen Verletzungen mal so oder mal anders zu packen. Auch Verbände müssen schon mal gewechselt, Inhaliergeräte bedient, Infusionen überwacht und gegebenenfalls abgestellt werden. Nach dem Essenaustragen und Füttern von Schwerkranken darf man auch schon mal pulsen, Fieber messen und die Werte in Fieberkurven eintragen.

Auf chirurgischen Stationen gehört zur Routinearbeit das Bettpfannen-Unterschieben, das Säubern sowie das Leeren und Reinigen von Urinflaschen. Manchen Patienten kann man dann auch bei ihren ersten Gehversuchen behilflich sein.

Auch kleine Handreichungen wie z. B. das Auspressen einer Orange, das Versorgen der Blumen oder das Einwerfen eines Briefes gehören zum selbstverständlichen Dienst.

Auf den Kinderstationen sind die Helferinnen besonders gern; denn welches junge Mädchen möchte nicht gerne einmal ein kleines Kind füttern oder gar trocken legen? Gerade bei diesen kleinen Kindern sehen die Malteser-Helferinnen nicht allein im Pflegerischen ihre Aufgabe, sondern auch darin, sich mit ihnen auch mal persönlich etwas abzugeben. Während der Woche haben die

Schwestern kaum Zeit, mit ihnen mal zu spielen oder ihnen etwas vorzulesen. Aber gerade das braucht ein Kind, wenn es bald wieder gesund werden soll!

Beweggründe zu diesem Dienst:

Werden die einzelnen Helfer(innen) nach ihren Beweggründen gefragt, weshalb sie sich diesen freiwilligen und ehrenamtlichen Dienst an alten oder kranken Menschen gemeldet, sich nach einem halben Jahr vielleicht wieder erneut melden und einige dies nun schon über Jahre hin tun, erhält man folgende Antwort: „Mich hat dies beeindruckt, wieviel menschliche Not in den Krankenhäusern und Altenheimen herrscht, sei es nun die Überforderung des Pflegepersonals oder daß z. B. manche alte Leute niemanden mehr haben oder – was noch schlimmer ist – niemand ihrer Verwandten sich in angemessenem Maße um sie kümmert. All dies hat mich so beeindruckt, daß ich nun auch schon seit über zwei Jahren diesen Dienst versee und auch gerne weitermachen möchte. Ein Sonntag im Monat ist ja auch nicht allzu viel.“

„Ich habe vor, einen Beruf im sozialen Bereich zu ergreifen, und da wollte ich mich vorher noch etwas testen, ob mir diese Tätigkeit auch tatsächlich und welche mir speziell am meisten zusagt.“

Ein drittes Mädchen meinte: „Ich ging eigentlich am Anfang nur deshalb zum Krankenhausdienst, weil meine Freundin sich auch dazu gemeldet hat. Jetzt bin ich froh darüber, denn es macht mich irgendwie glücklich, wenn ich sehe, wie andere Menschen sich über meine Hilfe freuen. Anfangs wollten sie uns gar nicht abnehmen, daß wir dies alles ohne jegliche Bezahlung tun.“

Ein Helfer: „Beim Sonntagsdienst auf der Ambulanz kann ich noch so manches dazulernen, was mir dann bei anderen Sanitätseinsätzen wieder sehr zugute kommt.“ Ein anderer Helfer: „Schließlich bin ich ja deshalb im Malteser-Hilfsdienst, um derartige Dienste zu übernehmen.“

Anmerkung: Altenheimdienst und Krankenhausdienst wird von vielen MHD-Gliederungen durchgeführt, je nach den Gegebenheiten auch in etwas anderer Form; in manchen Orten wird nur samstags, in anderen nur am Sonntagmorgen oder auch den ganzen Sonntag über Dienst gemacht.

Im obigen Bericht ist dargestellt, wie der Sonntagsdienst im Altenheim Heilig Kreuz in Offenburg (jeden Sonntag mit vier Helferinnen) und wie der Sonntagsdienst im Städtischen Krankenhaus in Offenburg (jeden Sonntag mit einem Helfer und zwei Helferinnen) durchgeführt wird.

Feuerwehr- Erholungsheime

Seit Jahrzehnten gibt es in der Bundesrepublik Deutschland zahlreiche Feuerwehrerholungsheime, die alle vorrangig der sozialen Fürsorge der Feuerwehrmänner dienen. Da immer wieder festgestellt wurde, daß die in den Bundesländern bestehende Heime bundesweit nicht in allen Feuerwehren bekannt sind, stellt der Deutsche Feuerwehrverband die einzelnen Heime vor.

Der Arbeitskreis „Feuerwehrheime“, dem alle neun bestehenden Feuerwehrheime der Bundesrepublik angehören, ist seit Jahren um eine Lösung bemüht, im Rahmen eines Platzaustausches allen Feuerwehrmännern die Möglichkeiten der Urlaubsbuchung in den Heimen zu ermöglichen.

Auch soll den Feuerwehrmännern der Landesfeuerwehrverbände eine Erholungsmöglichkeit geschaffen werden, die über kein eigenes Erholungsheim im Landesverband verfügen. Vereinbart wurde, daß in diesen Fällen Anmeldungen für Urlaubsplätze direkt an die betreffenden Feuerwehrerholungsheime zu richten sind. Anfragende haben u. a. dabei anzugeben, welcher Feuerwehr sie seit welchem Zeitraum aktiv angehören.

**Verein Bayerisches
Feuerwehrrholungs-
heim e. V.
Feuerwehrheimstraße 20
8232 Bayerisch Gmain
Telefon 08651/4406**

Das Bayerische Feuerwehrrholungsheim befindet sich in Bayerisch Gmain, Landkreis Berchtesgadenerland/Obb. in 620m Höhe. Das Heim umfaßt 110 Fremdenzimmer, ein Hallenschwimmbad mit einem Ausmaß von 16,6m x 8m, einen Fitneßraum mit Pool-Billard, Kicker, Tischtennis und Fitneßgeräten. Eine automatische Kegelbahn, mehrere großzügige Aufenthaltsräume, drei Fernsehräume und Parkanlagen mit Liegewiese sowie zwei Parkplätze mit 110 Stellplätzen. Landschaftlich sehr schön gelegen, von Bergen umrahmt, 17km nach Berchtesgaden und 17km nach Salzburg.

Der Kurort Bayerisch Gmain gehört zum



Staatsbad Bad Reichenhall. Alle Gäste unterliegen der Kurtaxe. Dadurch können Kuranlagen und Einrichtungen genutzt werden. Das Klima eignet sich vorzüglich bei Bronchitis und Atembeschwerden. Für Spaziergänge sind die

ausgebauten Wanderwege sehr beliebt. Im Ort befindet sich für die Wintersportler eine Rodelbahn, eine Langlaufloipe und ein Skilift. In der näheren Umgebung Bayerisch Gmains sind mehrere Skizentren.

Feuerwehr-Ausbildungs- und Freizeitheim „Hoher Meißner“ 3447 Meißner-Vockerode

**Auskunft: A. Görke
Weidenhäuser Straße 21
3440 Eschwege
Telefon 05651/10363**

Das Feuerwehrheim liegt im Naturpark Meißner – Kaufunger Wald. Der Meißner, der 751 m hohe König der Hessischen Berge, ist der Mittelpunkt des

neuen Werra-Meißner-Kreises. Das Haus ist ganzjährig geöffnet. Die Kreisstadt Eschwege sowie die Städte Witzzenhausen, Hessisch Lichtenau, Großalmerode, Bad Sooden-Allendorf und die Gemeinde Neu-Eichenberg sind in unmittelbarer Nähe. Von all diesen Städten kann man den Meißner (etwa 15km) erreichen. Das Haus liegt in etwa 480m



Höhe und ist durch Wegweiser bestens zu finden. Das Naturparkgebiet hat eine Größe von etwa 42058ha. Der Naturpark gehört geographisch zum Werra-Fulda-Bergland, einem Gebiet, das sich durch häufigen Wechsel in den Landschaftsformen auszeichnet. Wie der Name schon sagt, wird diese Landschaft von Werra und Fulda abgegrenzt, und zwar bis zu ihrem Zusammenfluß bei Hann.-Münden. Es handelt sich bei dem Naturparkgebiet um eine sehr reizvolle, typische Mittelgebirglandschaft, die überwiegend bewaldet ist. Zur Werra hin führen viele Täler mit stimmungsvollen Wiesengründen und klaren Forellentälen.

Vom Feuerwehrheim aus ist bequem der Tierpark bei Germerode zu erreichen. Über 50km Rundwege sind auf dem Hohen Meißner angelegt, so daß erholsame Wanderungen durchgeführt werden können. Ein Wochenendurlaub in diesem Gebiet, besonders im Feuerwehrheim Hoher Meißner, wäre etwas Besonderes. Auch den Einheimischen regen die vielen Möglichkeiten – vielleicht zu neuen Entdeckungsfahrten in der eigenen Heimat – an.

Florianshütte der Berufsfeuerwehr München 8172 Lenggries

**Auskunft: Feuerwehrheim
K. Birnbeck, Blumenstr. 34
8000 München 2
Telefon 089/23806311**

Die Florianshütte liegt 55km südlich von München in 1270m Höhe auf dem Südhang des Braunecks. Sie gehört dem „Verein Erholungsheim der Berufsfeuerwehr München“. Von der Talstation der Brauneckbahn in Lenggries, wo ein Parkplatz zur Verfügung steht, erreicht man in 18 Minuten die Bergstation und von dort die Hütte in 20minütigem Fußmarsch bergab. Die Hütte ist mit Ausnahme des Monats November ganzjährig bewirtschaftet. Für die Übernachtung stehen sechs Zweibettzimmer, drei Zimmer mit vier Betten, ein Sechsbettzimmer und ein „Lager“ mit zwölf Betten zur Verfügung. Die Einrichtung entspricht dem Charakter einer Berghütte, eine Zentralheizung sowie fließendes Warmwasser sorgen für einen gewissen Komfort.

Im Sommer sind Wanderungen und harmlose Klettertouren möglich, im Liegestuhl auf der Sonnenterrasse und im Badebecken kann man sich erholen. Im Winter liegt die Florianshütte inmitten eines Skizirkus mit 16 Liften.

Feuerwehr-Erholungsheim „Bad Harzburg“ Kleine Krodowstr. 5 3388 Bad Harzburg 1

**Auskunft: KBM H. Maushake
Ingostr. 8, 3339 Ingeleben
Telefon 05354/350**

Ruhige, windgeschützte Hanglage; 38 Betten, 400m NN. Wenige Minuten vom Kur- und Stadtzentrum – moderne Einzel- und Doppelzimmer – überdachte Veranden – Etageduschen und Toiletten – gemütliche Aufenthaltsräume – Fernseher – Liegewiese – anerkannt gute Küche.

Bad Harzburg – Pforte des Nordharzes
– mildes ganzjähriges gemäßigtes Mit-

telgebirgsklima. Beliebtes Heilbad mit vielseitigen Kurwendungen – Thermalbad 30° – Sauna – Solarium – Freibad 24°. Ausgangspunkt abwechslungsreicher Ausflugsziele – zahlreiche Talsperren – Tropfsteinhöhle – Tannenwälder – Ruheoasen – Ski- und Wanderwege – Märchenwald – Wildfütterungen – Fitneß-Center – breitgefächerte Sportmöglichkeiten – für jeden etwas. Baden – Erholen – Wandern – Ruhen – Gesunden. Im Feuerwehrheim erleben Sie schöne Stunden. Für jeden das Richtige. Alles in allem im Harz wird es Ihnen gefallen.



**Erholungsheim St. Florian
Granetalweg 17,
3393 Goslar-Hahnenklee**

Auskunft:
Erholungsfürsorge FF Hamburg
T. Nehrens, Westphalensweg 1
2000 Hamburg 1
Telefon 040/24828442

Der Verein „Erholungsfürsorge der Freiwilligen Feuerwehren Hamburg e. V.“ unterhält im heilklimatischen Kurort Hahnenklee/Oberharz inmitten der herrlichen Berg- und Waldlandschaft auf einer 4253qm großen Hangfläche ein Ferienhaus mit 22 Betten und ein Appartementshaus mit sechs Doppelzimmern mit allen dazugehörigen sanitären Anlagen. Um die beiden Häuser herum sind Liegewiesen sowie eine waagerechte Sportfläche. Das Grundstück liegt unmittelbar am Hochwald, und es bieten sich somit Wandermöglichkeiten jeglicher Art. Der Ort Hahnenklee liegt 600–720 m über NN. Für die Gäste wird durch die Kurverwaltung ein umfangreiches Programm geboten. Außer einem Hallen- und Freibad stehen den Feriengästen Tennis- und Minigolfplätze zur Verfügung. In den zahlreichen Teichen können Karpfen und Forellen geangelt werden.

Das Wintersportgelände am Bocksberg bietet zahlreiche Ski-Abfahrten, eine Rodelbahn sowie umfangreiche Möglichkeiten zum Schlittschuhlaufen. Ferner stehen den Feriengästen eine Kabinenseilbahn sowie im Winter auch zwei Schleplifte zur Verfügung.

**Feuerwehr-Schulungsheim
Sattelmühle
6731 Esthal-Sattelmühle
Tel. 06325/7666**

Das vom Förderkreis der Freiwilligen Feuerwehren im Landkreis Bad Dürkheim betriebene Heim liegt im Herzen des Pfälzer Waldes in einer landschaftlich besonders reizvollen Umgebung. Es dient den Feuerwehren als zentrale Ausbildungs- und Schulungsstätte sowie zur Freizeitgestaltung. Das ehemalige Forsthaus wurde in den Jahren 1977 bis 1979 von den Feuerwehrangehörigen des Landkreises Bad Dürkheim in überwiegender Eigenleistung zu einem modernen Schulungsheim umgebaut. Es ist geeignet für die Durchführung von Lehrgängen und Tagungen und dient gleichzeitig der Erholung.

Das Schulungs- und Erholungsheim gehört zur Verbandsgemeinde Lambrecht. Lambrecht liegt an der Bahnlinie Ludwigshafen – Saarbrücken, zwischen Kaiserslautern und Neustadt an der Weinstraße.



**Erholungsheim der Feuerwehr Hamburg
Gudow bei Mölln, Schl./Holstein**

**Auskunft: Notgemeinschaft
Feuerwehr Hamburg
Westphalensweg 1
2000 Hamburg 1
Telefon 040/24828371**

Klein und gemütlich. Hier kann man sich erholen. Ideal für Naturfreunde und Wanderer. Europa-Wanderweg. Am Hochwald und Dorfrand gelegen, im Na-

turpark der Lauenburger Seen-Platte. Ein Paradies für Kinder. Wassersportler und Angler finden hier noch saubere Gewässer und gesunde Fischbestände. Vogelschutzgebiet. Sieben Gästezimmer mit fl. Kalt- und Warmwasser. Modern eingerichtete Küche, Duschbäder, Aufenthalts- und Eßraum mit Kamin, Liegehalle, Tischtennis, Grillplatz, Kinderspielplatz mit Planschbecken.



**Verein Feuerwehr-
erholungsheim
Nordrhein-Westfalen e. V.
5275 Bergneustadt/
Oberbergischer Kreis
Telefon 02261/4002526**

In waldreicher Gegend – etwa 350 m über NN – liegt in herrlicher Südhanglage oberhalb der Stadt Bergneustadt das Erholungsheim der Feuerwehren des Landes Nordrhein-Westfalen. 54 Doppelzimmer, größtenteils mit WC, sind wohnlich gestaltet. Mehrere Tagesräume, Spiel- und Fernsehzimmer, Bibliothek, ein Hallenschwimmbad, Sauna, Solarium, Sportraum und eine Kegelbahn sorgen für einen angenehmen Aufenthalt. Die dem Haus vorgelagerten Terrassen mit Blick auf die Höhen des Oberbergischen Kreises und die Berge des Sauerlandes werden gerne genutzt. Der Verein stellt den weitaus größten



Teil der Urlaubsplätze des Feuerwehrmännern des Landes Nordrhein-Westfalen kostenlos zur Verfügung. Die Familienangehörigen der Feuerwehrmänner

sowie weitere Selbstzahler werden bei Entrichtung eines günstigen Pensionspreises (auf Anfrage) gerne im Haus aufgenommen.

**Feuerwehrheim
St. Florian Titisee
7820 Titisee-Neustadt**

**Auskunft: KBM Kurt Hog
Freiburger Straße 25
7730 Villingen-Schwenningen
Telefon 07721/54442**

Das Feuerwehrheim St. Florian liegt in 941 m Höhe im Hochschwarzwald am Titisee. Eingerahmt von Tannenwäldern bietet es eine Oase der Ruhe und Erholung. In 36 Doppel- und neun Einzelzimmern, alle mit Dusche und WC ausgestattet, finden die Feuerwehrmänner und ihre Angehörigen eine behagliche Atmosphäre. Ein Lese- und Fernsehraum sowie eine Kegelbahn und ein Tischtennisraum dienen dem Freizeitangebot unserer Gäste.

Das Feuerwehrheim liegt inmitten eines anerkannten Winter- und Sommerkurge-



bietet an der Bruderhalde der Gemarkung Hinterzarten. Mehrere ausgeschliffene Wanderwege bieten Sommer- wie Wintergäste die Möglichkeit für kurze

wie auch für ausgedehnte Spaziergänge. Skilanglaufloipen – teilweise beleuchtet – sowie Skilifte in der näheren Umgebung sind für die Wintersportler ideal.

**XIII. Internationales
Symposium 1981 des CTIF**

Donnerstag, 23. Juli 1981

9.00 Uhr

Eröffnung des Symposiums

9.30 bis 12.30 Uhr

Thema:

Rauchentwicklung und Rauchausbreitung bei Bränden in Gebäuden

14.30 bis 17.30 Uhr

Thema:

Probleme und Möglichkeiten bei der Freihaltung der Rettungswege von Brandrauch

Freitag, 24. Juli 1981

10.00 bis 13.00 Uhr

Brandbekämpfung in Gebäuden mit übergroßen Brandabschnitten

15.00 bis 18.00 Uhr

Thema:

Methoden und Vorschläge zur Erhaltung und Verbesserung der körperlichen Leistungsfähigkeit von Feuerwehrmännern

Das Symposium findet in der Kongreßhalle Böblingen statt. Nach den Referaten und Koreferaten ist eine öffentliche Diskussion, an der sich die Symposiumsteilnehmer beteiligen können. Sämtliche Vorträge und die Diskussion werden simultan übersetzt in französisch, italienisch, englisch, russisch und deutsch.

Teilnehmerbeitrag:

Von den Teilnehmern wird ein Unkostenbeitrag in Höhe von 100,- DM erhoben, der mit der Anmeldung auf das Konto „LFV Baden Württemberg, Böblingen, Sonderkonto Veranstaltungen“

Nr. 25762 bei der Kreissparkasse Böblingen BLZ 60350130 einzuzahlen ist. Nach Eingang der Tagungsgebühr und der Anmeldung werden die Tagungunterlagen einschließlich dem Tagungsausweis versandt. Gegen Vorlage dieses Ausweises erhalten die Teilnehmer vor Symposiumsbeginn die in einer Dokumentation zusammengefaßten Referate und Koreferate im Tagungsbüro in der Kongreßhalle Böblingen kostenlos ausgehändigt.

Anmeldung und Teilnehmerbeitrag sind bis spätestens **15. Mai 1981** an das Organisationsbüro zu entrichten.

Weitere Auskünfte, Anfragen oder Zimmerreservierungen sind an das Organisationsbüro – CTIF Böblingen, Röhrer Weg 12, 7030 Böblingen, Telefon 07031/276881 zu richten.

Taucheinsatzzug der DLRG Bremen-Nord

„Der Weg nach oben“

Ein Erfahrungsbericht aus der Bergung von 16 Personenwagen

Diese Seiten
erscheinen in
Verantwortung der
Deutschen
Lebens-Rettungs-Gesellschaft e. V.

Auf unerklärliche Weise häufen sich mitunter Anforderungen von Taucherhilfe in speziellen Fällen und mit spezieller Aufgabenstellung. So hatte der Taucheinsatzzug der DLRG Bremen-Nord in zwei Jahren 16 Personenkraftwagen zu bergen. Elf Fahrzeuge waren unter der Oberfläche von Flüssen und Seen nach strafbaren Handlungen verschwunden (Diebstahl, Versicherungsbetrug, Vergehen nach dem Abfallbeseitigungsgesetz), zwei Fahrzeuge hatte die DLRG zur Erprobung von Ausrüstungsgegenständen und für taktische Versuche versenkt, drei Fahrzeuge waren durch Unfälle in Gewässern gestürzt. Welche Probleme ergaben sich nun dabei? Der Taucheinsatzzug berichtet darüber:

Das Auffinden in den meist unsichtigen Gewässern

Nachdem wir zunächst mit den „klassischen Grundtauchstrecken“ gesucht hatten, haben wir zur Beschleunigung der Suchaktion den Leinenführer an der Stelle des Ufers plaziert, die die vermutliche Einsturzstelle war. Mit einer nicht schwimmenden Führungsleine wurden dann unter Benutzung der Leinenzugzeichen zwei mit „buddy-lines“ verbundene Taucher in großem Radius um die Einsturzstelle herumgeführt. Dabei muß sich die Führungsleine zwangsläufig an dem Wrack verfangen. Dadurch treffen die Taucher sehr schnell auf das Autowrack und setzen eine Markierungsboje. Beim gleichen Tauchgang wird festgestellt, wie der Pkw unter Wasser liegt und ob Personen eingeschlossen sind.

Das Anschlagen des Fahrzeugs

Dieser Vorgang ist relativ einfach, wenn das Auto auf dem Dach liegt. Man kommt dann immer sehr leicht an die Achse heran und kann hier die Schlepptrasse befestigen. Liegt das Fahrzeug auf den Rädern, ist die Befestigung der Schlepptrasse meist sehr schwer, da die Räder oft im Schlack oder Sand völlig verschwunden sind. Ein Anschlagen der Schlepptrasse an den Achsen ist in solchen Fällen meist unmöglich. Sowohl Stoßstangen als auch Abschlepphaken



Oben: Bei auf dem Dach liegenden Pkw sind die Trossen leicht an der Achse zu befestigen.



Rechts: Der Pkw kann dann bei glattem, sanft abfallendem Sanduntergrund mit einem Abschleppfahrzeug auf das Ufer gezogen werden.

Das Ziehen an der Karosserie führt zu schweren Fahrzeugschäden und zu Ölverschmutzung.





Die Anwendung der Hebesackmethode ist problemlos; das Fahrzeug wird bis unter die Wasseroberfläche aufgetrieben.



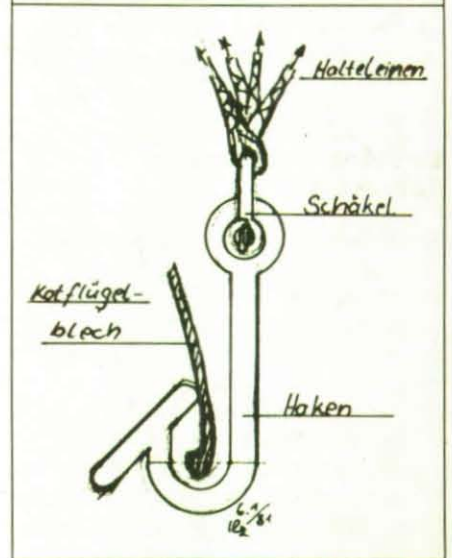
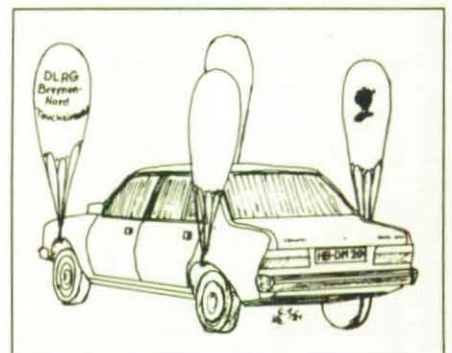
Auch das Bergen von schwimmenden Einheiten aus – wie hier z. B. mit dem Kran des Feuerlöschbootes – ist eine gute Möglichkeit für eine Fahrzeugbergrung, wenn die Taucher in der Lage waren, die Schlepptrasse richtig anzuschlagen.

sind überwiegend ungeeignet, weil sie nicht genügend Zug aushalten.

Wir hatten ursprünglich in solchen Fällen eine Stahltrosse durch das Führerhaus gelegt und so an der Karosserie gezogen. Dadurch wird der Fahrzeugaufbau aber schwer beschädigt. Wir haben daher eine Serie von Hebesäcken vorbereitet – speziell für solche Pkw-Bergrungen.

Zunächst wird mit einem breiten und flachen Haken unter jeden Kotflügel ein Hebesack geklemmt und zur Hälfte mit Luft gefüllt. Jeder dieser vier Hebesäcke kann maximal 150 kg heben. Dann werden die Seitenfenster der Fahrer- und Beifahrertür geöffnet und quer durch das Führerhaus eine Stahltrosse (Durchmesser mindestens 14 mm) mit zwei großen gespleißten Augen geschoben. Auf das Dach des Fahrzeuges wird ein kissenförmiger Hebesack (Tragkraft 1,4 Tonnen) gelegt und mit Schäkeln an beiden Augen der durch den Innenraum gehenden Stahltrosse angeschäkelt. Jetzt wird mit eigens zu diesem Zweck mitgeführten Preßluftflaschen Luft in die Hebesäcke geblasen. Die Hebesäcke an den Kotflügeln verhindern dabei ein Kentern des aufschwimmenden Pkw. Sobald sich der Pkw vom Boden gelöst hat, kann man eine Schlepptrasse an der Achse befestigen.

Liegt die dem Motor tragende Seite zu einem Steilufer hin, kann es nötig werden, an dieser Seite einen weiteren klei-



nen Hebesack, etwa mit einem Kranhaken, zu befestigen. Dadurch wird verhindert, daß sich diese Seite beim Ziehen in das Steilufer bohrt.

Mit den Hebesäcken ist es möglich, jeden Pkw einwandfrei zum Schwimmen zu bringen. Jetzt kann der Pkw mit einem Boot, mit einer vom Land her geführten Handleine oder sogar durch einen Schwimmer mit Flossenbeinschlag in die Uferposition gebracht werden, die ein leichtes Anlanden ermöglicht.

Das Ausbringen der Schlepptrasse

Dies sollte noch geschehen, wenn sich der Pkw in tiefem Wasser befindet. Häufig ist es für den Taucher sehr schwer, die Schlepptrasse der Abschleppfahrzeuge, die häufig mit großen Augen und Schäkeln versehen sind, auszubringen. Ist es nicht möglich, ein geeignetes Boot einzusetzen und die Trasse dann mit einem Tauende abzufieren, bleibt oft nur die Möglichkeit, einen oder mehrere Schwimmkörper zu verwenden. Wir pflegen in solchen Fällen Autoschläuche aufzublasen und unter die Trossen zu schieben.

Einsatz von Abschleppfahrzeugen

Der Einsatz solcher Fahrzeuge bringt mitunter erhebliche Probleme. Die Fahrzeuge müssen oft auf weichem Untergrund manövrieren und für das Anlanden gehörige Kraft aufwenden. Es war wiederholt nötig, daß wir mit einem Bergen „eingewühlter“ Abschleppfahrzeuge durch Vorspannen unserer eigenen Einsatzfahrzeuge mehr Arbeit und Mühe hatten als mit der Pkw-Bergung. Wir streben daher bei derartigen Maßnahmen an, daß Kranwagen von Feuerwehr oder THW angefordert werden.

Die Bergemethode mit Hebesäcken

Sie hat sich als außerordentlich schonend erwiesen. Zum einen werden die Pkw nicht nur weitgehend unbeschädigt an Land gebracht – was für die Ermittlungen der Polizei nicht uninteressant ist –, zum anderen wird Austritt von Treibstoff und Öl weitestgehend vermieden, was für den Umweltschutz von Bedeutung ist.

Eingeschlossene Personen

Wenn in Luftblasen eingeschlossene Personen in den gesunkenen Fahrzeugen entdeckt werden, muß man auf eine Hilfeleistung vorbereitet sein, die le-

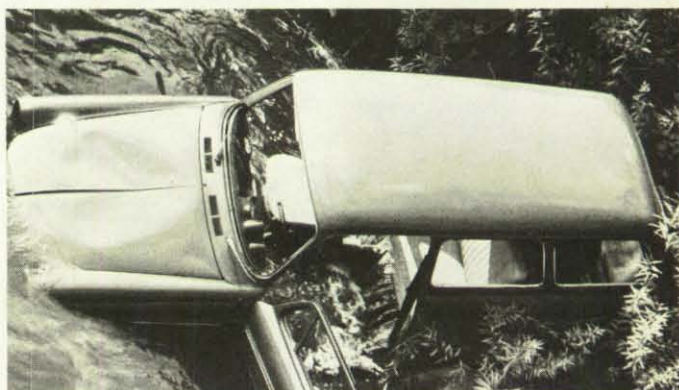
bensrettend ist. Schlägt man einfach Scheiben des Fahrzeuges ein und versucht die Eingeschlossenen herauszuziehen, besteht die Gefahr des Verfangens und Verklemmens. Auf jeden Fall dauert der Weg an die Oberfläche für die unter Sauerstoffmangel leidenden, sich zudem häufig in Panik befindlichen Personen zu lange, so daß es möglich sein kann, sie durch die Rettung zu ertränken.

Wir haben speziell für diese Bergungen einen Dorn entwickelt, der an einem

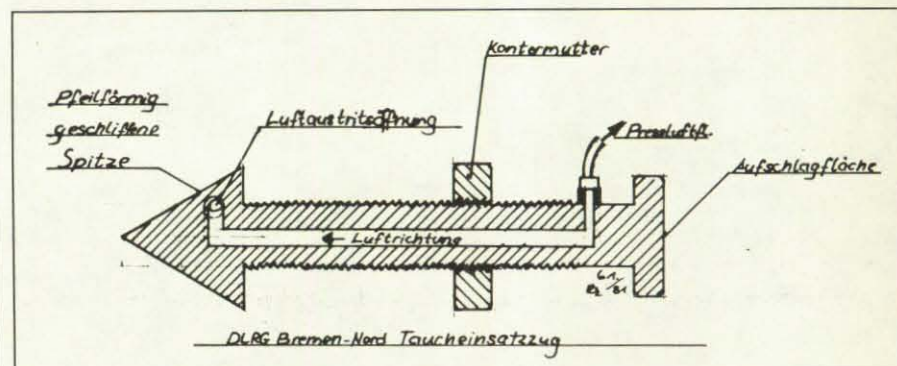
tiefen Punkt durch die Karosserie geschlagen wird und über dessen Zuleitung Druckluft eingepulst werden kann.

Bei Übungen hat das bisher sehr gut geklappt. Im Einsatzfall haben wir das Gerät allerdings bei einem Pkw noch nicht verwendet. Eine lebensrettende Verwendung konnten wir verzeichnen bei der Rettung eines unter Wasser in der Kajüte eines gesunkenen Bootes Eingeschlossenen.

Dr. Männche



Weitestgehend unbeschädigt gelangen mit Hebesäcken geborgene Fahrzeuge in Flachwasser und an Land.





Ein umfangreiches Lehrgangsprogramm erfüllten die Technischen Leiter im DLRG-Bezirk Westertal/Taunus in der DLRG-Lehrbildungsstätte in Lehmen an der Mosel. Die Tagesordnung umfaßte neben den Punkten Lehrgangsplanung, Prüfungsordnung und Versicherungswesen auch ein praktisches Training der Wiederbelebung.
Foto: G. Meurer

Neue Ausbilder bestanden Prüfung

Die Technische Leitung des Bezirks Hellweg in Westfalen führte einen Lehrgang für Lehrscheinbewerber durch. Über den Zeitraum vom 26. Oktober 1980 bis 8. Februar 1981 wurde jeden Sonntagvormittag von 6.45 bis 11.30 Uhr „gebüffelt“. Wenn manch ein anderer noch in den „Federn“ lag, stiegen die Teilnehmer in das Becken des Hallenbades in Kamen, um für die Praxis zu üben.

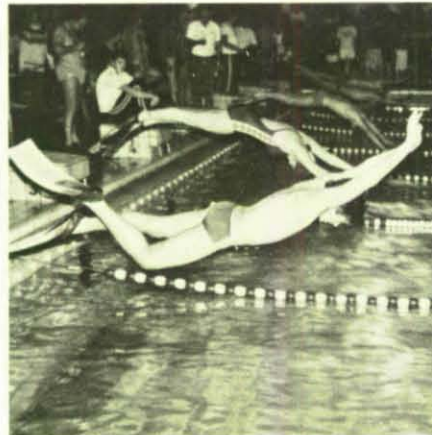
Mit der Unterstützung zahlreicher Fachwarte konnte den lernbegierigen DLRG'lern einiges an Wissen vermittelt werden, das ihnen sicher bei der späteren Arbeit in den Gliederungen nützlich sein wird. Bemerkenswert war an dem Lehrgang auch, daß ein Rettungsschwimmer seinen Lehrschein nach 20 Jahren freiwillig noch einmal machte, um „auf den neuesten Stand zu kommen“.



Rettungsvergleichswettkampf der DLRG Hamm

Am 18. Januar 1981 führte die DLRG-Jugend der Ortsgruppe Hamm einen Rettungsvergleichswettkampf in der Traglufthalle des Hammer Freibades durch. Mit einem 50-m-Becken, acht Bahnen und einer Wassertiefe von 1,80 bis 2,20 m waren beste Voraussetzungen gegeben.

16 Ortsgruppen kamen mit insgesamt 54 Mannschaften; der Wettkampf wurde in drei Altersgruppen und in den Disziplinen Hindernisstaffel, Rettungsleinstaffel, Kleiderstaffel, Tauchschwimmstaffel, Rettungsstaffel und Flossenstaffel durchgeführt. Daß dieser Wettkampf trotz der großen Fluktuation und Personalmangel glücklich ablief, ist dem großen Einsatz der Organisatoren zu verdanken.



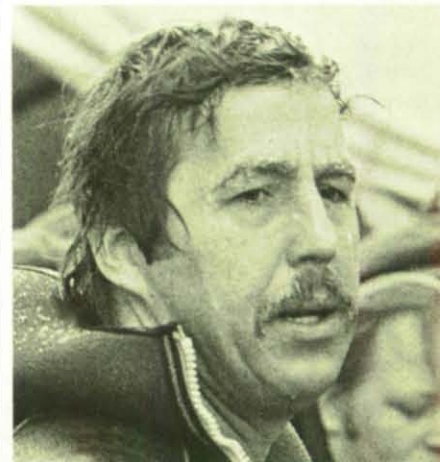
6. Int. Neujahrs-Stromschwimmen der DLRG Rheinland-Pfalz

17. Januar 1981, Rheinfähre in Guntersblum: Punkt 14.00 Uhr fiel der Startschuß zum 6. Internationalen Neujahrs-Stromschwimmen des DLRG-Landesverbandes Rheinland-Pfalz.

325 Schwimmer und Schwimmerinnen aus der gesamten Bundesrepublik begaben sich auf die acht Kilometer lange Rheinstrecke. Ziel war wieder die Fährstraße im Oppenheimer Wäldchen, wo über 1000 Zuschauer auf die Ankunft der Schwimmer warteten.

Nach 50 Minuten stiegen die ersten Teilnehmer am Ziel aus den nur vier Grad Celsius „warmen“ Fluten und wurden sofort mit Glühwein und Decken versorgt. Nach 70 Minuten waren die letzten „Eisbären“ glücklich gelandet und versorgt. Nur vier Schwimmer mußten unterwegs aufgeben.

Soweit die ganz nüchterne Darstellung des Vorgangs. Doch das Neujahrs-Stromschwimmen ist mittlerweile mehr als nur das eigentliche Schwimmen. Es



ist eine große Veranstaltung geworden mit einer Gemeinschaft zwischen Teilnehmern, Organisatoren, Helfern, Gästen, Zuschauern usw. und hat damit eine völlig neue Dimension erreicht – und auch neue Maßstäbe gesetzt.

Wer, so wie die Deutsche Lebens-Rettungs-Gesellschaft, im Rahmen des Katastrophenschutzes und seiner selbst gesetzten Ziele, vielfältige und umfangreiche Aufgaben zu bewältigen hat, kann nur im Rahmen des Verbundes mit den anderen Hilfsorganisationen sinnvoll aktiv werden.

So waren auch in diesem Jahr wieder viele Helfer und Mitarbeiter befreundeter Organisationen dabei. Erwähnt seien hier das DRK, die Freiwillige Feuerwehr, US-Pioniere, Schutzpolizei, Wasser- und Schiffschutzpolizei, zahlreiche Behörden, Hallenbad, Schulen und zahlreiche andere Institutionen.

Presseschau des Inlands

**„Die Informationen über
Schutzmöglichkeiten
müßten wesentlich vertieft
werden“**

**Unter der Überschrift „Zivilschutz
und NATO-Gesamtverteidigung“ gibt
Jürg von Kalckreuth in der „Europäi-
schen Wehrkunde“, Heft 2/81, eine
fundierte Übersicht über den Zivil-
schutz als strategische Komponente
und humanitäre Staatsaufgabe, eine
Zusammenfassung der Aufgaben und
eine Analyse der Einstellung der Be-
völkerung zum Zivilschutz. Mit
freundlicher Erlaubnis des Verlags
der „Europäischen Wehrkunde“ in
München zitieren wir die Schlußfol-
gerungen des Autors im Wortlaut:**

Kennzeichnend für die Einstellung der Bevölkerung (und auch der Verwaltung und der Wirtschaft) zu Fragen der Verteidigung und damit auch zur zivilen Verteidigung ist generell ein Mangel an Motivation. „Krieg“ wird nicht gedacht.

Die Einstellung der Bevölkerung zum Zivilschutz ist im allgemeinen von Desinteresse geprägt. Aktuelle Katastrophenfälle ändern diese Einstellung nur zeitweilig. Um ihren Schutz im Fall eines Krieges machen sich viele überhaupt keine Gedanken. Entweder sie meinen, daß ein Krieg nicht kommt, weil er nicht kommen darf, oder daß es in einem Krieg keinerlei Schutzmöglichkeiten gäbe, weil ein Krieg nur allumfassend denkbar sei. Daß ein totaler Nuklearkrieg alles zerstören würde und Schutzvorkehrungen für die Gesamtheit der Bevölkerung sinnlos sind, ist richtig. Richtig ist aber auch, daß es in einem konventionell geführten Krieg durchaus sinnvolle Möglichkeiten zum Selbstschutz und zum Überleben gibt. Dies ist entweder wirklich nicht bekannt oder dringt nicht genügend ins Bewußtsein der Bevölkerung. Die Bevölkerung hat aber ein Recht darauf, mehr über die Möglichkeiten und die Vorbereitung von Zivilschutz für einen Kriegsfall aufgeklärt zu werden und der Staat hat die Pflicht, diese Unterrichtung nachhaltig vorzunehmen. Diese Notwendigkeiten sind auch von der Bundesregierung nicht bestritten.

Die Verwaltung hat die Verpflichtung übernommen, die staatlichen Zivilschutzmaßnahmen zu planen und vorzubereiten. Der Hauptverwaltungsbeamte auf Kreisebene spielt dabei eine Schlüsselrolle. Insgesamt gesehen müssen die bisherigen Vorbereitungen als ungenügend beurteilt werden. Auch in der NATO scheint die Erkenntnis nicht weit genug durchgedrungen zu sein, wie sehr die NATO-Streitkräfte für Aufmarsch und Verteidigungsfähigkeit von einer intakten zivilen Verteidigung abhängig sind. In der NATO-Spitze (NATO-Rat und Verteidigungsplanungsausschuß) unterrichten die Mitgliedsländer nur von Zeit zu Zeit über den Stand ihrer Zivilverteidigung. Das Interesse für die zivile Verteidigung ist entsprechend gering. Auch die hohen NATO-Kommandobehörden vertrauen auf die pflichtgemäße Sicherstellung der Operationsfreiheit durch die Länder; sie kennen nicht zur Genüge den desolaten Zustand der zivilen Verteidigung, z. B. in der Bundesrepublik Deutschland . . .

Fazit: Bevor die Bundesregierung – wie auch andere europäische NATO-Länder – nicht entscheidende Anstöße geben, wird sich die bedenklich reservierte Einstellung der Bevölkerung, der Verwaltung und der Wirtschaft zu Vorbereitungen für ein Überleben im Kriege nicht ändern . . .

Eine Verbesserung der desolaten zivilen Verteidigung und besonders des Zivilschutzes z. B. in der Bundesrepublik Deutschland, hängt in erster Linie davon ab, welches Gewicht die Regierungen den Aufgaben geben. Nicht alle Zivilverteidigungs-Aufgaben kosten vor allem Geld; sie verlangen vor allem politischen Impuls. Ohne ihn und ohne ausreichende Unterrichtung, ohne Einsicht und daraus erwachsendes Engagement der Bevölkerung – die Verwaltung, die Wirtschaft und die Freiwilligen-Organisationen eingeschlossen – könnten wirkungsvolle zivile Schutzmaßnahmen nicht (auch nicht mit Geld allein) realisiert werden.

Natürlich spielen die Kosten eine besondere Rolle. Es darf aber nicht vergessen werden, daß dies Kosten sind, die – im Fall der Bundesrepublik Deutschland – dem Haushalt der zivilen Verteidigung wider besseres Wissen und entgegen vielen Versprechen jahrzehntelang vorenthalten worden sind. Sachgerechterweise müssen diese Gelder jetzt als Sparvorleistungen des Haushalts der zivilen Verteidigung bewertet werden. Alle jetzt noch zusätzlichen Einsparungen wären unverantwortlich. Zivile Verteidigung und Zivilschutz werden in den meisten Ländern von vielen Ressorts getragen. Um die (relativ geringen) Gel-

der aufzubringen, müßte z. B. in der Bundesregierung der Etat Zivile Verteidigung jetzt unantastbar aufgestockt werden. Eine Notlösung wäre eine Umschichtung des Gesamthaushalts. Es dürfte logisch sein, daß dabei der militärische Verteidigungshaushalt unberührt bleibt, weil sonst die ohnehin schon schwache Verteidigung (Gesamtverteidigung) an einer anderen Stelle schwächend getroffen würde. Dieser Auffassung ist auch der Bundesminister des Innern auch dann, wenn er die Militärs auffordert, daß gerade sie für eine Verbesserung der zivilen Verteidigung eintreten müßten. Bei einer Umschichtung zugunsten der zivilen Verteidigung darf auch der Sozialhaushalt nicht ausgenommen werden, denn Zivilschutz ist eine soziale Frage. Wenn der Wille der Staatsführung da ist, dem Zivilschutz – als humanitärer Verpflichtung und als strategisch unentbehrlicher Komponente – endlich den ihm zukommenden Rang einzuräumen, dann kann der relativ geringe Finanz-Posten für vordringlichste Maßnahmen selbst dann aufgebracht werden, wenn der späte Zeitpunkt einer Realisierung in eine Zeit ungünstiger Finanzlage der NATO-Länder fällt.

Andere, aus der Gesamtsituation der zivilen Verteidigung zu ziehende Schlußfolgerungen betreffen vorwiegend organisatorische Notwendigkeiten, wie z. B. das Nebeneinander eigenwillig planender Behörden für die zivile Verteidigung, das – im Fall der Bundesrepublik Deutschland – durch eine zentrale Planung der Bundesregierung abgestellt und in eine effektive Gesamtverteidigungsplanung umgewandelt werden könnte und müßte, oder die Forderung, daß es für Kreise und Gemeinden keine Frage des Wollens oder Nichtwollens sein darf, sondern eine gesetzliche Pflicht ist, die Auflagen für die zivile Verteidigung und den Zivilschutz durchzuführen.

Auch die Mahnungen aus Wissenschaft und Politik, z. B. durch Carl Friedrich von Weizsäcker, müßten von den Regierungen aller europäischen NATO-Staaten ernsthaft zur Kenntnis genommen werden.

Um das Verständnis der Bevölkerung in den europäischen NATO-Ländern für Fragen der Verteidigung und des Zivilschutzes zu wecken, müßten die derzeitigen Vorstellungen von einem Krieg als ausschließlich nuklearem Krieg berichtigt und die Informationen über die Schutzmöglichkeiten wesentlich vertieft werden. So könnte der Zivilschutz auch dazu genutzt werden, in der Bevölkerung das Gefühl von Angst und Hilflosigkeit vor Katastrophen und im Hinblick auf die Möglichkeit eines Krieges zu verringern.

Presseschau Ausland

Die Zivilverteidigung in den USA

Am Konzept der amerikanischen Zivilverteidigung soll sich unter der Regierung Reagan nichts Grundlegendes ändern. Der Evakuierung der bedrohten Bevölkerung wird nicht zuletzt aus finanziellen Gründen der Vorrang vor dem Bau von Bunkern gegeben. Vor dem Streitkräfte-Unterausschuß des Repräsentantenhauses erklärte der amtierende stellvertretende Leiter des Amtes für Notstandsplanung, John McConnell, man wolle die Umquartierungsplanung für den Fall eines Nuklearkrieges zügig vortreiben. Er schätzt, daß mit einem guten Programm 80 Prozent der Bevölkerung gerettet und 95 Prozent der Bewohner besonders gefährdeter Ballungszentren in sichere Gebiete gebracht werden könnten. Allerdings brauche man dazu drei Tage Zeit. Die Kosten, um für 90 Prozent der amerikanischen Bevölkerung die zum Überleben im Falle eines Atomkrieges notwendigen Schutzräume zu bauen, veranschlagt McConnell auf mehr als 70 Milliarden Dollar. Die Carter-Administration hatte für die Zivilverteidigung für das Haushaltsjahr 1982 134 Millionen Dollar beantragt. Im laufenden Haushalt sind 120 Millionen vorgesehen.

(Neue Zürcher Zeitung)

Kalifornien probt die Jahrhundert-Katastrophe

Los Angeles. Zerstörungen wie bei einem nuklearen Überfall. Gebäude fallen wie Kartenhäuser in sich zusammen. Straßen und Überführungen sind blockiert. Brücken stürzen ein. Es gibt keine Elektrizität, kein Telefon. Abwässer werden nicht abgeführt. Es fehlt an Polizei- und Feuerweherschutz. Die meisten Hospitäler sind vernichtet. Tote und Verletzte überall.

Dies ist das Szenario, mit dem die Bürger von Los Angeles und San Franzisko von Erdbeben-Experten konfrontiert werden. Eine Bundesbehörde hat in einem noch vom früheren US-Präsidenten

Carter bestellten Bericht festgestellt, der Vorbereitungsstand für eine solche Naturkatastrophe sei miserabel. Deshalb wurde am Montag in Los Angeles eine einwöchige Generalprobe begonnen. Erstes Resultat: Die Furcht der Bürger wird damit nicht zerstreut. Vielleicht fühlt sich aber mancher angeregt, einen Beitrag zur Vorsorge zu treffen. Am 22. April beginnt ein ähnliches Manöver in San Franzisko

Die Lava-Ausbrüche des Vulkans Mount St. Helens im US-Staat Washington haben den Sinn der Amerikaner für Naturereignisse mit schlimmen Folgen geschärft. Doch solche Warnungen haben mit dem nichts zu tun, was sich gegenwärtig in Kalifornien abspielt. Dort weiß man aus Erfahrungen mit eigenen „Vorbeben“, daß die Gefahr im Verzuge ist. Die Warnung aus dem Bundesstaat Washington ist anderer Art. Der Berg dort liegt nicht in einer dicht besiedelten Zone. Kalifornien wartet auf ein gewaltiges Beben, möglicherweise in Spitzenzeiten des Verkehrs, mitten in den größten Stadtzentren.

Fachleute halten die Katastrophe für „unausweichlich“. Die geologische Beobachtungsstation der USA registrierte im vergangenen Jahr Beben mit einer Stärke von mindestens 6,5 auf der Richter-Skala siebenmal (1979 waren es zwei). In der Nähe von Eureka lag im November das Epizentrum eines Bebens mit einer Stärke von 7,4. Nordkalifornien wurde in diesem Jahr schon viermal durchgeschüttelt.

Das schlimmste Beben in der Geschichte Kaliforniens kostete mehr als 500 Menschen im Jahre 1906 das Leben. Halb San Franzisko wurde zerstört. Es brannte drei Tage. Experten sagen: „Wir müssen mit einer Erschütterung rechnen, die ähnliche Größenordnungen hat.“

Behördenvertreter haben ausgerechnet, daß 23000 Menschen getötet und 100000 verletzt werden könnten, sollte das Beben Los Angeles zu einer bestimmten Stunde treffen. Die Stadtväter von San Franzisko rechnen mit 10000 Toten und 40000 Verletzten. Die Zahl der wohnungslosen Bürger wird auf eine Viertelmillion veranschlagt.

Alarmiert wurden vor allem die lokalen und die Landesbehörden, als ihnen bescheinigt wurde, sie seien „im Grunde völlig unvorbereitet“. Deshalb sieht man nun Rot-Kreuz-Übungen, die Entfaltung eines Feuerwehr-Noteinsatzes und die gestellte Betreuung angeblicher Erdbebenopfer durch Kirche, Ärzteschaft und Nachbarschaften.

„Gefährlich ist es, wenn nun alle schreien, der Himmel falle ein“, meint Sachbearbeiter Dr. Trunkey vom Erdbebenzentrum. „Fällt der Himmel dann nicht sofort ein, werden alle wieder apathisch.“ Die Seismologen aber sind sich einig in der Vorhersage. Sie erwarten eine große Katastrophe – noch in dieser Dekade.

(Emil Bölte in der WZ-Düsseldorfer Nachrichten)

Frauen und Gesamtverteidigung

Die unlängst vorerst in französischer Sprache veröffentlichte Studie von Andrée Weitzel, ehemaliger FHD-Chefin, zur „Mitwirkung der Frau in der Gesamtverteidigung“ ist nach Aussagen der Autorin und des Direktors der Zentralstelle für Gesamtverteidigung, Alfred Wyser, wie sie an einem Pressegespräch im Bundeshaus gemacht worden sind, auf ein lebhaftes Interesse gestoßen. Die Studie befaßt sich mit der Vorbereitung der weiblichen Bevölkerung auf den Katastrophen- und Konfliktfall sowie mit den Möglichkeiten eines Einsatzes der Frau in der Gesamtverteidigung im weitesten Sinne, sei es sowohl in den zivilen Bereichen, wie Zivilschutz, wirtschaftliche Landesverteidigung, koordinierter Sanitätsdienst usw., als auch im militärischen Bereich. Es liegt nun auch die deutsche Übersetzung der Studie vor.

In der Diskussion um die Studie zur Mitwirkung der Frau in der Gesamtverteidigung gelte es immer noch das Mißverständnis auszuräumen, die Gesamtverteidigung habe ausschließlich militärischen Charakter, erklärte Frau Weitzel. Es gehe auch nicht darum, alle Frauen in die Wehrpflicht zu integrieren. Vielmehr lasse die Gesamtverteidigung ein breites Spektrum vieler Dienstleistungen offen und es gelte, die weibliche Bevölkerung auf Krisen und Katastrophen entsprechend vorzubereiten. Frau Weitzel erinnerte in diesem Zusammenhang an die segensreiche Tätigkeit, die Frauen in der Landwirtschaft, in Betrieben und in der Familie während der beiden Weltkriege erbracht haben, als ihre Ehemänner an der Grenze standen. Seither habe sich vieles geändert, insbesondere auch die Stellung der Frau in der Wirtschaft, in der Politik und in der Gesellschaft. Zur Verwirklichung der Gesamtverteidigung brauche es besser instruierte Frauen, wozu die Studie verschiedene Varianten mit und ohne Obligatorium anbietet...

(Neue Zürcher Zeitung)

Wissenschaft & Technik

Rauchmelder bietet mehr Sicherheit im Wohnbereich

Täglich kommen neue Meldungen über Brände im Wohnbereich, von Privathäusern, Wohnwagen, Wohnmobilen, Kleinwerkstätten, Hotels und Pensionen. Um Brandkatastrophen zu verhüten, wurde der Rauchmelder R 200 entwickelt, denn im Anfangsstadium ist ein Brand noch leicht zu löschen, ein Fluchtweg noch schnell zu erreichen. Da im Brandfall häufig die elektrische Stromversorgung ausfällt, ist für die Brandfrüherkennung ein vom Stromnetz unabhängiges Warnsystem notwendig. Ein wirtschaftlich ge-



rechtfertigter Einsatz von Rauchmeldern ist erst seit der Einführung sparsamer Batterien möglich.

Im privaten Bereich ist nur der auf photooptischer Basis arbeitende Rauchmelder zu empfehlen. Die Lautstärke muß mindestens den Anforderungen deutscher Behörden (Physikalisch-Technisches Bundesamt, Braunschweig) mit 85 dbA entsprechen. Diese Anforderungen erfüllt der Rauchmelder R 200.

Die Anbringung des Rauchmelders sollte erfolgen:

- unter der Decke, möglichst in Zimmermitte mit mindestens 30 cm Abstand zur Wand

- an der Wand, mindestens 30 cm unterhalb der Decke, möglichst an der Schloßseite der Tür

- bei mehrgeschossigen Häusern ein Melder pro Stockwerk im Treppenhaus

- zusätzliche Melder in einzelnen Räumen, z. B. Schlafzimmer, Wohnzimmer, Hobby- und Heizraum erhöhen den Wert des vorbeugenden Brandschutzes.

- Mit einer 9-V-Batterie arbeitet der Rauchmelder ca. anderthalb Jahre. Sollte die Lebensdauer der Batterie enden, so zeigt der Rauchmelder dieses durch einen kurzen, wiederkehrenden Ton rechtzeitig an. Bis zu sieben Rauchmelder R 200 können unter Verwendung von Verbindungssteckern gekoppelt werden.

Warnwesten für den Pannfall sind Pflicht

Am 1. April 1980 ist die neue Unfallverhütungsvorschrift „Fahrzeuge“ der Berufsgenossenschaft für Fahrzeughaltungen (VBG 12) in Kraft getreten. Dabei wurde unter anderem auch der besonderen Gefährdung des Fahrpersonals im Pannfall Rechnung getragen. So schreibt die Berufsgenossenschaft bei gewerblich genutzten Fahrzeugen u. a. das Mitführen von Warnwesten vor.

Bisher reichte es aus, zum Schutz der Sachwerte (wie Fahrzeug und Ladung)



die Warnblinkanlage in Betrieb zu setzen sowie zur Absicherung der Pannstelle das Warndreieck aufzustellen. Zusätzlich ist nunmehr im §50 (5) dieser Unfallverhütungsvorschrift vorgeschrieben, daß das Fahrpersonal in derartigen Situationen Warnkleidung trägt. Diese neue Vorschrift bedeutet einen zusätzlichen Personenschutz gerade bei Reparaturen am Fahrzeug im fließenden Verkehr. Beispielsweise beim Radwechsel befindet sich der Fahrer seitlich neben seinem Fahrzeug und ist dadurch trotz vorschriftsmäßiger Absicherung durch Warnblinkanlage und Warndreieck äußerst gefährdet.

Die Warnwesten nach DIN 30 711 (Typ B) werden von den bekannten Arbeitsschutz-Konfektionären und -Händlern angeboten. Sie sind durch ihre Farbe fluoereszierend orangerot besonders auffällig und garantieren durch das verwendete Reflexgewebe (weiß) ein sicheres Erkennen auch bei Dunkelheit und Dämmerung.

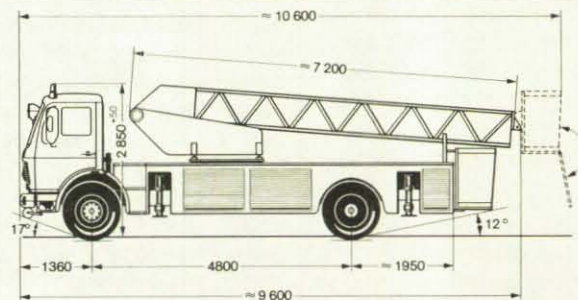
Die Warnwesten sind in allen Fahrzeugen mitzuführen, die gewerblich genutzt werden wie beispielsweise Taxis, Firmen-Pkw und Omnibusse sowie Privatfahrzeuge, die gegen Vergütung einer km-Pauschale für berufliche Zwecke eingesetzt werden. Die Überprüfung, daß Warnwesten mitgeführt und bei Pannen auch getragen werden, erfolgt durch die technischen Aufsichtsbeamten der Berufsgenossenschaft. Ein Verstoß wird als Ordnungswidrigkeit gewertet und kann von seiten der Genossenschaft mit einem Bußgeld bestraft werden.

Sofortestiegsleiter ist nur 2,85 m hoch

Feuerwehrfahrzeuge werden immer „handlicher“ und damit beweglicher im Einsatz: Auf dem Fahrgestell 1419 F (4800 mm Radstand) eines großen deutschen Kraftfahrzeugherstellers wurde von einem bekannten Ausrüster die Sofortestiegsleiter DL K 23-12 montiert; das neue Hubrettungsfahrzeug zeichnet sich durch die besonders niedrige Bauhöhe von 2,85 m aus. Dies wurde durch eine besondere Anordnung der Leiter auf dem Serienfahrgestell erreicht. Die Leiter wird nicht in Fahrtrich-

tung, sondern zum Heck des Fahrzeugs hin abgelegt. Der Rettungs- und Arbeitskorb kann daher während der Fahrt an der Leiter montiert bleiben und am Einsatzort in Fahrstellung ohne zusätzlichen Zeitaufwand für die Montage sofort bestiegen werden.

Ferner konnte auch der Wendekreis verkleinert werden. Das Fahrzeug fährt jetzt noch leichter durch enge Toreinfahrten, unter niedrigen Brückenbauwerken hindurch und kann sogar bis in beengte Hinterhöfe in Altstadtteilen vordringen.



Neue Bücher

Atomkrieg – Atomfrieden

**Technik, Strategie, Abrüstung
Von Hubertus Hoffmann
Mit einem Geleitwort von
General a. D. Johannes Steinhoff
240 Seiten, 103 Schwarz-Weiß- und
38 Farbfotos, zahlreiche Zeichnungen,
Skizzen und Tabellen
Bernard & Graefe Verlag,
8000 München 38**

Ziel dieser „Skizze“ der Geschichte, Technologie, militärischen Wirksamkeit und politischen Bedeutung der Atomwaffen ist, dem interessierten Laien den Zugang zu dieser komplizierten Materie zu erleichtern. Geschrieben nicht in erster Linie für den Experten, soll diese Untersuchung einen ersten und doch umfassenden Einblick in die Zusammenhänge der nuklearen Sicherheitspolitik unserer Tage vermitteln, in ihre Grundlagen, ihre Logik, ihre Konsequenzen.

Hubertus Hoffmann beschreibt verständlich die Technik der Nuklearwaffen und ihrer Trägersysteme, aber auch die neuen Waffentechnologien der Zukunft. Er legt anschaulich das ganze Fragenspektrum atomarer Rüstung und Abrüstung dar, ferner den Wettlauf der Supermächte um die Vorherrschaft im Weltraum und die zugrundeliegenden Strategien.

Breiten Raum nimmt die Beschreibung der euronuklearen Waffensysteme und die Erörterung ihrer möglichen Einbeziehung in die SALT-III-Verhandlungen ein. Erstmals werden u. a. auch detailgetreue Zeichnungen und Fotos der amerikanischen Cruise Missiles veröffentlicht, die ab Mitte der 80er Jahre in Westeuropa stationiert werden sollen, falls die Sowjetunion zur Einbeziehung ihres Mittelstreckenpotentials in die Abrüstungsverhandlungen nicht bereit ist. Ohne ihre Stationierung würde sich – so der Autor – das atomare Kräfteverhältnis in Europa in den nächsten Jahren so weit zugunsten des Ostens verschieben, daß diese Destabilisierung des derzeitigen Gleichgewichts verheerende Folgen haben könnte.

Nur eine überzeugende nukleare Verteidigungsfähigkeit des Westens könne Grundlage einer langfristigen und erfolgreichen Sicherheits- und Friedenspolitik

sein, lautet eine der wesentlichen Schlußfolgerungen dieser Untersuchung.

Hannover im Juni 1980

**„Interschutz 80 – Der Rote Hahn“
25. Deutscher Feuerwehrtag,
Landesfeuerwehrtag Niedersachsen,
VFDB-Fachtagungen,
100 Jahre Berufsfeuerwehr Hannover
Bildband, 80 Seiten
Herausgeber: Feuerwehr der
Landeshauptstadt Hannover,
3000 Hannover 1**

Die „Interschutz“, der Deutsche Feuerwehrtag, die zahlreichen Fachtagungen, die Sportveranstaltungen und das hundertjährige Jubiläum der Berufsfeuerwehr Hannover waren Ereignisse, die die niedersächsische Landeshauptstadt fast zwei Wochen zum Treffpunkt und zum Zentrum des Interesses der deutschen und ausländischen Feuerwehren machten. Für die Teilnehmer und Besucher hat sich die Feuerwehr Hannover eine nette Erinnerung ausgedacht: einen Bildband, der mit 212 ausschließlich farbigen Fotos die Geschehnisse festhält. Offizielles, Informatives und Amüsantes am Rande wurde mit der Kamera festgehalten und hier zu einem repräsentativen Band zusammengestellt.

Die Feuerwehrkameraden in Hannover präsentieren diese gelungene Dokumentation – ohne große Worte – dem Fachpublikum: und zwar zum Selbstkostenpreis!

Ergänzungslieferungen zu Sammelwerken

**Paul Sommer / Rolf-Heinz Müller
Druckgase
Loseblattsammlung
26. Ergänzungslieferung
Deutscher Fachschriften-Verlag
Braun GmbH & Co. KG, Wiesbaden**

Mit der 26. Ergänzungslieferung werden u. a. die Technischen Grundsätze (TG) bereinigt, die Technischen Regeln (TRG) geändert und ergänzt sowie die Technischen Regeln Druckbehälter (TRB) eingefügt. Ferner werden eingefügt die Richtlinie Flüssiggas-Geräte in Fahrzeugen, Bekanntmachungen des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung betr. Zulassungen nach der Druckbehälterverordnung und der Acetylenverordnung, Technische Regeln für Acetylenanlagen und Calciumcarbidlager (TRAC) sowie die neugefaßte Unfallverhütungsvorschrift Verdichter.

**Heinz Schmidt
VbF-TRbF**

**Verordnungen über brennende Flüssigkeiten (VbF) mit Erläuterungen zur Verordnung und Technische Regeln für brennbare Flüssigkeiten (TRbF) mit Ergänzungen bis einschließlich November 1980 (13. Ergänzung = 2. Ergänzung der 4. Auflage).
Deutscher Fachschriften-Verlag
Braun GmbH & Co. KG, Wiesbaden**

Die 13. Ergänzungslieferung vervollständigt die Erläuterungen zur neuen Verordnung über brennbare Flüssigkeiten (Paragraphen 16 bis 30).

**Töpfer/Lind
Notstandsrecht der Bundesrepublik
Deutschland
57. Ergänzungslieferung –
Stand 1. September 1980
58. Ergänzungslieferung –
Stand 1. September 1980
Verlag R. S. Schulz,
Percha am Starnberger See**

Die 57. und 58. Ergänzungslieferung beinhalten u. a. die Änderungen (Bundesrecht) des Zivildienstgesetzes, Atomgesetz, Wehrpflichtgesetz; in den Anmerkungen wurden ergänzt u. a. das Ernährungssicherstellungsgesetz, das Bundesgrenzschutzgesetz, Gesetz zur Konvention zum Schutz von Kulturgut bei bewaffneten Konflikten. Ferner wurde das Landesrecht von Baden-Württemberg, Bayern und Schleswig-Holstein auf den Stand vom 1. 1. 1980 gebracht.

DIN – Sicherheitskennzeichnung – NEU

**Zu DIN 4844 Teil I (Mai 1980)
mit Beiblättern 1–24
Beuth Verlag GmbH, Berlin**

Die Norm DIN 4844 Teil I entspricht in ihrer Neuauflage mit 5 Verbotssymbolen, 10 Warnsymbolen, 6 Gebotsymbolen und 4 Rettungssymbolen der EG-Richtlinie über Sicherheitskennzeichnung am Arbeitsplatz vom 25. 7. 1977 und deren Ergänzung vom 21. 6. 1979, die durch entsprechende Unfallverhütungsvorschriften, Arbeitsschutz- und Bergverordnungen deutsches Recht geworden sind.

DIN 4844 gilt nicht nur für Arbeitsstätten, sondern ist auch für die Anwendung in Versammlungsstätten, Schulen, Kindergärten, Sportstätten, Messebauten, auf Bahnhöfen, Flughäfen, in Schiffshäfen und in allen anderen Gebäuden, deren Rettungswege den Bauordnungen der Länder unterliegen, vorgesehen.

Die Beiblätter enthalten reproduzierfähige Vorlagen für die einzelnen Zeichen.

Jürgen Lampe

Das Minimagazin

In diesem Monat: Brustbund und Winkel-Halbierung

Es ist erfreulich, welche Resonanz das Mini-Magazin findet. Je mehr Zuschriften – die übrigens in ihrer weit überwiegenden Zahl sehr positiv sind – die Redaktion erreichen, desto besser ist sie in der Lage, auf Wünsche und Bedürfnisse einzugehen.

Nun zu den zwei Diskussionen, die das Mini-Magazin ausgelöst hat.

1. Brustbund mit Kreuzknoten

Die Einwände laufen auf zwei Punkte hinaus: Der Kreuzknoten könne umschlagen, wenn er nicht gesichert ist und größere Kräfte auftreten. Und: Mit dem Kreuzknoten am Brustbund kann nicht abgelassen werden.

Zum ersten. Das Sichern des Kreuzknotens war gerade Inhalt der Bilder. Wo können beim Brustbund größere Kräfte auftreten? Wenn der Vorgehende stürzt oder abstürzt. Dabei kann ihn sein Hintermann aber ohnehin nicht halten. Man probiere einmal aus, was passiert, wenn unangekündigt ein „gesicherter“ Helfer auch nur aus 1,5 m in die Tiefe abspringt. Der Sinn der Fangleine ist, einen Verunfallten in unübersichtlichem Gelände ohne zeitraubendes Suchen schnell wiederzufinden. Die Feuerwehr ist da konsequent, indem sie die Fangleine nur mit dem Karabiner am Haken-gurt befestigt. Beim Bergungsdienst und im Selbstschutz gibt es weder Karabiner noch Haken-gurt – deshalb Brustbund.

Zum zweiten. Beim Fachdienst Bergung (THW) werden Leichtestverletzte im Brustbund abgelassen. Dazu wird – völlig zu recht – der einfache Ankerstich verwendet. Der Unterschied ist allerdings, daß das Ablassen mit der dicken Hanf-Halteleine geschieht. Es kann nur nachdrücklich davor gewarnt werden, mit der Polyester-Fangleine im Brustbund abzulassen. An den unter den Achselhöhlen verlaufenden Nervenbahnen würden *irreparable* Schäden hervor-

gerufen. Man frage einmal die Bergwacht!

Der Einwand wird also zur Begründung. Um dem Helfer kein falsches Sicherheitsgefühl zu geben und um das Ablassen im Brustbund zu verhindern, muß der Kreuzknoten verwendet werden.

Es kann also nur dabei bleiben: Brustbund mit Fangleine wird geschlossen durch Kreuzknoten mit Halbschlag!

2. Halbieren von Winkeln

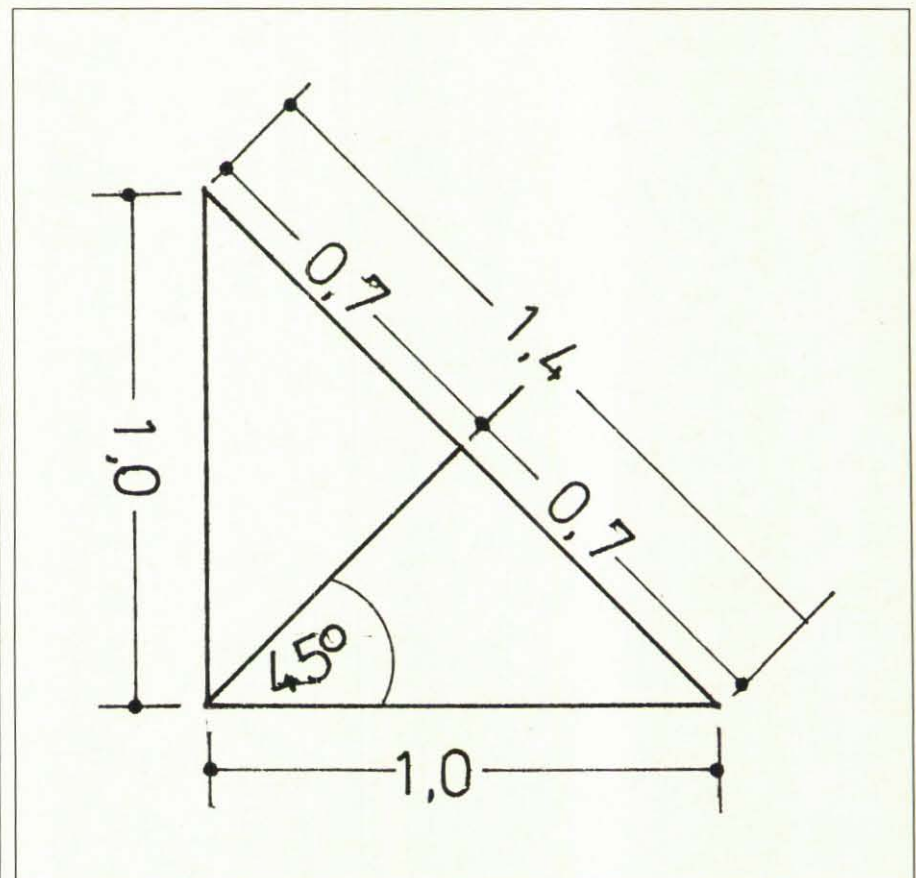
Hier ist dem Autor eine Nachlässigkeit unterlaufen. Die Winkel 15° und 45° lassen sich nicht genau durch Halbierung von 30° und 90° herstellen. Bei kleinen Winkeln ist der Fehler noch verhältnismäßig klein – ungefähr 1° . Der Irrtum des Autors lag darin, daß er diese Fehlermarge für größere Winkel nicht überprüft hat. Wir können also sagen: Für den feldmäßigen Einsatz ist es ausreichend genau, den Winkel 15° durch

Halbierung des einfach ermittelten 30° zu erzielen.

Für 45° müssen wir doch anders vorgehen, nämlich so, wie es auf jeden Fall richtig ist: Es muß ein rechtwinklig-gleichschenkliges Dreieck halbiert werden. Das ist nun leider nicht mit ganzen Zahlen zu konstruieren, ist aber auch nicht schwierig. Das Zahlenverhältnis ist $1:1:1,4$ [$\sqrt{2}$] (oder ein jeweils Vielfaches). Wird in dem so gewonnenen großen Dreieck die lange Seite halbiert, bringt die Verbindungslinie den Winkel 45° .

Natürlich gibt es viele andere Möglichkeiten, Winkel zu ermitteln, die aber wohl alle im feldmäßigen Einsatz komplizierter sind oder einen größeren Geräteaufwand benötigen. Es ging darum, ein paar Methoden aufzuzeigen, wie mit einfachen Mitteln solche Aufgaben erfüllt werden können.

Der Autor und die Redaktion danken den vielen Einsendern für ihr Interesse und ihre freundlichen Hinweise.



Sicherheit durch Wartung



Die bei der Feuerwehr in Ernstfällen eingesetzten Atemschutzgeräte müssen schnell und kostensparend wieder einsatzbereit gemacht werden. Dazu sind gut eingerichtete Atemschutzgerätek Werkstätten sowie gut geschulte Geräte warte nötig, denn vom sicheren Funktionieren aller Einzelteile der Atemschutzgeräte hängt Leben und Gesundheit der Träger ab. Die Werkstätten verfügen u. a. über Reinigungs-, Desinfektions-, Prüf- und Füllanlagen sowie Montagerwerkzeuge, Druckmesser und Ersatzteile.

Die Feuerwehr Köln demonstriert für das Zivilschutz-Magazin einige Arbeitsabläufe des Wartungsprogramms. Unser Titelbild zeigt die Funktionsprüfung eines Sauerstoff-Atemschutzgerätes mit einem Universal-Prüfgerät, das Foto links oben die Wartung von Preßluftatmern nach einem Einsatz. Das Füllen der Flaschen für die Preßluftatmer an der sogenannten Fülleiste ist eine weitere Aufgabe der Werkstatt (Foto oben); links im Bild das Bereitstellen der gewarteten und einsatzbereiten Sauerstoff-Atemgeräte und Preßluftatmer.